

autonomes
Blättchen



„Die schlafen erst mal aus und stellen
ihre Taten dann irgendwo ins Internet.“
(Polizeisprecher Uwe Voigt, Leipzig)

#24
März-Mai 2016

Genoss_innen!

Das Autonome Blättchen hat vorerst die Intensivstation verlassen und befindet auf dem Weg der Besserung! Dabei haben nicht nur die Geldspenden geholfen, sondern auch die Postkarten, Briefe, Mails und Aufmunterungen, weiter zu machen. Dass Viele das Autonome Blättchen für sich politisch als relevant einstufen, freut uns. Eine gewisse objektive Relevanz wäre zwar noch besser; aber die Zeiten sind nicht danach.

Natürlich sind Rückschläge bezüglich unserer wunderbaren Genesung immer möglich. Aber es gibt Anlass zur Hoffnung. Die Bemühungen um eine kontinuierliche Stabilisierung wurden verstärkt und wir hoffen, dass wir das Projekt auf einen guten Weg bringen, der noch viele interessante Ausgaben ermöglicht. Diese Nummer 24 kommt sehr spät. Wir werden versuchen, den Rhythmus der Einsendeschlüsse wieder besser in den Griff zu bekommen.

Es gibt erstaunlich wenige Texte, die sich mit der Einschätzung der politischen Lage beschäftigen. Was bedeutet die Schließung der Festung Europa für die Flüchtenden, für die Forcierung autoritärer Herrschaft nach Innen und welche Einschnitte muss das für die Strategien von Widerstand haben? Müssen wir unsere politische Praxis radikal überdenken? Welche Schlüsse ziehen Einzelne, Kleingruppen und Organisationen aus der menschenverachtenden Offensive der Eliten? Und

der Mob? Und der Kleinbürger? Schreibt uns, was ihr dazu denkt! Und schreibt, was ihr gegen die Zustände unternommen habt!

Und wie positioniert sich die hiesige Linke zum Klerikal-Faschismus à la IS? Gibt es noch mehr Optionen, als Rojava zu unterstützen?

Schreibt Analysen, Gedanken, Fragmente, Gedichte... und schickt sie dem Blättchen. Auch von unfertigen Gedanken profitieren alle, die nachdenken.

Im schamlos dreckigen „Flüchtlings-Deal“ mit der Türkei mahnt Innenminister de Mazière, „wir sollten aufhören, die Türkei zu kritisieren“. Zum Glück haben einige (wenige) direkte Aktionen die rassistische Position der Bundesregierung im schlaun PR-Gewand angegriffen. Wir freuen uns insbesondere, dass unsere griechischen Genoss*innen zum transnationalen No-Border AktionsCamp im Juli einladen (siehe Rückseite). Wir sehen darin die Chance, unsere Ohnmacht gegenüber der zynischen Zuspitzung europäischer Abschottung und Abschiebepaxis loszuwerden.

Wir freuen uns, dass auch wieder einige Beiträge gegen den technologischen Zugriff den Weg zu uns gefunden haben. Scheint langsam zu einer stetigen Rubrik in unserem Blättchen zu werden!

Da der Aufruf zum NoBorder Camp in Thessaloniki zum Layout-Termin noch nicht auf deutsch verfügbar war, muten wir euch ausnahmsweise! die englische Version zu - sorry.



Ach ja, fast hätten wir es vergessen: Spendet Geld! Denn sonst kann's Blättle die Frau Doktor nicht bezahlen.

Der Einsendeschluss für die nächste Ausgabe ist der 1. Juni! Wir versuchen wieder in einen stabileren Beat zu kommen.

Gruß, eure Redaktion

P.S.: schickt uns Texte, keine Links

Impressum:

Nr. 24 - März/April/Mai 2016

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@riseup.net

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

2188 A430 857F 1DCE E089

B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:

1. Juni; 1. September; 1. Dezember, 1. März

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

In dieser Ausgabe...

- 4 In Deutschland braucht es keinen Terroranschlag
- 5 Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat
- 7 Der kommende Faschismus?
- 9 Der Rechten ist es gelungen, eine Bewegung auf die Straße zu bringen
- 14 Support your local Antifa – don't move to Berlin!
- 16 Aktiv gegen Rassismus - Solidarisches Netzwerk
- 16 Die Festung Europa von innen erschüttern und sabotieren!
- 19 Versuchter Brandanschlag gegen die Fernbahnverbindung von Berlin nach Westen
- 20 RAUCHSCHWADEN EINES VULKANES
DIE REVOLUTIONÄREN ZELLEN / ROTE ZORA
- 26 Militärgerät in Leipzig entsorgt
- 26 Bremen: „Rückkehrhilfe“ der AWO schließen! – Alle bleiben!
- 27 Oury Jalloh und Laye-Alama Condé – das war Mord! Widerstand an jedem Ort!
- 28 Bald kein Geld mehr im Portemonnaie?
- 29 Verwaltung der Generali Krankenversicherung in Köln angegriffen
- 31 Krise und Innovationskrieg
- 32 Facebook the Conqueror
- 34 Leben ist kein Algorithmus
- 36 (Vorder- und Hinter-)Häuserkämpfe
- 38 Das Mietenvolksbegehren ist gescheitert - Chance für Neues: Eine militante Analyse
- 44 Erklärung zum Angriff auf die Flottwellstraße
- 44 Dezentrale Konzepte in Henkels Vietnam
- 46 Nachrichten aus „Exarchistan“
- 48 Tipps und Tricks für Riots and Stuff
- 54 Zum 8. März
- 55 MASSAKER IN CIZÎR
- 56 Erneute Isolationshaft für Rainer
- 57 Neubesetzung im Lausitzer Braunkohlerevier
- 58 Aufruf zum Lausitzcamp 2016
- 59 Radical Bookfair Hamburg
- 60 Aufruf zum NoBorder Camp Thessaloniki

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habenahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

In Deutschland braucht es keinen Terroranschlag

Es reicht eine gruselige Silvesternacht für einen Sicherheitsdiskurs, der alle Dämme bricht.

Es ist alles zum Kotzen. Immer noch ist vieles unklar, was in Köln Silvester passierte. Klar aber ist, dass die stattgefundene sexualisierte Gewalt gegen Frauen diesmal nicht totgeschwiegen wurde, sondern nutzbar gemacht worden ist für rassistische Debatten und das, was ihnen oftmals folgt: Die Jagd deutscher Männer auf Migranten. Im Namen des „Schutzes“ der „eigenen“ Frauen. Der „Nordafrikaner“ ist als Figur eingezogen in die Debatten, ihm wird zugeschrieben, gläubiger Muslim zu sein, ihm wird zugeschrieben rückschrittlich zu sein und übergriffig gegenüber Frauen. Er soll die Verkörperung des Patriarchats sein, das die Akteur_innen der Debatte als in Europa längst überwunden darstellen. Ganz als ob sie je ein Problem gehabt hätten mit Sexismus oder patriarchaler Strukturen.

Es ist absurd. Da wird eine Debatte als eine Debatte um Frauenrechte beschrieben. Eine Debatte, die Frauen als schutzbedürftige Wesen darstellt, die weiße Männer dazu aufruft, wehrhaft diese schutzlosen Wesen zu verteidigen indem sie anderen Männern den Kampf ansagen, die abgeschoben werden sollen, damit sie... ja was? Woanders sexuell übergriffig sind? Weil es eben nur um die „eigenen“ Frauen geht? Das ist eine zutiefst antifeministische Debatte, die die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen entlang der Herkunft auftrennt, die nach einer Rückkehr zu soldatischer Männlichkeit ruft, die reaktionäre Weiblichkeitsbilder reproduziert und sämtliche Vergewaltigungsmythen nutzt, gegen die Feministinnen seit Jahren ankämpfen. Der „Fremde“ soll also das Problem sein, während der Ehemann der Beschützer sei. Öffentliche Räume werden als Angsträume dargestellt, was zugleich das Märchen der sicheren Räume, natürlich im Privaten, erzählt.

Ausgeblendet wird das globale Patriarchat in all seinen unterschiedlichen Facetten und Mechanismen, männliche Vorherrschaft abzusichern. Ich kenne keine Frau, die nicht schonmal sexuell übergriffiges Verhalten erlebt hat. Das ist so richtig Scheiße, aber es ist nichts neues. Und es ist eben nicht auf eine bestimmte Gruppe von Männern reduzierbar. Werden Frauen in Deutschland von vermeintlich migrantischen Männern angegriffen, schreit der Feuilleton auf, der gleiche, der seltsam still bleibt angesichts sexualisierter Gewalt deutscher Männer hinter deutschen Gardinen. Die Ereignisse von Köln in einen migrationspolitischen Diskurs einzuordnen, statt in einen geschlechterpolitischen, lässt ziemlich einfache Antworten zu: Bürgerwehren, Abschiebungen, Verschärfungen des Asylrechts. Wer heute Rassist_in und/oder Law and Order Fanati-

ker_in ist, kann das sein, weil ihm oder ihr die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen auch so wichtig ist. Selbst einige Feministinnen unterstützen den patriarchal-rassistischen Diskurs der Verlagerung des Sexismus ins Außen. Niemand scheint sich bei Emma&Co zu fragen, warum bei christlichen Tätern kein religiöses Motiv unterstellt wird. Und auch einige linke Feministinnen, die zwar die rassistischen Effekte der Debatten zurückweisen, führen verwunderliche Debatten. Sie rufen nach dem Staat, nach besseren Gesetzen oder geschulten Bullen. Der Verweis auf das deutsche Sexualstrafrecht ist maximal hilfreich als weiterer Beleg androzentrischer Herrschaft, Änderungen werden sexualisierte Gewalt aber nicht vermindern, ein kurzer Blick nach Schweden genügt da. Statt vom Staat und seinen Polizeien mehr „Schutz“ zu fordern, müssen wir den feministischen Selbstschutz aufbauen und den Staat selbst als Ausdruck patriarchaler Herrschaft erkennen und angreifen.

Terror in Paris und Brüssel

Erinnern wir uns: In Frankreich nutzten die Behörden den nach dem Pariser Terroranschlag verhängten Ausnahmezustand, um (ohne richterliche Genehmigung) innerhalb eines Monats(!) 2700 Durchsuchungen, 360 Hausarreste und 340 Gewahrsamnahmen durchzuführen. Davon richtete sich ein nicht unerheblicher Teil gegen linke Strukturen. Der Vorwand der Terrorismusbekämpfung wurde zudem dazu genutzt, jegliche Proteste zu untersagen. Mit dem willkommenen Nebeneffekt, dass die für den Klimagipfel in Paris erwarteten Auseinandersetzungen (mit wenigen löblichen Ausnahmen) zwangsbefriedet wurden.

Während bei Sportveranstaltungen und beim wochenendlichen Shoppen schnell wieder der kapitalistische Normalzustand herbei geführt wurde, blieben jegliche Demonstrationen unter Androhung von bis zu sechs Monaten Haftstrafen verboten. Der „Grund“: Versammlungen könnten potenzielle Ziele von weiteren Terrorattacken sein; Frankreich könne die Sicherheit dieser Versammlungen nicht garantieren. Für Einkaufszentren, Multiplexkinos und Weihnachtsmärkte galten diese Bedenken nicht.

Auch eine Soli-Kundgebung für Migrant*innen in Paris - noch vor dem Klimagipfel - hätte nicht stattfinden dürfen. Sie wurde jedoch von über 1000 Anwesenden durchgesetzt. Dies hatte zur Folge, dass die Bullen der Staatsanwaltschaft die Namen von 58 Personen übermittelten, damit Strafverfahren wegen Teilnahme an einer illegalen Demonstration eingeleitet werden können.

Für Belgien nach dem aktuellen Terroranschlag in Brüssel ist nun ähnliches zu erwarten. Der Sicherheitsstaat schlachtet den aus seiner Sicht „willkommenen Terror“ schamlos politisch aus. Erstaunlicher Weise ist die empfundene Bedrohung eine irrational nationale Angelegenheit. Die Angst vor Terrorattacken verbreitet sich nicht ohne weiteres in gleicher Intensität über Staatsgrenzen hinweg:

Die Absage von Großveranstaltungen in Hannover und Braunschweig in unmittelbarer Folge des Anschlags in Paris wurden von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert, schlug aber nicht um in eine weiter gefasste Menschenmengenphobie innerhalb Deutschlands. Die von den Protagonisten der Versicherheitlichung erwünschte und abgrenzende Identifikation stiftende Angst verbreitet sich (noch) nicht europäisch sondern noch vornehmlich nationalstaatlich.

Und sie lässt sich auch nicht ohne weiteres kopieren. Die „Terrorwarnung“ von München zum Jahreswechsel im Nachgang zu Paris hat nicht annähernd so viel rechts-konservatives „Zusammenstehen“ ausgelöst, wie die Angriffe auf „unsere Frauen“ in Köln.



Terror in Germany - are we prepared?

Wir mögen uns aktuell ein Deutschland nach einem Terroranschlag, der nicht von Nazis durchgeführt wird, gar nicht vorstellen - leider werden wir davon nicht verschont bleiben. Die nächsten Zumutungen in der Versicherheitlichungsdebatte liegen sicher schubladenfertig bereit: Massive Ausweitung der Überwachung öffentlicher Räume, Militär in den Straßen nicht nur zur Objektsicherung, weitere Verschärfung der Asylgesetzgebung, zunehmende Stigmatisierung von Nicht-Deutschen spezifischer Herkunft, Erweiterung der Telekommunikationsüberwachung, stärkere Einbindung sozialer Medien in „präventive“ personalisierte Lenkung, staatliche Angriffe auf die Legalität und Legitimität von Verschlüsselung und Anonymität im Netz.

Der dann ausgerufenen Ausnahmezustand wird gegen alle Bedenken der Freund*innen der Freiheit verstetigt werden. So wie auch der *war on terror* seit 2001 als Normalzustand durchgesetzt wurde. Das ist notwendig, um auch die Angst gegen alle Ermüdungserscheinungen der Bevölkerung allgegenwärtig zu halten. Verunsicherung muss permanentisiert werden, um damit nachhaltig Politik zu machen. Fortschrittlich linke Positionen werden mit Leichtigkeit im Diskurs der Versicherheitlichung als gestrige, naive Schöngestigkeiten vom Tisch gefegt.

Wer glaubt, dann noch über Facebook linke Politgruppenarbeit „vereinfachen“ zu können, dem fehlt einiges an Vorstellungsvermögen. Wer sich jetzt am Kotti eine starke Polizei-Präsenz wünscht, um dort am Wochenende den Zuständen eines Kölner Silvesters „Herr“ zu werden, der ist voll integriert in der Mitte Deutschlands und im Diskurs der Versicherheitlichung.

Sexismus, Rassismus und Militarismus zusammen denken!

Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat

Notstands-Gesetze - Instrumente aus dem Werkzeugkoffer autoritärer Regime

von **Giorgio Agamben**

Welche Tragweite es hat, dass die Gültigkeit der Notstandsgesetzgebung in Frankreich verlängert wurde, ist nur im Kontext einer radikalen Veränderung des uns bislang bekannten Staatsmodells zu verstehen. Es darf nicht unwidersprochen bleiben, wenn verantwortungslose Politikerinnen und Politiker erklären, die Verhängung des Notstands sei als Schutzschild der Demokratie anzusehen.

Historiker wissen genau, dass das Gegenteil der Wahrheit entspricht. Der Notstand ist exakt das Werkzeug, womit sich autoritäre Machtsysteme in Europa durchgesetzt haben. So haben Sozialdemokratische Regierungen der Weimarer Republik in den Jahren vor der Machtergreifung Hitlers so oft zu

dem Mittel „Notstand“ gegriffen (das in Deutschland Ausnahmezustand genannt wird), sodass Deutschland bereits vorher, schon vor 1933, nicht mehr als parlamentarische Republik bezeichnet werden kann. Die erste Amtshandlung Hitlers bestand darin, den Notstand zu verkünden (ohne dass dieser jemals zurück genommen wurde). Wer sich darüber wundert, welche Verbrechen die Nazis in Deutschland unbestraft haben begehen können, übersieht, dass diese vollkommen legal waren, weil das Land im Ausnahmezustand war und die individuellen Freiheiten ausgesetzt waren.

Es ist nicht auszumachen, was dagegen spricht, dass sich ein solches Szenario in Frankreich wiederholt: ohne Schwierigkeit lässt sich ausmalen, wie eine rechtsextreme Regierung für ihre Zwecke die Not-

standsgesetzgebung nutzen kann, auf deren Duldung eine sozialdemokratische Regierung die Bevölkerung bereits eingestimmt hat. In einem Land, das mit einem verlängerten Notstand lebt, und in dem Polizeimaßnahmen Stück für Stück an die Stelle der Rechtsprechung treten, ist ein rascher und nicht wieder gutzumachender Verfall der öffentlichen Institutionen zu erwarten.

Die Angst unterhalten

Dies ist umso zutreffender, als der Notstand sich heute in den Rahmen einer Entwicklung einfügt, die bereits Sicherheitsstaat genannt werden muss („security state“, wie die amerikanischen Politologen sagen). Das Wort „Sicherheit“ hat derart Eingang in den politischen Diskurs gefunden, dass sich ohne Bedenken, etwas Falsches zu verkünden sagen lässt: die „raisons de sécurité“ – also die „Sicherheitsgründe“ – haben das ersetzt, was früher „raison d'Etat“ – „Staatsräson“ – hieß. Ein analysierender Blick auf diese neue Form von Regierung steht allerdings an. Der Sicherheitsstaat basiert weder auf dem Rechtsstaat noch auf dem, was Michel Foucault die „Gesellschaften des Gehorsams“ nannte. In Hinblick auf eine mögliche Definition scheint es notwendig, einige gedankliche Wegmarken zu setzen.

Im Modell des britischen Theoretikers Thomas Hobbes, das unsere politische Philosophie stark beeinflusst hat, setzt der Vertrag, in dem die Macht an den Souverän übertragen wird, den Zustand gegenseitiger Angst und den Krieg von allen gegen alle voraus: Der Staat ist genau das, was der Angst ein Ende setzt. Im Sicherheitsstaat kehrt sich dieses Szenario um: Der Staat fußt dauerhaft auf der Angst und muss diese um jeden Preis aufrecht erhalten, weil er daraus seine essentielle Funktion und seine Legitimität zieht.

Foucault hatte bereits gezeigt, dass, als im Vorfeld der Großen Revolution im politischen Diskurs zwischen Regierung und physiokratischen Opponenten in Frankreich das Wort „Sicherheit“ zum ersten Mal aufgetreten ist, es nicht darum ging, Katastrophen und Hungersnot vorzubeugen, sondern dass es vielmehr das Anliegen war, diese geschehen zu lassen, um sie dann regulieren zu können und in eine Richtung zu lenken, die als vorteilhaft angesehen wurde.

ohne jedwede rechtliche Bedeutung

Die Sicherheit, die heutzutage in aller Munde ist, zielt ebenso nicht darauf, Terrorismus zu verhindern (was im Übrigen besonders schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, weil Sicherheitsmaßnahmen erst im Nachhinein Wirkung zeigen und Terrorismus per se eine Reihe von erstmaligen Taten ist). Er geht vielmehr darum, ein neues Verhältnis zu den Menschen durchzusetzen, das

in einer absoluten und grenzenlosen Kontrolle besteht – daher das besondere Interesse an der Kontrolle und Überwachung von Computern und Telekommunikationsdaten, die Beschlagnahme von vollständigen Computerinhalten inklusive.

Das erste greifbare Risiko ist ein Abdriften in eine systemische Beziehung zwischen Terrorismus und Sicherheitsstaat: Wenn der Staat die Angst für seine Legitimation benötigt, muss er die Angst schaffen oder zumindest nichts gegen ihr Entstehen unternehmen. Dies führt dazu, dass Staaten eine Außenpolitik pflegen, die den Terrorismus, der im Inneren bekämpft wird, nährt, und die freundschaftliche Kontakte unterhält und sogar Waffenverkäufe an Staaten fördert, von denen offenkundig ist, dass sie terroristische Organisationen finanzieren.

Ein zweiter Punkt, der wichtig ist zu begreifen, ist die Veränderung des politischen Status des Bürgers und damit des Volkes, welches Inhaber der Souveränität sein sollte. Im Sicherheitsstaat erfolgt unaufhaltsam eine Veränderung in Richtung fortschreitende Depolitisation der Bürger, deren Teilhabe am politischen



Leben auf Wahlen reduziert wird. Dieser Trend ist umso beunruhigender, als er von Nazi-Juristen theoretisiert wurde. Diese definieren das Volk als vom Wesen her unpolitisches Element, dessen Sicherheit und Wachstum der Rechtsstaat garantieren muss.

Nach Auffassung dieser Juristen gibt es eine einzige Möglichkeit, dieses an sich unpolitische Element zu politisieren: Durch das Streben nach Gleichheit des Stamms und der Rasse, die es vom Fremden und vom Feind unterscheidet. Es geht hier nicht darum, den Nazi-Staat und den gegenwärtigen Sicherheitsstaat miteinander zu verwechseln. Was man verstehen muss, ist, dass wenn die Bürger entpolitisiert sind, sie keine Möglichkeit haben, aus ihrer Passivität herauszukommen, es sei denn, sie werden durch die Angst vor einem fremden Feind mobilisiert – vor einem Feind, der nicht nur außerhalb ist (es waren die Juden in Deutschland, es sind heute die Muslime in Frankreich).

Ungewissheit und Terror

Das Vorhaben der Regierung, die Möglichkeit der Aberkennung der Staatsangehörigkeit für bi-nationale Menschen einzuführen, ist in diesem Kontext zu betrachten. Das Vorhaben erinnert an die faschistischen Gesetze von 1926 zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft bei „der italienischen Bürgerschaft unwürdigen Bürgern“ und an die Nazi-Gesetze zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft jüdischer Menschen. Ein dritter Punkt, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte, ist die radikale Veränderung der Kriterien, die Wahrheit und Klarheit in der öffentlichen

Wahrnehmung definieren. Was einem aufmerksamen Betrachter in den Berichten über terroristische Verbrechen als Erstes auffällt, ist der vollständige Verzicht in diesen Bereichen auf jegliche rechtliche Bestimmtheit.

Im Rechtsstaat ist allgemein anerkannt, dass ein Verbrechen nur durch Ermittlungen bestätigt wird. Im Sicherheitsparadigma muss man sich dagegen mit den Aussagen der Polizei und der von ihr abhängigen Medien begnügen – das heißt mit den Informationen von Institutionen, die immer als unzuverlässig gegolten haben. Daher die unglaubliche Ungenauigkeit und die offenkundigen Widersprüche in der schnellen Rekonstruktion der Ereignisse. Jede Möglichkeit der Überprüfung oder Entlastung wird genommen, es hat mehr mit Geschwätz als mit Ermittlungen zu tun. Dies bedeutet, dass der Sicherheitsstaat Interesse daran hat, dass der Bürger – für dessen Schutz er verantwortlich ist – im Ungewissen gelassen wird über das, was ihn bedroht, weil Unwissen und Terror zusammen gehören.

Diese Ungewissheit ist im Gesetz von 20. November über den Notstand wieder zu finden. Dort wird Bezug genommen auf „jede Person, gegen die ernsthafte Gründe denken lassen, dass ihr Verhalten eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt“. Es ist klar, dass die Formulierung „ernsthafte Gründe, die denken lassen“ einen juristischen Nonsens darstellt, sich auf die Willkür des „denkenden“ Menschen bezieht und jederzeit gegen Jedermann verwendet werden kann. Diese unbestimmte Formulierungen, die laut Juristen gegen das Rechtssicherheitsprinzip verstoßen, werden im Sicherheitsstaat zur Regel.

Depolitisierung der Bürger

Die gleichen Ungenauigkeiten und Unklarheiten sind in den Erklärungen der Politikerinnen und Politiker wiederzufinden, wenn diese verkünden, wir befänden uns im Krieg gegen den Terrorismus. Ein Krieg gegen den Terrorismus ist ein Widerspruch an sich. Der Kriegszustand wird genau dadurch definiert, dass der Feind, den es zu bekämpfen gilt, präzise zu identifizieren ist. In der Sicherheitsperspektive muss der Feind dagegen unbestimmt bleiben. Sodass jede beliebige Person – sowohl vom Inneren als auch von außen kommend – als solche identifiziert werden kann.



Aufrechterhaltung eines allgemeinen Angstzustands, Depolitisierung der Bürger und Verzicht auf Rechtssicherheit: Das sind drei Eigenschaften des Sicherheitsstaates, die das Zeug haben, zu verwirren. Es bedeutet einerseits, dass der Sicherheitsstaat, in den wir gerade hinein rutschen, das Gegenteil dessen macht, was er eigentlich verspricht. Wenn Sicherheit Sorglosigkeit bedeutet (*sine cura*), erhält der Sicherheitsstaat im Widerspruch dazu Angst und Terror aufrecht. Der Sicherheitsstaat ist außerdem ein Polizeistaat, denn durch die Verdrängung der Judikative wird der Spielraum der Polizei erweitert; diese agiert – in einem Staat, wo der Notstand zum Alltag gehört – immer mehr als Souverän.

Durch die fortschreitende Depolitisierung der Bürger, die sozusagen alle potenzielle Terroristen sind, steigt der Sicherheitsstaat letztendlich aus dem bislang bekannten Bereich der Politik aus, in eine unsichere Richtung, wo das Öffentliche und das Private verschmelzen und die Grenzen schwer zu definieren sind. @

Übersetzung: Cécile Lecomte

Giorgio Agamben, geb 1942 in Rom, ist ein italienischer Philosoph, der in Venedig und am Collège international de philosophie in Paris lehrt. Sein aktuelles Buchprojekt trägt den Titel: La Guerre civile. Pour une théorie politique de la Stasi.

Der kommende Faschismus?

Was wir erleben, ist ein enormer Rechtsruck. Nicht allein, was die Rechte und deren Einfluss angeht, nicht allein, was den deutschen Staat betrifft, nicht allein bezüglich der europäischen Staaten.

Die Rechte macht gerade anscheinend alles richtig. In Deutschland ist sie massenfähig geworden. Sowohl mit der AfD als Partei, die bei Landtagswahlen bis zu 24% absahnt, als auch mit Pegida als Massenbewegung. Militante Rassist_innen greifen im Durchschnitt

jede Nacht drei Unterkünfte von Geflüchteten an und die Naziaufmärsche sind so zahlreich, dass Antifaschist_innen nicht mehr hinterher kommen oder erst gar nicht damit anfangen. Linke Projekte werden angegriffen, an einigen Orten ohne nennenswerte Antwort.

Im Gegensatz zu den 1990ern sieht sich die Rechte nicht als Ausführende herrschender Politik, sondern in fundamentaler Opposition zu ihr. Sie haben das, was wir so oft unter dem Stichwort Vermittelbarkeit

diskutieren, längst aufgegeben. Von Storch und Petry reden öffentlich davon, Geflüchtete an den Grenzen zu erschießen, auf Pegida-Demonstrationen fordern Kubitschek&Co den völkischen Staat während die Masse zum Widerstand aufruft und danach Linke und Migrant_innen jagen geht. Und das geht auf. Die bürgerliche Presse ist längst umgeschwenkt. Von FAZ bis TAZ diskutiert man die Abschaffung des Asylrechts.

Im Sommer noch glaubten einige, gute Entwicklungen würden einsetzen. Dublin wurde kurzzeitig aufgehoben, die Festung Europa schien nicht zu halten. Hunderttausende schafften es, die europäischen Außengrenzen zu überwinden. Und selbst in Deutschland gab es jenseits der massiv einsetzenden rassistischen Brandanschläge und Übergriffe solche, die ankommende Menschen begrüßten.

Der Backlash – wenn man denn von einem solchen sprechen kann – kam schnell: Aslypaket 1, Aslypaket 2. Ohne nennenswerte Widerstände. Etliche Länder wurden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. mit der Türkei, die gerade wiederum Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt und nichts sehnlicher wünscht als endlich in Rojava einzumarschieren, wird und wurde migrationspolitisch gedealt. Merkel inszenierte sich in einer strategisch glanzvollen Gleichzeitigkeit als Flüchtlingskanzlerin und schaffte es so die bürgerliche Linke auf sich zu vereidigen – in scheinbarer Opposition zu Seehofer&Co. Wer Seehofer und seine rassistische Rhetorik Scheiße fand, verteidigte Merkel gegen ihn, ganz als ob die konservative Kanzlerin nicht verantwortlich war für die Verweigerung sicherer Fluchtrouten, für die verstärkt einsetzenden Abschiebungen, für Rücknahmeabkommen, für Gesetzesverschärfungen, für die Inszenierung des Notstands durch Zeltstädte, medizinische Unterversorgung usw. Seehofers Abschreckungsrhetorik und Merkels Migrationsmanagement passten prima zusammen. So konnte ausgesiebt werden zwischen nützlichen und unnützen Flüchtlingen. Die deutsche Wirtschaft jubelte und sie jubelt noch immer. Tatsächlich sind die bürgerlich-konservativen und neoliberalen Konzepte andere als die völkisch-nationalistischen. Aber die erstarkende völkisch-nationalistische Bewegung half und hilft den Regierenden zur Durchsetzung und Absicherung ihrer Interessen. Die Referenz, gleich was gesagt wurde, lag immer auf der Rechten: Man schaffe das, weil man sich dem rassistischen Mob nicht beugen wolle, man schaffe das nicht, weil zu viel Migration Rassismus bedinge. Letzteres war wohl das beliebteste Argument der Fluchtdebatte – so beliebt wie falsch. Diese Polarisierung der Debatte auf die extreme Rechte auf der einen Seite und die bürgerliche Rechte auf der anderen Seite, markiert den Rechtsruck, den wir erleben. Eine linke Perspektive fern ab von Nützlichkeitsdiskursen und Verwertbarkeitsparadigmen, geschweige denn eine linksradikale, sozialrevolutionäre Perspektive ist nicht sichtbar, sie scheint nicht sprechbar zu sein. Wir sprechen sie nicht und schenken damit der Legen-

de der Ohnmacht Glauben.

Zeitgleich inszeniert sich Deutschland als geläuterte Nation, als humanistisches Vorbild in Europa. Das fällt recht leicht. In etlichen europäischen Ländern gewinnen rechte und extrem rechte Parteien und Bewegungen an Zulauf. Ungarn, Polen, Österreich, Finnland, Dänemark, Norwegen, Niederlande, die Liste ist lang. Die Mehrheiten verschieben sich noch weiter nach rechts, als sie es schon waren. Das macht sich bemerkbar. Auf den Straßen, in den Parlamenten, im Europaparlament. Konservative Mehrheiten werden von rechts bedroht. In Griechenland sprach man im letzten Sommer von einem möglichen Militärputsch, und in ganz Europa hat die Präsenz von schwer bewaffneter Polizei und dem Militär so rasant zugenommen, dass wir uns fragen müssen, worin das mündet. In Frankreich braucht man nicht einmal den Front National, um Notstandsgesetze durchzupeitschen und mit ihnen auf Dauer zu regieren. Das besorgen dort die regierenden „Sozialisten“ unter Hollande. Ob das vor dem Wahlerfolg des FN bewahren wird, ist allerdings fraglich. Wer weiß, vielleicht wird Frankreich 2017 bereits von einer waschechten faschistischen Partei regiert. Und was dann? Wir müssen – nehmen wir diese



Entwicklungen ernst – auch die Debatte führen, was passiert, wenn wir unsere Kämpfe verlieren und nicht nur Straßennazis gegenüberstehen sondern faschistischen Regierungen. Was ist, wenn bürgerliche Mehrheiten in der EU Orban&Co nicht mehr „regulieren“, weil es keine bürgerlichen Mehrheiten mehr gibt? Und wollen wir uns bis dahin auf die bürgerlichen Mehrheiten verlassen?

In den 1990ern führten Linksradikale in Deutschland nach der Welle der faschistischen Morde und Pogrome eine Debatte. Diese Debatte wurde die „4.Reich-Debatte“ genannt. Sie sahen den Faschismus vor der Tür stehen. Retrospektiv wird diese Debatte heute von vielen als unsinnig empfunden und so, wie sie geführt wurde, war sie das vielleicht auch. Es fanden sich keine faschistischen Mehrheiten, der Naziterror spielte sich weiterhin jenseits der Regierungsgewalten ab, auch wenn er keinesfalls abebbte. Im Gegenteil. Die frühen 90er waren ja erst der Auftakt für etliche neonazistische Organisationen. Hoffen wir

mal, dass das, was wir heute erleben, nicht erst der Auftakt ist. Klar, wir wissen, Geschichte wiederholt sich nicht einfach, es ist nicht wie in den 1920ern. Nichts wird so laufen, wie es mal gelaufen ist. Aber die Gefahr eines europäischen Faschismus sollten wir dennoch ernst nehmen. Und in dieser Gefahr die Machtpolitiken der bürgerlich-kapitalistischen Regierungen nicht vergessen. Und für eine solche Debatte und eine Einschätzung der Lage macht es Sinn, verschiedene Entwicklungen gemeinsam zu betrachten: Den Umgang mit den Fluchtbewegungen, die polizeistaatlichen Maßnahmen, ausgegeben als „Terrorabwehr“, die Militarisierung des inneren und äußeren, die sukzessiven Ausweitungen von polizeilichen und geheimdienstlichen Kompetenzen bis hin zum neuen Polizeigesetz in Spanien, die Erfolge der extremen Rechten in ganz Europa, die Debatten um die Abschaffung des Bargeldes und andere Überwachungs- und Kontrolltechnologien, die rasant entwickelt und installiert werden und im Gewand der Komfortsteigerung daherkommen, die internationalen neokolonialen Konstellationen usw.

Auch wenn nichts von all dem ist, wie es mal war, so waren wir nie einem „europäischen Faschismus“ näher, als in den 1920er Jahren. Aber vielleicht ist das alles auch nur apokalyptischer Alarmismus und wir werden irgendwann retrospektiv sagen, dass solche Überlegungen sinnlos waren.

Angesichts der europäischen Entwicklungen jedenfalls, lässt sich aus der deutschen Regierungs-Position, inszeniert als das letzte Bollwerk der Menschenrechte in Europa, beinahe alles formulieren. Krieg als Bekämpfung der Fluchtursachen, Sonderzentren für Roma, der Einsatz der NATO gegen Flüchtlinge, die erneute Ausweitung des europäischen Migrationsregimes vor die Grenzen Europas, der Pakt mit der Türkei. Und international schaut eben auch niemand mehr so genau hin, was im Landesinneren passiert: Während Rassist_innen jüngst in einer sächsischen Kleinstadt einen Bus mit Flüchtlingen blockierten, misshandelten die Bullen die Insassen. Und sowas ist halt keine Ausnahme und wars auch noch nie.

Der Rechten ist es gelungen, eine Bewegung auf die Straße zu bringen

Dieser Text ist ein Versuch einer groben Einordnung der rassistischen Situation und den offenen autoritären Entwicklungen im letzten Jahr in Deutschland (mit Fokus auf Sachsen insbesondere Dresden und Umgebung). Er soll als Diskussionsgrundlage dienen, weiter ergänzt und kritisiert werden. Es gab zu keinem Zeitpunkt den Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr wurden einzelne Ereignisse gewählt, um eine Entwicklung zu verdeutlichen.

Der Rechten ist es gelungen eine Bewegung auf die Straße zu bringen. Ihr Zentrum ist Dresden und das

Die Frage, wie Linksradikale mit all dem umgehen können, stellen sich momentan einige „Strategiepapiere“, wobei sie meist allein die extreme Rechte als Gegner fokussieren. Damit aber laufen wir Gefahr, den Staat und seine Interessen gegen die extreme Rechte zu verteidigen. Und die Grenzregimes hat sich eben nicht die extreme Rechte einfallen lassen, die Grenzregimes, die das ungezählte Ertrinken im Mittelmeer bedingen. Klar stecken wir als radikale Linke in einem doppelten Dilemma. Einerseits füllen wir mit der konkreten Unterstützung der Geflüchteten auf ihren Routen und in den Städten, in denen sie ankommen die Lücken, die der Staat sozialpolitisch hinterlässt, andererseits füllen wir mit der Verteidigung von Unterkünften die Lücke, die er „sicherheitspolitisch“ hinterlässt. Beides ist nicht falsch oder schlecht, aber es bewegt uns allzuoft dazu, sozialpolitische oder sicherheitspolitische Forderungen an einen Staat zu stellen, mit dem es doch eigentlich rein gar nichts zu verhandeln gibt: Polizeiliche Sicherung der Unterkünfte, dezentrale Unterbringung, bessere Versorgung der Geflüchteten, juristische Verfolgung rassistischer Brandstifter_innen usw. und es ist ja auch nicht falsch, dass Menschen die Möglichkeit haben sollten, in Wohnungen statt Zelten oder Containern zu leben, alles andere wäre schlicht Zynismus. Nur ist eben die Frage, ob wir da stehenbleiben. Wenn wir das tun, füllen wir maximal die Lücke, die der Wegfall der Sozialdemokratie hinterlassen hat. Und wir werden darin unsichtbar, wir werden in das Staatshandeln integriert. Der Staat aber, die Staaten mit ihren bürgerlichen Mehrheiten sind zentrale Akteure dessen, was gerade geschieht.

Das andere Dilemma ist die Frage nach dem kleineren Übel. Die europäischen Staaten gegen faschistische Entwicklungen zu verteidigen, und sie so selbst aus dem Fokus zu nehmen, besiegelt das Ende einer staatsfeindlichen, antikapitalistischen und antipatriarchalen Perspektive. Und das wäre unser eigener Rechtsruck.

Umland der Stadt, die fast wöchentlich Aufmärsche oder Kundgebungen mit tausenden von TeilnehmerInnen auf die Straße bringt. Dresden ist schon länger eine Stadt die (zumindest in Teilen) als Homezone für Nazis gilt. Auch wenn die großen geschichtsrevisionistischen Demonstrationen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch antifaschistische Kampagnen und bundesweite Mobilisierungen medienwirksam verhindert werden konnten, stand dies nie symbolisch für die alltäglichen Kräfteverhältnisse. Auch die staatliche Repression machte deutlich, dass antifaschistischem

Handeln im Freistaat Sachsen ein rauer Wind entgegen weht. Auch wenn die Dresdner Naziszene ohnehin schon stark ist, ist zu beobachten, dass ein großer Teil organisierter und militanter Neonazis aus dem Umland anreist und eng mit der Dresdner Szene verknüpft ist. In den umliegenden Orten von Dresden gibt es auch schon länger etablierte, organisierte Nazistrukturen. Der rassistisch geführte Diskurs über Flucht- und andere Migrationsbewegungen in Politik und Medien und dem größten Teil der Gesellschaft hat es den organisierten Nazis möglich gemacht in den Orten und Regionen in denen es kaum antifaschistischen Widerspruch gibt, die Deutungshoheit der Geschehnisse zu erlangen. Durch PEGIDA konnte eine Bewegung geschaffen werden, die enorm schnell radikalisiert. Nicht nur den gesellschaftlichen Diskurs, sondern auch die Beteiligten an der Bewegung selbst. Durch das fast wöchentliche Treffen bei PEGIDA ist ein enormes Gemeinschaftsgefühl erwachsen. Es wurden Kontakte geknüpft und genetzt. Auch hierbei sind die organisierten Gruppen aus dem Umland (wie z.B. Freital, Heidenau, Pirna, Meißen,...) von Bedeutung. Durch ihre Präsenz beeinflussen sie die Diskussion innerhalb der Bewegung. Dazu kommt, dass organisierte Reisegruppen Anschlussmöglichkeiten für nicht organisierte bieten und so eine Möglichkeit darstellen in Kontakt zu kommen (zu politisieren) und in längeren Gesprächen ihre Weltanschauungen zu festigen und zu propagieren. In der Präsenz nach außen möchten sie zum einen vermitteln (z.B. auch über Fahnen), dass PEGIDA nicht nur von Dresden gestützt wird, also breiter aufgestellt ist, und zum anderen treten sie als organisierte

Gruppen auf, von denen Gewalt ausgeht. Zusätzlich sorgen sie für ein größeres Stammklientel.

Ideologisches Grundgerüst

Die beiden Hauptthemen von PEGIDA, die Hetze gegen Geflüchtete (Fremdenfeindlichkeit) und die Islamfeindlichkeit gehen einher mit der Identifikation mit Volk und Nation und bei den meisten auch mit einem nicht weiter definierten „Christlichen Abendland“. Dies spricht ein ziemlich weites Spektrum unserer Gesellschaft an, wovon nur ein Bruchteil auf der Straße partizipiert. Durch PEGIDA ist ein Forum entstanden, in dem Menschen aus der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ mit verschiedensten außerparlamentarischen Strömungen der Rechten in Verbindung kommen. Ob VerschwörungstheoretikerInnen oder Hooligans, Burschenschaften oder christliche FundamentalistInnen, ReichsbürgerInnen oder Neonazis. Deshalb war es auch so wichtig, dass PEGIDA möglichst lange ein bürgerliches Image pflegte (und Politik und Medien den Dialog möglichst lange suchen). Durch die Diskreditierung von allen externen Informationen als „Lügenpresse“ oder als gezielt gestreute Fehlinformation wahlweise von „den Juden“, vom Staat oder „der Antifa“, wird auch hier die inhaltliche Deutungshoheit erlangt. Durch direkte Begegnungen und Internetforen (Bspl. PI News) wird ein eigenes Informationsnetzwerk

aufgebaut, das in der Bewegung als vertrauliche Quelle gilt. So radikalisiert sich eine ganze Bewegung (abgeschottet von äußeren Informationen und Argumenten) und trägt dazu bei, dass sich der gesellschaftliche Diskurs weiter in Richtung autoritärer Ansätze verschiebt.

Allen AkteurInnen gemeinsam sind die Konstruktionen des Volks und der Nation. So schaffen sie es trotz innerer Widersprüche der rechten Bewegung gemeinsam gestärkt hervor zu gehen. In (vermeintlichen) Krisensituationen, ist in breiten Teilen der Gesellschaft eine Abgrenzung eines vermeintlichen Wir zu beobachten. Dies findet oft auf verschiedenen Ebenen statt. So z.B. die Volksgemeinschaft, als größerer Zusammenhang oder die konservative Familie im Kleinen. Das Patriarchat ist einer der Fundamente autoritärer Gesellschaftsentwürfe. Umso mehr Menschen an Volk und Nation glauben, desto größer ist das Potential der rechten Bewegung (und der einzelnen Strömungen), welches sie mit ihrer Propaganda erreichen können. Aus diesem ergibt sich ein Mobilisierungspotential, worin wiederum ein Rekrutierungspotential besteht.

Kurze Skizzierung der Entstehung der Bewegung

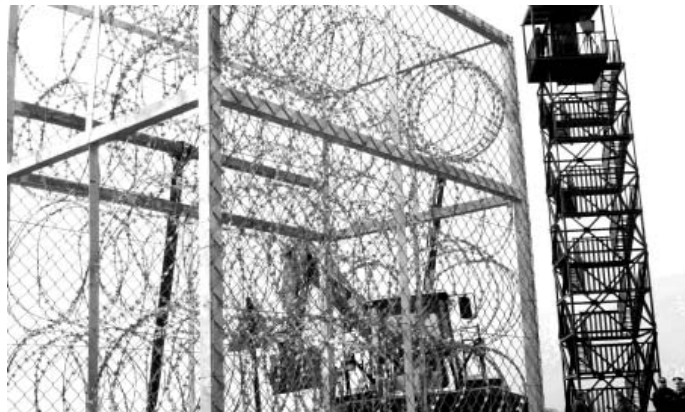
Nachdem im Sommer 2013 in Berlin Hellersdorf rassistische Proteste gegen ein Lager für Geflüchtete in der Carola-Neher-Str. durch antifaschistische Interventionen und kontinuierliche Arbeit vor Ort vorerst zurück gedrängt werden konnte, folgte im zweiten Halbjahr 2014 eine rassistische Mobilisierung, die auch 2015 weiter andauerte. Der vorerst größte Höhepunkt in Marzahn endete in einer rassistischen Demo mit 600 TeilnehmerInnen Ende 2014, die bundesweit mediale Beachtung fand. Die „Nein-zum-Heim Initiativen“ scheinen ein gutes Format für Nazis zu sein, mit anderen Menschen zu demonstrieren und gemeinsame



rassistische Positionen zu propagieren. So konnten sie ihre „Isolation“ aufbrechen und es entstanden bundesweit „Nein-zum-Heim Initiativen“ und „Bürgerwehren“. Spätestens HOGESA 2014 hat gezeigt, dass die rassistische Mobilisierung auch das Hooliganspektrum anspricht und dass die Fluchtbewegung und die gesellschaftliche Reaktion auf diese, viel Potential für das Politisieren dieses Spektrums beinhaltet. Zwar schaffen sie es bisher nicht zu einem Revival der „Massen-

„militanz“ im Oktober 2014 in Köln, jedoch fanden einige von ihnen ihren Platz in der Bewegung, z.B. als OrdnerIn oder um den „Schutz“ zu organisieren. Die „Jungs fürs grobe“ finden in der Bewegung Anerkennung für ihre Rolle und werden so von dem/der gewaltsuchenden AlltagsrassistIn zum/zur nicht weniger gewalttätigem/n politischen AkteurIn.

Schnell etablierte sich Dresden als Zentrum der aufkeimenden Bewegung. Durch das Entstehen von PEGIDA und den Ablegern entstand eine mediale und politische Aufmerksamkeit, die der Bewegung zugestanden, tatsächlich politische Einflussmöglichkeiten zu besitzen. Doch anstatt die Bewegung zu isolieren und offensiv gegen sie anzugehen, wurden die RassistInnen



als „besorgte Bürger“ verharmlost, deren Sorgen (nicht nur rassistische Vorurteile und Einstellungen) man ernst nehmen müsse. So wurde und wird in großen Teilen der Gesellschaft der Dialog gesucht und damit Rassismus als legitimer Standpunkt akzeptiert, den es zu diskutieren lohnt. Was vor dem ideologischen Hintergrund, dass Geflüchtete weithin als Bedrohung gesehen werden und die faktisch schon bestehende Festung Europa (innerhalb und außerhalb) fleißig ausgebaut wird, nur folgerichtig ist. Hier zeigt sich die breite Verankerung rassistischer Denkweisen in dieser Gesellschaft ganz klar und offen. Über das Konstrukt der bürgerlichen Mitte wird der Dialog legitimiert.

In dieser gesellschaftlichen Stimmung werden zunehmend künftige und bewohnte Lager für Geflüchtete angegriffen. Während die Brandanschläge vorerst meist unbewohnte Lager trafen, schien sich dies spätestens seit Mitte 2015 geändert zu haben. Zunehmend werden auch bewohnte Lager angezündet und auch Angriffe auf Geflüchtete, die dezentral in Wohnungen untergebracht wurden, mehren sich. Ausschreitungen und Belagerungszustände wie in Dresden, Freital und Heidenau, die durch das bewusste Nichthandeln der staatlichen Behörden und der Polizei erst in dieser Form entstehen konnten, sind Finstere Ausblicke auf Kommendes.

Zunehmend werden bei den Rechten auch für sie untypische Aktionsformen ausprobiert. Im Dresdner Stadtteil Übigau richteten RassistInnen eine Art Mahnwache als Blockade des Zugangswegs zum Lager

für Geflüchtete. Obwohl die Mahnwache angab die „Blockade“ zu räumen, wenn sie dazu aufgefordert würden, wurde darauf verzichtet und lieber ein neuer Zufahrtsweg errichtet, um drinnen mit den Aufbauarbeiten zu beginnen. Auch gab es bei der Verteilung von Geflüchteten in Sachsen Blockaden von Bahnhofsvorplätzen (Freiberg und Meerane) und Besetzungen von taktisch guten Kreuzungen, um den Transport von Geflüchteten per Bus zu stören. An Silvester wurde von einer rassistischen Initiative ein Ultimatum an die Stadt Dresden gestellt. Die Geflüchteten sollten innerhalb von 14 Tagen wieder verschwinden. Glücklicherweise hatte das erfolglose Ultimatum bis jetzt keine bekannt gewordenen Folgen auf der Straße.

Mit Freital und Heidenau gewann die Stimmung nochmal an Schärfe. Die RassistInnen zeigten militante Straßenpräsenz vor und gegen Lager von Geflüchteten. Sowohl in Freital, als auch in Heidenau baute sich der „Protest“ über mehrere Tage auf. Während in Freital die Gewalt gegen Menschen noch hauptsächlich im Umfeld der Veranstaltung (Hin- und Rückweg) stattfand, ging die Gewalt in Heidenau in eine Art „Massen“-militanz über. Dabei war eine alarmierend gute Organisation der Nazis zu erkennen. So gab es am Samstag neben dem Angriff auf der Straße einen weiteren koordinierten Angriff auf die antifaschistische Kundgebung aus anderer Richtung. Auch eine Art improvisierten Checkpoint auf der Landstraße hatten sie errichtet, an dem Fahrzeuge gestoppt und zumindest vereinzelt zurückgeschickt wurden.

Der PEGIDA-Geburtstag am 19.10.15 war ein nächster Schritt. Organisierte RassistInnengruppen schafften es am Ende des Tages deutlich die Straßen zumindest in der Altstadt zu dominieren. Vielerorts wurden Gegendemonstrant*innen gejagt und angegriffen.

Der PEGIDA-Geburtstag war ein länger feststehender Termin und so gab es sowohl von PEGIDA, als auch von antifaschistischer/antirassistischer Seite eine bundesweite Mobilisierung. Nachdem eine organisierte Gruppe aus 200-300 RassistInnen ohne jegliche Polizeibegleitung (mit Frontrtransparent und unter Rufen wie: „Hier marschiert der Nationale Widerstand“) vom Hauptbahnhof zur PEGIDA-Kundgebung demonstrierte, lief es an anderen Zugangswegen für die RassistInnen nicht ganz so reibungslos. Während der Kundgebung zerstreuten sich die Gegendemonstrant*Innen um möglichst an allen Zugangspunkten präsent zu sein, einige suchten auch nach Gelegenheiten wenigstens in direkte Sichtweite zur Kundgebung zu gelangen. Nach Beendigung der PEGIDA-Kundgebung zogen organisierte Gruppen durch die Altstadt und griffen immer wieder Menschen an, die sie als nicht zu ihrem Volkskörperweltbild gehörend betrachteten und lieferten sich vereinzelt kleinere Scharmützel mit den Bullen. Nach dem eine antirassistische Demo zurück in die Neustadt stattfand, um eine Möglichkeit des sicheren Rückzugs anzubieten, fanden auch dort im Nachhinein

Angriffe durch RassistInnen statt.

Am 21.12.15 wollte PEGIDA in die Neustadt ziehen. Nachdem am 12.12.15 der Versuch von Neonazis durch Connewitz zu laufen, von Auseinandersetzungen zwischen Antifaschist*Innen und den Bullen begleitet wurde, wollte PEGIDA klarstellen, dass sie in Dresden laufen wo sie wollen. So gab es eine überregionale Mobilisierung zu diesem Termin, welche auf antifaschistischer Seite eher gering ausfiel. PEGIDA wurde per Auflage an den Rand der Neustadt verlegt und auf beiden Seiten nur stationäre Kundgebungen erlaubt. Nach halbherzigen Versuchen von Antifaschist*Innen die weiträumige Trennung zu überwinden, hatten sie sich verstreut oder wieder zurückgezogen. In Autokonvois organisierte Gruppen von RassistInnen bewegten sich unabhängig von PEGIDA durch die Neustadt. Als sich eine dieser Gruppen dem AZ Conni näherte, bewegte sich eine größere Gruppe Antifaschist*Innen in ihre Richtung, wurden allerdings von Bullen gestoppt und in Richtung AZ getrieben. In der Folge wurde das AZ umstellt und ca. 10 Personen von den Bullen gefilzt und kontrolliert. Andernorts in der Neustadt wurde eine Gruppe Antifaschist*Innen von einer 20-30 köpfigen Gruppe RassistInnen angegriffen. Im Nachhinein wurde eine Person bewusstlos in einer Seitenstraße gefunden.

Silvester und die Bullen

Wenn in Heidenau der braune Mob angreift, hat die Polizei angeblich keine Hundertschaft mehr zur Verfügung. Hätte es zum gleichen Zeitpunkt eine Scherbandemo in Dresden gegeben, wäre bestimmt recht schnell eine da gewesen. Wenn in Leipzig ein paar Mülltonnen brennen und die Polizei ihrem Beruf nachgeht die Steine abzufangen, damit es nicht „die Richtigen“ trifft, wird von „Straßenterror“(nicht etwa von den Nazis) gesprochen. Und folgerichtig wird zu Silvester in Connewitz das Grundrecht auf Versammlung eingeschränkt, während die Polizei in Dresden keine Notwendigkeit dazu sieht Lager in der Silvesternacht besonders zu schützen, obwohl am Abend vorher eine teilweise verummte Demo unter Böllerwürfen und mit Fackeln durch Laubegast zog.

LEGIDA-Geburtstag (Leipzig 11.01.16)

Während LEGIDA durch Leipzig marschiert gibt es zeitgleich eine organisierte Scherbandemo, durchgeführt von ca. 250 RassistInnen in Connewitz. Auch eine weitere Gruppe von ca. 50 RassistInnen ist unabhängig von der Demo durch die Stadt gezogen. Antifaschist*Innen, die sich in Bewegung setzen wollten wurden von der Polizei gekesselt und so daran gehindert einzugreifen, während ihr eigener Kiez von organisierten RassistInnen angegriffen wurde. Abgesehen von einer größeren Gruppe Nazis, welche die Bullen nach der Scherbandemo eingekesselt und abtransportiert hatten, konnten sich die restlichen RassistInnen auch in größeren Gruppen lange ungestört bewegen. Trotz 2000 Bullen mit Pferden, Räumpanzern und einigen

Wasserwerfern, haben sich die Bullen zum Großteil darauf beschränkt, Antifaschist*Innen vom Eingreifen abzuhalten und die Nazis und ihre Autos am Rand von Connewitz zu schützen. Über Twitter drohten RassistInnen abends Einzelpersonen durch die Nennung des Namens und der angeblichen Straße in der die Person wohnen soll. Einen ähnlich organisierten Naziangriff in Connewitz hat es das letzte Mal in den 90igern gegeben.

Schon vor der Demo hatte die NPD Leipzig ein internes Dokument der Bullen veröffentlicht, in dem es um eine Fahrzeugkontrolle bei Antifaschist*Innen ging, welche mit Namen genannt wurden.

Dazu gab es in den Tagen vor der Demo gegen Kassek (Grüne) und Nagel (Linke) Morddrohungen.

Der Tag in Leipzig zeigt außerdem, dass PEGIDA in der Lage ist mehrere Tausend Menschen in eine ande-



re Stadt (zumindest in Sachsen) zu mobilisieren.

Unter den Autos des Konvois, der in Connewitz randalierte, ließen sich Kennzeichen aus Dresden und Pirna finden.

Ein besonderes Augenmerk in der Analyse sollten wir auch auf diese Aspekte richten:

Das letzte Jahr hat gezeigt, dass einige AkteurInnen, die schon Anfang der neunziger aktiv waren, heute wieder aktiv geworden sind z.B. organisatorische Aufgaben übernehmen. Durch die rassistische Stimmung in der Gesellschaft, werden alte Kader wieder motiviert, klinken sich in bestehende Netzwerke ein und bringen alte Kontakte mit. So ist der „besorgte“ Rassist, der versuchte die Kölner OB Henriette sowieso mit einem Messer umzubringen, schon aus den 90igern bekannt.

Wieder ausgegrabene und erneut veröffentlichte Rechercheartikel aus den 80igern und 90igern könnten wahrscheinlich hilfreich sein, um die Entstehung von (vermeintlich) neuen Netzwerken besser nachvollziehen zu können.

Auch ist auffällig, dass einige AkteurInnen in wichtigen organisatorischen Rollen in ihrer Kindheit in Kaderla-

gern der Naziszene (die seit den 50igern mehr oder weniger ununterbrochen in (West-)Deutschland stattfinden) waren. Sie sind also seit dem Drill der Kindheit psychisch und physisch dazu geschult worden, eine solche Bewegung ins Leben zu rufen und sie zu steuern.

Momentan treffen ihre Bemühungen auf fruchtbaren Boden. Wir dürfen nicht den Fehler machen sie zu unterschätzen. Es gibt lange bestehende Strukturen, die sich eine rechte Bewegung herbeigesehnt haben und die im letzten Jahr verdammt schnell ein enormes Potential entfalten konnten. Sie schaffen es eine Dynamik zu entfalten, in der sie Anschlussfähigkeit an große Teile der Gesellschaft haben.

Die Arbeit rechter Think-Tanks sollte mehr ausgewertet und in die Analysen stärker mit aufgenommen werden. Zwar zeugt das Gerede von einer konservativen Revolution auch in der jetzigen gesellschaftlichen Situation von Spuren des Größenwahns, jedoch verdeutlicht es auch, wie bestätigt und motiviert sie sich durch die Präsenz einer Rechten (außerparlamentarischen) Bewegung auf der Straße fühlen. Es werden zwar einzelne AkteurInnen wie Elsässer und sein Compact-Magazin angegangen, jedoch scheinen die Think-Tanks in der Regel nicht die Aufmerksamkeit zu bekommen, die sie verdienen. Wer versucht die großspurigen Formulierungen zu ignorieren und die Texte auf seine Inhalte reduziert, wird feststellen, dass durchaus durchdachte Ansätze dahinter stehen die bestimmte Impulse in die Bewegung senden sollen.

Seit dem Auffliegen der Terrorzelle um Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt ist das bestehende NSU-Netzwerk bekannt. Das diese Terrorzelle nur ein kleiner Teil eines Netzwerkes ist, steht außer Frage. Nicht klar ist, ob es weitere aktive Terrorzellen von diesem Netzwerk ausgehend gibt oder gab und ob das Trio alle Taten tatsächlich alleine durchgeführt hat oder ob es über die konkrete Tatunterstützung hinaus auch in Koordination agierende Zellen gibt/gab.

Durch die in diesem Zusammenhang an die Öffentlichkeit geratene Informationen ist deutlich geworden wie die Ermittlungsbehörden mindestens mit viel Wohlwollen und Versagen auf ganzer Linie den Terror unterstützt, vielleicht sogar erst möglich gemacht haben.

Dabei tat sich im Besonderen der Verfassungsschutz (VS) hervor. Der Inlandsgeheimdienst der in der neugegründeten BRD fast nur eine Namensänderung als Neuerung erlebte, ist in der Zeit seiner Existenz immer wieder mit Verstrickungen in Rechte Netzwerke/Strukturen und Zellen aufgefallen. So z.B. auch Anfang der 80iger im Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat.

Der VS muss als Akteur mit nicht zu unterschätzendem Einfluss auf rechte Strukturen und Netzwerke mitgedacht werden. Er ermöglichte in weiten Teilen das Handeln des Trios, welches sich auf den NSU bezog,

durch Beschaffung von Geld, Sprengstoff und Know-How. Zudem sei an einen standardmäßig tolerierten rassistischen Untergrund erinnert. Mindestens 372 RassistInnen befinden sich trotz teilweise mehrerer Haftbefehle auf freiem Fuß.

Auch die AFD ist eine weitere wichtige Akteurin, die versucht, parlamentarischer Arm der Bewegung zu werden. Ihre Rolle wurde z.B. bereits in diesen Analysen thematisiert:

<https://linksunten.indymedia.org/de/node/167645>
<http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/offener-rassismus-100.html>

Wir wollen Solidarität geben, sie aber auch einfordern

Nachdem die rassistische Bewegung den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter in autoritäre und rassistische Richtung verschoben und damit fast alle verbalen Tabus in großen Teilen der Gesellschaft aufgehoben hat, nimmt rassistische Gewalt stetig zu und weitet sich auf immer mehr gesellschaftliche Gruppen aus. Es macht Angst zu sehen wie wenig Menschen bereit sind den gewalttätigen RassistInnen auch direkt und handfest zu begegnen. Selbstverständlich soll hier für niemanden bestimmt werden, wie seine/ihre* Handlungsmöglichkeiten aussehen sollen. Aber es soll Solidarität von allen Antirassist*Innen/Antifaschist*Innen eingefordert werden, für diejenigen, die bereit sind auch militant gegen RassistInnen vorzugehen. Natürlich ist Gewalt gegen Menschen das letzte und ohnmächtigste Mittel, mit dem Mensch vorgeht, wenn einer keine andere Möglichkeit mehr sieht. Es glaubt auch niemand daran mit Gewalt die Änderung einer Ansicht zu erreichen. Bei organisierten RassistInnen, die ein solch abgeschlossenes Weltbild besitzen, ist nicht davon auszugehen, dass Mensch irgendwie etwas daran ändern kann. Es geht also darum, den RassistInnen den öffentlichen Raum zu nehmen, ihre Wirkungsmacht einzuschränken. Zunehmend geht es allerdings schlicht um die ständig steigende Notwendigkeit an organisiertem antifaschistisch/antirassistischem Selbstschutz. Wenn RassistInnen oder Bullen angreifen, sind die militanten Antifaschist*Innen/Antirassist*Innen die einzigen, die durch ihre Präsenz und ihr eingreifen versuchen allen Teilnehmer*Innen der antirassistischen Versammlung Schutz zu bieten. Oder wie stellen sich „konsequent gewaltfreie“ Gegendemonstrant*Innen denn einen Angriff von RassistInnen auf eine Versammlung vor, wenn sich ihnen nicht mutige Menschen in den Weg stellen?

Aus unserer Perspektive sollte in dem gewalttätigen Kontext in dem wir uns befinden und unser Handeln stattfindet, nicht die Frage diskutiert werden, ob Gewalt, sondern wann es sinnvoll und legitim ist sie anzuwenden und ob nicht sogar eine (dringende) Notwendigkeit besteht und/oder es unausweichlich ist. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich selbst bei

ganz konkreten Verteidigungssituationen Mitdemonstrant*Innen die eigenen (militant agierenden) Leute angehen, obwohl sie im selben Atemzug genau durch diese geschützt werden. Nur weil sich glücklicherweise Menschen auf gewaltsame Auseinandersetzungen vorbereiten, heißt das nicht, dass sie sich gerne in solche Situationen begeben. Sie erkennen mindestens eine Notwendigkeit der Selbstverteidigung an und erklären sich solidarischer Weise mit allen, die sich nicht bereit oder in der Lage sehen, in direkte Auseinandersetzungen zu gehen, dazu bereit diese Rolle zu übernehmen.

Die rechte Bewegung bedeutet ein Rollback für alle antiautoritären Kämpfe

Ohne Frage sind alle Themenschwerpunkte einer emanzipatorischen Perspektive wichtig. Jedoch gilt es zu beachten, dass diese rassistische Bewegung einen Schlag für alle emanzipatorischen Bestrebungen darstellt. Das sollte mit in Betracht gezogen werden und sich auch im Handeln widerspiegeln. Es wird immer bedeutender, dass wir unsere Differenzen soweit überwinden, dass wir uns in einen gemeinsamen Kontext stellen. Denn nur, wenn von allen „Teilbereichskämpfen“ ein Bezug auf einen gemeinsam geführten Kampf für eine tatsächliche Alternative ausgeht, haben sie gemeinsam das Potential zu einer Bewegung zu werden. (Ein gemeinsamer Nenner könnte der Kampf für einen emanzipatorischen Prozess sein, mit allen, die eine ernsthafte Diskussion über antiautoritäre Gesellschaftsentwürfe führen wollen.)

Der Diskurs um die Übergriffe in Köln und die Vereinnahmung des Themas durch die RassistInnen, zeigt beispielhaft, wie emanzipatorische Kämpfe, hier für feministische Perspektiven gegen sexualisierte Gewalt, durch die Reaktionären zurückgedrängt wurden und werden.

Wie schon in ihrer Propaganda gegen muslimisch gläubige Menschen haben sie sich „Frauenrechte“ auf die Fahnen geschrieben. Vorläufig gipfelte diese Ab-

surdität darin, dass sich in Köln am Tag (So 10.01.16) nach einer aggressiven PEGIDA-Demo (Sa 09.01.16) mit Bezug auf die Übergriffe in der Silvesternacht, Türsteher, Hooligans und Rocker zusammenschlossen, um in mehreren organisierten Gruppen Menschen anzugreifen, die ihnen nicht „deutsch“ genug erschienen. Bei dieser Klientel scheint es doch recht verwunderlich, dass sie sich angeblich für Frauenrechte stark machen will, wenn Mensch bedenkt, dass sie sich in einem Umfeld bewegen, indem einer der Hauptwirtschaftszweige Zwangsprostitution und Menschenhandel ist.

Es ist wichtig den Fokus des eigenen Teilbereichskampfes nicht zu verschieben, nur weil ein paar Nazis meinen, irgendwo lang laufen zu müssen. Es geht darum, die Konsequenzen einer radikalen Analyse in die Praxis umzusetzen. Doch dürfen wir nicht vergessen, dass auch Symptome tödlich enden können. Auch wenn Fieber ein Symptom ist, und nur ein Nebenerscheinungsbild einer anderen Krankheit, kann es tödlich enden.

Lasst uns gemeinsam Handeln – Organisieren wir uns

Nun gilt es aus der Ohnmacht auszubrechen, Perspektiven zu entwickeln und handlungsfähig zu werden. Wir müssen uns vernetzen und organisieren, dürfen dabei aber nicht handlungsunfähig werden. Die tatsächlichen Aktivitäten sollten sich, durch stärkere Vernetzung steigern und intensivieren.

Wir sollten uns auf vertraute Menschen besinnen. Menschen mit denen wir gemeinsam(e) Erfahrungen gesammelt haben. Wir sollten uns zusammenschließen und zusammen Handeln !

Support your local Antifa – don't move to Berlin!

Diskussionsbeitrag der Initiative Neuruppiner Antifaschist*innen



In den letzten Wochen wurden wir auf den Text der „Antifaschistischen Jugend Brandenburg“ mit dem Titel „Antifa in der Krise – Diskussionsbeitrag der Antifa Jugend Brandenburg“ aufmerksam. Der Text thematisierte die Auflösung von Großstrukturen in Berlin, der Regungslosigkeit der radikalen antifaschistischen Linken in den Großstädten und die Situationen des Berliner Speckgürtels in Brandenburg.

Ein kleiner Rückblick

Vor ein paar Jahren, bevor sich der rassistische Mob

in Gestalt von PEGIDA, AFD, NPD und Freie Kräfte mobilisierte, lebte es sich gut in Brandenburg. Es gab kaum Neonazidemonstrationen, -kundgebungen oder -mahnwachen, die nicht von einem breiten antifaschistischen Bündnis und einer gut organisierten Zivilgesellschaft verhindert oder zumindest massiv gestört wurden. Neonazistrukturen in Cottbus, Frankfurt (Oder), Strausberg, Potsdam, Oranienburg, Bad Belzig, Rathenow, Brandenburg an der Havel, Wittstock und Neuruppin hatten kaum Chancen ihre faschistischen Inhalte auf die Straßen zu tragen und wurden in vielen Orten bis aufs Letzte zurückgedrängt.

Neuruppin als Beispiel: 30.000 Einwohner*innen - eine Stunde mit der Regionalbahn von Berlin entfernt.

In den Jahren 2007 bis 2012 hatten wir es jährlich mit Neonaziaufmärschen, organisiert von den Freien Kräften Neuruppin / Osthavelland, zu tun. Durch ein gutes Netzwerk aus brandenburgischen Initiativen, Brandenburger und Berliner Antifagruppen konnten die meisten der Demonstrationen durch Sitzblockaden verhindert, beziehungsweise stark verkürzt werden, so auch am 01. Mai 2012 in Wittstock (Dosse) und am 05. April 2014 in Wittenberge.

Zwischen 2012 und 2014 trat die Neonazigruppe kaum noch in Neuruppin auf. Bis auf einzelne Kundgebungen von 10 bis 15 Teilnehmer*innen fanden kaum noch Aktionen statt – wenn ja, wurden sie jedoch von einem großen zivilgesellschaftlichen Bündnis begleitet und gestört.

Erst mit der Ankündigung zum TddZ am 06.06.2015 in Neuruppin, wurde die Gruppe wieder aktiv. Sie gründeten eine „Initiative gegen Überfremdung“, tauchten auf allen Informationsveranstaltungen zu Geflüchteten in den Kreisen Ostprignitz-Ruppin, Prignitz und Oberhavel auf und versuchten die Stimmung zu beeinflussen, Flugblattaktionen und Kundgebungen waren über das ganze Jahr verteilt – doch in ihre eigentliche „Homebase“ trauten sie sich, über das Kampagnenjahr hinweg, kaum. Nach unserer Einschätzung sind sie heute eine der aktivsten Neonazigruppen in Brandenburg.

Schluss mit der schönen Zeit

Die Situation hat sich in den letzten Monaten gewandelt, Brandenburg zeigt sich erneut von seiner dunkelsten Seite. PEGIDA, NPD und Freie Kräfte fassen in fast allen größeren Städten in Brandenburg Fuß, sie etablieren sich in der bürgerlich, rassistischen Mitte, stehen und laufen wöchentlich mit mehreren Hundert Neonazis und Rassist_innen durch Rathenow, Strausberg, Velten, Oranienburg, Zehdenick und Wittstock.

Und wir... wir sind in der Realität angekommen und blicken sehnsüchtig auf den 06.06.2015 zurück, an dem einer der größten Neonaziaufmärsche deutschlandweit, der TddZ mit mehreren hundert Antifaschist*innen in Neuruppin verhindert werden konnte – allein aus Berlin kamen 500 Antifaschist*innen.



Von dieser gelebten Solidarität ist nichts mehr zu spüren.

Anfänglich haben wir es noch versucht, Antifaschist*innen überregional zu mobilisieren, um die wöchentlich stattfindenden Demonstrationen in den Griff zu bekommen – ohne Erfolg.

Alles was uns bleibt, ist unsere befreundeten Strukturen zumindest personell zu unterstützen und uns darüber aufzuregen mit welcher Ignoranz unsere Situation, in Berlin betrachtet wird.

Naja, was solls – noch ein Aufruf – ankacken hat noch nie funktioniert.

Unsere Sicht auf die Berliner Situation

Für uns begann die Situation sich zu zuspitzen, als in Berlin-Marzahn/ Berlin-Hellersdorf wöchentlich mehrere 1000 Neonazis und Rassist*innen aufgelaufen sind. Und obwohl wir kaum einen Bezug oder Kontakt nach Marzahn pflegten, fuhren wir so gut wie jede Woche dorthin um die lokalen Strukturen bei den Protesten und Blockadeversuchen zu unterstützen. Es ist ja nicht so, dass wir nicht gerne Proteste mit unseren Mitteln unterstützen, nur fehlt uns einfach die Kraft und Energie, um uns dann parallel um Städte wie Wittstock, Neuruppin, Oranienburg und Rathenow zu kümmern, wo wir als Brandenburger Gruppen zu 90 % auf uns alleine gestellt sind. Wenn in Wittstock 300 Neonazis & Rassist*innen auflaufen, interessiert das die ehemaligen Großgruppen in und um Berlin wenig. Oftmals standen wir in den letzten Monaten mit 30 bis 50 Leuten, 200 bis 600 Rassist*innen gegenüber. Für uns ist diese Situation keinesfalls tragbar – während die radikale Linke in Berlin in ihren Stammkneipen hockt und das rassistische Alltagsgeschehen bei Bier und Kippe gelassen besprechen, verbrennen wir unsere Strukturen, leiden unter den Repressionen und laufen jedes Mal Gefahr, auf die Fresse zu kriegen.

Obwohl wir es auch mal wieder schaffen wollen, in unseren Städten eigene Inhalte zu setzen, bestimmt der rassistische Mob unsere Arbeit und wir kommen zu nichts anderem mehr.

Die letzte Demonstration in Rathenow hat gezeigt,

dass es doch noch gelebte Solidarität in Brandenburg und Berlin gibt. So fanden sich circa 200 Antifas in Rathenow ein und versuchten mit einer Demonstration, den Neonazis vor Ort zumindest irgendetwas entgegen zu setzen. Doch dabei kann es nicht bleiben. Es reicht nicht – wir sind trotzdem immer noch viel zu wenige und es bleibt bei verbalem Protest.

Die Radikale Linke Berlin rief neulich dazu auf, dass die Zeit der Sitzblockaden vorbei wäre – da geben wir ihnen Recht. Wenn man so was sagt, müssen jedoch auch Taten folgen. Auch wenn Sitzblockaden in

der Provinz ein gutes Mittel gewesen sind, um Neonaziaufmärsche zu verhindern, sehen wir ein, dass das verhältnismäßig gerade zum Scheitern verurteilt ist. Wenn militanter Protest eine Lösung für das Problem sein kann, obwohl dieser unsere Strukturen durch Repression stark schwächen könnte, sind wir für alle Alternativen offen, doch für uns nicht umsetzbar – wir brauchen euch da draußen und nicht nur kluge Ratschläge.

Wir hoffen, dass weitere Beiträge folgen werden!

Aktiv gegen Rassismus - Solidarisches Netzwerk

Antirassist_innen übernehmen AfD Pressekonferenz in Hannover

Sieben Aktivist_innen des Solidarischen Netzwerk „Aktiv gegen Rassismus“ übernahmen heute die Pressekonferenz des Landesverbands Niedersachsen der alternative für Deutschland (AfD). In Hannover wollte u.a. der Landesvorsitzender PAul Armin Hampel über „Kriminalität gegen die AfD“ sprechen. In der Pressekonferenz wurde nach der Neubesetzung des Podiums über erfolgreiche Aktionen gegen die AfD berichtet. Ein Sprecher des Netzwerks bewertet die Aktion als Erfolg: „Statt dem AfD Gejammer über vermeintliche Kriminalität, wurden kreative Aktionen wie der Torwurf auf Beatrix von Storch und die ‚Return to Sender‘-Aktion aus Berlin vorgestellt. Hier hatten Aktivist_innen die Bauschutt einer angezündeten Asylunterkunft vor dem Bundesbüro der Partei - zurück zum Absender - geliefert.“

Die Aktivist_innen kritisieren die rassistische Politik der AfD, die sich auch in der Forderung nach Schießbe-

fehlen gegen Geflüchtete ausdrückt. Der Sprecher dazu: „Die AfD nimmt bewusst die Rolle der rechten Scharfmacherin ein. Sie ist lebensgefährlich für schutzsuchende Flüchtende und wird den zahlreichen Willkommensinitiativen die Arbeit massiv erschweren.“



Lokal kommt es immer wieder zu gemeinsamen Aktionen zwischen AfD Mitgliedern und rassistischen Gruppen außerhalb der Partei bis hin zu organisierten Gruppen der extremen Rechten. „In Clausnitz organisierte eine rassistische Bürgerinitiative eine Kundgebung aus der ankommende Flüchtlinge beleidigt und beschimpft wurden. Im Januar 2015 beteiligte sich AfD-Mann Hampel zusammen mit

Mitgliedern Identitären Bewegung und einem Mitglied von Pro Deutschland an der Nachbereitung des ersten Aufmarschversuchs von HAGIDA.“

Dank freundlicher Hinweise an die AfD nicht zu stören, konnten im Rahmen der Pressekonferenz Fragen interessierter Reporter_innen beantwortet werden.

Dokumentation:

Die Festung Europa von innen erschüttern und sabotieren!

Kampf dem Wohlstandschauvinismus, Sexismus und Rassismus.

Wir haben einen Brand an der Bahntrasse bei Spandau gelegt, um den zentralen Personen- und Güterzugverkehr nach Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt empfindlich zu stören. Unter anderem der reibungslose Transport von Gütern und Arbeitskraft garantiert die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit dieses Landes. Den Ärger der Reisenden verantworten wir, in Anbetracht

einer militarisierten Festung Europa und einer rassistischen Standortpolitik zum Wohle wirtschaftlicher Interessen. Eine Gefährdung von Menschen haben wir ausgeschlossen.

Anlässlich des 8.März, des Frauen-Kampftages, und der Tatsache, dass Frauen und Kinder derzeit die

Mehrzahl der Flüchtenden bilden, widmen wir diese Aktion ausdrücklich all den unbekanntenen Frauen, ihren Kindern und Männern, welche bei dem Versuch sich vor Krieg, Verfolgung und Armut in Sicherheit zu bringen, ertrunken, verletzt, gedemütigt, festgesetzt, zurückgeschickt worden sind. Die erst jüngst wieder ertrunkenen Kinder gehen direkt auf das Konto der Bundesregierung und der Kräfte, die den Familiennachzug ausgesetzt haben und damit bewirken, dass sich ganze Familien einschließlich der Kinder auf die gefährlichen Überfahrten machen. Darunter die Parteien, die das C groß schreiben und sich immer für die Rechte von Familien einsetzen - aber deutsch müssen sie sein, offensichtlich.

Menschlichkeit kennt keine Obergrenze, Not kennt keine unüberwindbaren Zäune, Solidarität ist umfassend oder gar nicht. Grenzen auf! Wir laden alle Flüchtenden dieser Welt in ein Land ein, das mit seiner Wirtschaftspolitik (nicht nur mit den Waffenexporten) und Außenpolitik (Kriegseinsätze) die Zustände oftmals mit verursacht, wegen derer Menschen fliehen!

Die Abschottung Europas als Maßnahme gegen die flüchtenden Menschen erwächst als Idee aus einem rassistischen, patriarchalen Weltbild. Gegen Fremde werden alle Arten von Mauern hochgezogen, ihre Fluchtgründe werden banalisiert (sicheres Herkunftsland), ihre wirtschaftliche Not geleugnet. Sie werden entmenschlicht, um sie zur Zielscheibe erklären zu können, auf die staatlicherseits das Gewehr anzulegen ist, wie die Hasspredigerin Petry es formulierte - die wohl nur ausspricht, was Seehofer und andere denken. So agiert die AfD als legaler Arm der Neonazis, seit die NPD keine Relevanz mehr hat und agiert als Interessenvertretung weißer, deutscher Männer. Der Chauvinismus eines Gabriel, der die Deutschen mit Milliarden kaufen will, damit sie ihn wählen, bedient auch nur die rassistische Raserei. Der Grüne Kretschmann kennt überall nur noch sichere Drittstaaten, wenn es dem Machterhalt dient. Und die Parteiführung „Die Linke“ schweigt aus taktischen Gründen vor ihren reaktionären Wähler_innen. Und Seehofer führt seine CSU zu neuen Höhenflügen, indem er die Aussetzung des Familiennachzugs erzwingt. Auf rechten Terror und den auffällig steigenden Anteil ertrunkener Kinder folgen aus allen Reihen nur Schweigen oder die üblichen Empörungsfloskeln.

Politiker_innen handeln in Übereinstimmung, wenn nicht Abhängigkeit, von wirtschaftlichen Interessenverbänden, die brauchbare Arbeitskräfte kontrolliert ins Land lassen wollen, um die anderen abzuschieben oder direkt abzuweisen. So werden Abschiebungen, die Lager für Geflüchtete und die zugemauerte

Festung Europa gerechtfertigt. Oder das Asylpaket II verabschiedet. Oder der legale Familiennachzug ausgesetzt, so dass sich vermehrt Frauen und Kinder auf die gefährliche Reise per Boot übers Mittelmeer wagen müssen und dabei umkommen.

Dabei sind Frauen, neben den allgemeinen Risiken der illegalen Flucht, besonders den Folgen patriarchaler Strukturen wie körperlicher und sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Auch verschwinden viele alleinreisende Frauen und Minderjährige in der Zwangsprostitution. In der Öffentlichkeit jedoch wird Gewalt gegen flüchtende Frauen weithin ignoriert, bagatellisiert oder als „Luxusproblem“ abgetan. Schließlich können sie ja froh sein, überhaupt noch zu leben oder so weit gekommen zu sein. Und das, wo Frauen in der Regel ohnehin schlechtere Chancen haben, aus Krisengebieten fliehen zu können. Eine Flucht nach Europa bleibt oft männlichen Flüchtenden vorbehalten. Sie haben eher die Ressourcen, die Möglichkeiten und Netzwerke, die den strukturell benachteiligten Frauen nicht in gleicher Weise zur Verfügung stehen. Die Grenzen waren innerhalb des weltweiten Patriarchats nie offen für alle. Nicht für andere Hautfarben und Menschen mit dem falschen Pass – und sie sind besonders schwer überwindbar für Frauen.

So herrscht eine ekelerregende Doppelmoral, deutlich am Beispiel der Vorfälle an Silvester in Köln, in der einerseits so genannte Frauenrechte (in der Regel von Männern) instrumentalisiert und zur rassistischen Mobilmachung missbraucht werden, andererseits wieder der rassistische, patriarchale Konsens durchbricht, in dem klar wird, um welche Frauen und wessen Rechte sich die Deutschen hier Sorgen machen.

Diese „Moral“, gepaart mit der militärischen Sicherung der Europäischen Außengrenzen und anderen Auswüchsen des institutionalisierten Rassismus, ist staatlicherseits gesetzt. Auf diese Moral können sich die

Nazis, Pegida, AfD oder besorgte Bürger_innen, mehr und mehr als breite rassistische Bewegung auftretend, sich beziehen. Die Angriffe auf geflüchtete Menschen sowie geplante und bewohnte Unterkünfte steigen immer mehr, in ihrer Anzahl und Intensität.

Dies verdeutlicht, dass sich Sexismus immer wieder hervorragend als Instrument eignet, Rassismus hoffähig zu machen, Ängste zu schüren und damit eine patriarchale, neokoloniale oder Kriegspolitik durchzudrücken.

In einem Land, in dem die Fallzahlen zu häuslicher und sexualisierter Gewalt ungebrochen hoch sind.

National- und Wohlstandschauvinisten, Rassisten und



Sexisten sind Arschlöcher – überall.

Der Streit der Herrschenden untereinander dreht sich um das politische und wirtschaftliche Überleben der EU. Das Sterben an den EU-Außengrenzen wird zukünftig einkalkuliert und muss innerhalb der EU gesellschaftlich vorbereitet werden. Ein Teil der Politik setzt auf einen radikalen Rechtsruck, der als „Bürgerwillen“ ausgegeben wird, um damit eine brutale Militarisierung nicht nur der Grenzpolitik zu legitimieren sondern auch im Innern, um dort die sozialen Spannungen gewaltförmig einzufangen. Als Hot-Spots bezeichnete Lager werden Endstationen und Orte der Entmenschlichung und Entrechtung. Versuche der Geflüchteten, die Grenzen zu durchbrechen wie in Mazedonien, werden gewalttätig abgewehrt. An den Grenzen auf dem Balkan wurden unter anderem Kinder mit Reizgas attackiert.

Statt in der Not zusammenzurücken, zu teilen, sich zu öffnen und die Chancen zu erkennen, die in Menschlichkeit und Konsumverzicht liegen, sind Politiker_innen und Verantwortliche in der Wirtschaft Teil einer hässlichen europäischen Gemeinschaft, diese Not durch ihre Kriegspolitik in aller Welt und die Schleifung der sozialen Institutionen im Innern erzeugt. Verhältnisse, in denen die Bereitschaft über Leichen zu gehen um den eigenen Wohlstand zu sichern größer ist als zu einem Kurswechsel.

Der NATO-Einsatz in der Ägäis unter deutschem Befehl verkleidet sich als „reine Seeraum-Überwachung“. Doch die NATO ist und bleibt ein militärisches Bündnis, das nun gegen Flüchtlinge in Stellung gebracht wird, dank des Engagements der deutschen Verteidigungsministerin.

Jedes gekenterte Boot, jede angeschwemmte Tote am Strand straft die Menschlichkeit Lügen. Jeder Euro, der zur Abschottung Europas und zur Abwehr von Flüchtenden eingesetzt wird, ist ein Verbrechen.

Patriarchale Weltbilder lassen ihre Protagonist_innen hoffen, die Kontrolle zu behalten. Eine absurde Allmachtsphantasie, wo die Herrschenden doch weltweit alles auf einen Zustand zulaufen lassen, der jeder Kontrolle entbehrt.

Die Verschärfung der klimatischen Lebensbedingungen, die Ausweitung der Kriege, die gesellschaftliche Perspektivlosigkeit – viele Gründe für Flucht haben ihre Ursache in den reichen Ländern und einer kolonialen Geschichte. Nun kommt die Quittung. Eine Kontrolle über die Höhe der Rechnung gibt es nicht mehr.

Der weltweite historische Ausnahmezustand verleiht auch hierzulande sozialen Fragen neue Bedeutung: auszugrenzende Armut und zu verteidigender Reichtum, Sicherheit, Kontrolle durch Digitalisierung und totalitäre Überwachung, totale Umstrukturierung der

Arbeitswelt, Migrationsbewegungen und Militarisierung, Klimazerstörung und Kapitalismus, Krieg und dessen totale Entgrenzung nach außen und nach innen. Alte Werte werden neu verhandelt, zum Nachteil emanzipativer Errungenschaften. Der Streit der Herrschenden ist nicht unser Streit. Wir müssen die Grenzen aufreißen!

In aller Dringlichkeit: Sabotage relevanter Infrastruktur zum Nachteil der Wirtschaft und der Funktionsfähigkeit der Festung Europa ist das Gebot der Stunde.

Wir rufen zur aktiven Fluchthilfe und Unterbringung illegalisierter Flüchtlinge auf.

Wir rufen zu Sabotage aller Formen von militärischer Ausrüstung und aller Produktion fürs Militär auf.

Wir rufen zum Hacken aller militärischer Kommunikationen weltweit auf.

Wir rufen dazu auf, durch gezielte Anschläge auf Nazis und deren Strukturen ihre Kräfte zu binden und dadurch Flüchtlingen und deren Unterstützer_innen den Rücken freizuhalten.



Wir rufen auf zu Anschlägen auf alle Behörden, deren Zweck es ist, Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Verwendbarkeit zu sortieren und alle Überflüssigen abzuschieben.

Wir rufen auf zu Anschlägen auf Infrastruktureinrichtungen aller Art, die Mittel und Zweck sind, die Normalität und Ordnung aufrecht zu erhalten, die den Zusammenhalt und das Funktionieren der Festung Europa nach innen und außen garantiert.

Die Festung Europa in ihrer wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit erschüttern und sabotieren!

Wir rufen zur subversiven Unterstützung dieser Aktivitäten und zu Solidarität im Falle von Repression auf.

Wir werden Geflüchtete verstecken und gemeinsam neue Orte schaffen, wir werden lernen, diese Orte entschieden zu verteidigen, wir werden Löcher in die Zäune schneiden – konkret und im übertragenen Sinne.

Dokumentation:

Versuchter Brandanschlag gegen die Fernbahnverbindung von Berlin nach Westen

Vor einiger Zeit hat eine Gruppe zu Anschlägen auf Infrastruktureinrichtungen aufgerufen, die den Zusammenhalt und das Funktionieren der Festung Europa nach innen und außen garantieren. Darauf beziehen wir uns.

Heute morgen haben wir an der zentralen Bahntrasse von Berlin Richtung Westen (Höhe Staaken) versucht, Feuer an einer Trafostation zu legen. Dieser Versuch zielte auf Kurzschlüsse bzw. Zerstörung der Starkstromleitungen, Kommunikationsverbindungen und Signaltechnik und damit die Unterbrechung des Zugverkehrs. Dafür haben wir einen Schacht geöffnet und den offenen Schacht anschließend mit einem Tarnnetz abgedeckt. Um eine Gefährdung Unbeteiligter auszuschließen, weisen wir hier jetzt ausdrücklich darauf hin. Auch wenn unsere Aktion aus uns nicht bekannten Gründen nicht gezündet hat, wollen wir unsere Gründe erklären.

Im folgenden zitieren wir die ursprünglich geplante Erklärung:

Durch den Anschlag wären sowohl Fernreisen als auch der Güterverkehr betroffen gewesen. Den damit verbundenen Ärger einzelner Reisender hätten wir verstanden und verantwortet. Leider haben es - wie immer - viele Arbeitspendler_innen zur Arbeit geschafft, zur Bank in Frankfurt, zur Krisensitzung bei VW. Auch „Just-in-time“-Produktion und strategisch wichtige Öltankzüge hätten wir gerne in Mitleidenschaft gezogen.

Tausenden Menschen wird die freie Ein- und Durchreise verwehrt – wir zielten mit unserer Aktion auf die Festung Europa in ihrer wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit. Wir wollten den Transport von Arbeitskraft, den Güterverkehr, den Wirtschaftsstandort stören. Wir laden alle Flüchtlinge dieser Welt ein.

Die Unordnung der einen ist der Freiraum der anderen: Dem Staat mag einiges entglitten sein in den vergangenen Monaten: die Registrierung der Geflüchteten, die Kontrolle ihrer Wege und Ziele, der selbstorganisiert helfende Aktivismus eines Teils seiner eigenen Bürger_innen. Darauf reagieren er und die Wohlstandschauvinist_innen mit Repression, Angriffen und Militarisierung. Die Abschottung der Grenzen funktioniert wieder einigermaßen. Wie am LaGeSo („Landesamt für Gesundheit und Soziales“) in

Berlin zeigt der institutionelle Rassismus durch Verwaltung und Staat seine allgegenwärtige Präsenz. Mit den Fingerabdrücken in den neuen Ausweisen werden Geflüchtete schneller abgeschoben oder zur schnellstmöglichen wirtschaftlichen Integration gedrängt. Während Merkel „the good cop“ spielt, drohen ihre Partner u.a. mit einer erneuten Residenzpflicht, Leitkultur und einer Obergrenze. Die Führung einer wählbaren Partei darf ungestraft die Ermordung von Menschen an den Grenzen fordern. Diese Politik exekutieren dann Nazis durch Schüsse und Brandstiftungen an jenen, die es geschafft haben, sich durch die militarisierten Außengrenzen zu zwängen.

Uns reicht dies allemal, um die Festung Europa im Inneren versuchen zu sabotieren. Aber es gibt weit mehr Gründe.

Nochmal: Die Machthaber_innen in ganz Europa verschärfen die rechtlichen Hürden für Flucht und Migration täglich. Dabei geht es nicht um reine Abschottung, sondern um Sortierung - in „gute“, „verwertbare“ und „weniger gute“, kaum zu „verwertende“ Geflüchtete. Führende Vertreter_innen der Wirtschaftseliten wünschen sich ein begrenztes Potential an gut ausgebildeten Billigarbeitskräften. Menschen, die die Bereitschaft und Motivation mitbringen, jeden Strohalm zu ergreifen, um den Kriegsverhältnissen zu entkommen, vor denen sie geflüchtet sind, sollen integriert werden – falls ihre Arbeitskraft für den Fortbestand des Standortes Deutschlands nützlich sein könnte. So ermöglichen Krieg, wirtschaftliche Not und Flucht den Unternehmen und dem Standort eine neue Runde der Lohndrückerei, unter dem Vorwand, ein vermeintlich demographisches Problem auszugleichen.

Deswegen ist zur Zeit eine unserer Antworten, das wirtschaftliche Funktionieren der Festung Europa anzugreifen.

Der institutionelle Rassismus dieses Europas hängt in Deutschland mit Nazimorden und -brandstiftungen sowie der geheimdienstlichen Unterstützung beim Aufbau faschistischer Organisationen zusammen. Die vom Verfassungsschutz aufgebauten und teilweise sogar durch V-Leute geführten Zusammenhänge (HogeSa) bilden eine terroristische Reservearmee in diesem Land, die den kolonialen und rassistischen Chauvinismus als Leitkultur absichern soll.

So verhält es sich auch mit den „Bürgerwehren“, die sich nach den sexistischen Übergriffen in Köln und anderswo bilden. Wir halten fest: in erster Linie sind die sexistischen Gewalttäter Männer. Jede Zuschreibung auf den „nordafrikanischen Mann“ ist blanker Rassismus und verwischt, dass die Fälle häuslicher und sexualisierter Gewalt auch durch europäische und andere Männer hierzulande gleichbleibend hoch sind. Sexismus ist und bleibt ein Problem patriarchaler Gewaltstrukturen. Weltweit. Die rassistische Umdeutung sexistischer Angriffe führt wieder dazu, dass Nazis die so erzeugte Stimmung in Angriffe auf Flüchtlinge umsetzen. Der Verfassungsschutz wird sie - wie gewohnt (Stichwort: NSU) – gewähren lassen, steuern und bereitwillig Aufbauhilfe leisten.

Die Hetzer_innen und Patrioten_innen, eingewickelt in ihre Deutschlandfahnen, verbreiten eine Stimmung, die tagtäglich zu Angriffen auf Flüchtlinge führt, auf deren Unterstützer_innen und auf alle, die sich nicht in diese Deutschwelt einfügen wollen. Diese Stimmung verdient ein so starkes Echo, auf dass ihnen jede weitere Lust auf Übergriffe nachhaltig vergeht. Diese Kälte, dieser Hass auf Fremde, dieses kühle, rationale Denken über Nützlichkeit und Verwertung durchzieht die Geschichte von Herrschaft.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die nächste Asylrechtsverschärfung die aktuelle überflügelt, die nächsten Sicherheitsgesetze die Luft zum Atmen weiter abschnüren, wann die Festung Europa rein militärisch gesichert wird, wann an den Grenzen auf Flüchtlinge geschossen werden darf und wann der Einsatz deutscher Bodentruppen in Kampfhandlungen alltäglich wird. Alles wird Krieg, und Deutschland als einer der weltgrößten Waffenexporteure verdient daran.

Wir sehen unseren Platz an der Seite derer, die in dieses Land wollen und ihr Lebensrecht einfordern: Refugees welcome!

Wenn es keine Reisefreiheit für Flüchtlinge in Europa

gibt und solange die Grenzen nur für jene offen sind, die den richtigen Pass besitzen, die richtige Sprache sprechen, die richtige Hautfarbe haben, darf es innerhalb der Festung Europa keine Ruhe und Ordnung geben.

Wir werden weiter dabei helfen, alle Strukturen unkontrollierter, selbstorganisierter Bewegung und der „Willkommenskultur“ selbstbewusst auszubauen und staatliche und polizeiliche Vereinnahmungsversuche zurückzuweisen.

Wir rufen zur aktiven Fluchthilfe und Unterbringung illegalisierter Flüchtlinge auf.

Wir rufen zu Sabotage aller Formen von militärischer Ausrüstung und aller Produktion fürs Militär auf.

Wir rufen zum Hacken aller militärischer Kommunikationen weltweit auf.

Wir rufen dazu auf, durch gezielte Anschläge auf Nazis und deren Strukturen ihre Kräfte zu binden und dadurch Flüchtlingen und deren Unterstützer_innen den Rücken freizuhalten.

Wir rufen auf zu Anschlägen auf alle Behörden, deren Zweck es ist, Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Verwendbarkeit zu sortieren und alle Überflüssigen abzuschieben.

Wir rufen auf zu Anschlägen auf Infrastruktureinrichtungen aller Art, die Mittel und Zweck sind, die Normalität und Ordnung aufrecht zu erhalten, die den Zusammenhalt und das Funktionieren der Festung Europa nach innen und außen garantiert.

Die Festung Europa in ihrer wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit erschüttern und sabotieren!

Wir rufen zur subversiven Unterstützung dieser Aktivitäten und zu Solidarität im Falle von Repression auf.

Wir werden Geflüchtete verstecken und gemeinsam neue Orte schaffen, wir werden lernen, diese Orte entschieden zu verteidigen, wir werden Löcher in die Zäune schneiden – konkret und im übertragenen Sinne.



Dokumentation:

RAUCHSCHWADEN EINES VULKANES

DIE REVOLUTIONÄREN ZELLEN / ROTE ZORA IM KONFLIKT MIT DER ABSCHRECKUNG UND KONTROLLE VON GEFLÜCHTETEN

Auszüge aus: *Zorn-Extra* - 9. Zeitung der RZ, 1986 und *Das Ende unserer Politik* von RZ (Revolutionäre Zellen), 1992

VORWORT

Die Fragen, was Rassismus und Flucht eigentlich bedeuteten und wie diese mit all ihren Ursachen be-

kämpft werden können, stellten sich schon so einige Menschen. Unter anderem auch die RZ (Revolutionäre Zellen / Rote Zora), die

zahlreiche Aktionen gegen diese Zustände machten. In den 1980ern wurde versucht, Geflüchtete auch mittels einer direkten Konfrontation mit dem Staat zu unter-

stützen. Mit der Erkenntnis, dass Staaten und Kapitalismus Menschen zur Flucht zwingen und diesen Zustand nicht aufheben können, sondern Menschen nur noch mehr ausbeuten und an den Rand der Gesellschaft drängen.

Damit die Geschichte vergangener Kämpfe nicht verloren geht, hat eine Veranstaltungsgruppe in Berlin diese Texte ausgebuddelt. Vielleicht können diese Texte dazu beitragen, Diskussionen und Ideen heute voranzutreiben und aus den guten wie auch schlechten Erfahrungen, Fehlern und Errungenschaften von damals zu lernen.

OKTOBER 1986

In den vergangenen Wochen haben wir eine Reihe von Aktionen gegen Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen gemacht, die wir hier zusammenhängend dokumentieren. Um es nochmals zu betonen: wir begreifen diese Aktionen nicht als Reaktion auf den rassistischen Propagandafeldzug, den das Regime gegen die Flüchtlinge inszeniert und in dessen beabsichtigter Folge das Arsenal der Abschreckungsmaßnahmen um das bedrohliche Moment des Pogroms erweitert wurde.

Wir teilen aber auch nicht jenes humanitäre, naiv-rechtsstaatliche Selbstverständnis, aus dem heraus vor allem kirchliche, gewerkschaftliche und politisch etablierte Gruppen die Verteidigung des Asylrechts beschwören. Der Staat, von dem die Gewalt gegen die Flüchtlinge ausgeht, taugt nicht als Adressat für Appelle und Resolutionen. Darüberhinaus beinhaltet die Beharrlichkeit, mit der der Status des politischen Asyls hochgehalten wird, die Verlängerung jener Differenzierung und Selektion von Flüchtlingen, die der Sonderbehandlung zugrundeliegt und diese erst begründet. Aus welchen Gründen auch immer Menschen in die BRD kommen - sie können bleiben, weil sie hier sind.

Wir wollen zur Rückgewinnung eines konkreten Anti-imperialismus in der BRD beitragen - in diesem Zusammenhang steht unsere Orientierung an der Flüchtlingsfrage. Denn Antiimperialismus bedeutet nicht allein Angriff auf militärisch-industrielle Apparate und ist mehr als Solidarität mit fernen Befreiungsbewegungen. Unsere Aufgabe ist es, eine antiimperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen. Dabei ist die Flüchtlingsfrage in doppelter Hinsicht ein entscheidender Angelpunkt:

1. Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur die Rauchschwaden eines Vulkanes sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer



Durchdringung. Aber die zwangsweise Vertreibung geht einher mit dem Willen und der Entschlossenheit der Flüchtlinge, aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung zu stellen. Es geht darum, die Mobilität des Proletariats zurückzuerobern gegenüber einem Kapital, das sich über nationale Grenzen schon längst hinweggesetzt hat. Wenn die metropolitenen Regimes darauf zielen, ihre innere Stabilität durch Abschottung der Grenzen zu behaupten, so können wir dem nur den Kampf um offene Grenzen entgegensetzen.

2. Der BRD- Sozialstaat zeigt in der Behandlung der Flüchtlinge sein eigentliches Gesicht und genau an diesem Punkt müssen wir ihn angreifen. Der Katalog von Sondermaßnahmen ist keine Entgleisung, die es zu korrigieren und auf sozialpolitisches Normalmaß zurückzubringen gilt. Da es gegenüber Flüchtlingen keinerlei Rücksichtnahme auf einen gesellschaftlichen Status quo gibt, reduziert sich Sozialpolitik vielmehr auf das, was sie ihrem Wesen nach ist: ein Herrschaftskalkül, dem es allein um Arbeitsmarktregulation und soziale Kontrolle zu tun ist. Die rassistische Verklausulierung sichert dem Regime Unterstützung sogar bei denen, die selbst potentiell Angriffsziel dieser Politik sind. Ob und wie Maßnahmen wie Lager, Lebensmittelgutscheine oder Sondergerichtsbarkeit als Modell für spätere Schritte gegen arbeitslose Jugendliche oder ausgesteuerte Proleten dienen oder ob sie nur als Drohung stehen bleiben, hängt von der weiteren Entwicklung der sozialen Konfrontation ab. Aber wir müssen nicht erst auf bedrohlichere Zeiten verweisen, um Angriffe auf die repressivsten und extremsten Ausprägungen des Sozialstaates zu begründen - die sozialrassistische Praxis gegen die Flüchtlinge ist dafür Grund genug. Noch wissen wir nicht, ob sich an der Flüchtlingsfrage antiimperialistische Politik mit Konfrontationslinien im entgarantierten Sektor verbinden wird, aber der Kampf um das faktische Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ist auch dann richtig, wenn er vorerst von den weißen Schichten des Proletariats weitgehend isoliert bleibt.

Natürlich geht es um offene Grenzen und um freie

Flüchtlingsstädte. Allerdings sind diese nicht vom Staat zu fordern - sie sind nur vorstellbar und nur durchzusetzen, indem wir den Flüchtlingen einen Raum verschaffen, der nicht mehr staatlich kontrolliert und reglementiert wird. Der Beitrag, den wir - oder Gruppen wie wir - zu einem solchen Projekt leisten können, besteht im Angriff auf die polizeiliche und sozialbehördliche Kontrolle, der aus öffentlichen Kampagnen allein nicht getragen werden kann. Aber dieser Angriff ist erst sinnvoll, wenn daneben Netze für die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge aufgebaut werden, wenn eine subversive Praxis die Verhältnisse faktisch verändert. In Hamburg wollten wir die Ausländerabteilung der Bullen lahmlegen, die Razzien und Ermittlungen gegen Illegale durchführt und die Abschiebungen vorbereitet - deswegen sind wir dort eingebrochen und haben Feuer gelegt. Es ging uns darum, möglichst viele Akten zu vernichten, die Bullen eine Zeitlang mit Aufräumarbeiten statt Menschenjagd zu beschäftigen und so den Flüchtlingen wenigstens eine Weile Luft zu verschaffen. Die Beharrlichkeit, mit der betont wurde, alle Akten seien doppelt vorhanden, betrachten wir eher als Indiz fürs Gegenteil.

In Köln haben wir das Rechenzentrum des Ausländerzentralregisters angegriffen, in dem Daten sämtlicher in der BRD erfaßter Ausländer bearbeitet werden. Weil an den Computern selbst rund um die Uhr gearbeitet wird und wir kein Menschenleben gefährden wollten, haben wir im Luftschacht der Klimaanlage einen Sprengsatz angebracht, der die Klimaanlage, die Stromversorgung des Rechenzentrums und auch das Notstromaggregat zerstört hat. Da Großrechner auf Spannungs- und Temperaturschwankungen empfindlich reagieren und da Chips und Schreib/Leseköpfe gegen metallische Stäube allergisch sind, ist davon auszugehen, daß einiges an Hardware und jede Menge Informationen zu Bruch gegangen sind. Und auch Wochen nach dem Anschlag auf das AZR geht dort nichts mehr. Wo früher rund um die Uhr emsig Daten gesammelt, geknüpft und gespeichert wurden, ist es heute stockfinster: eine tote Festung. Die vom BKA lancierte und von den Medien verbreitete Behauptung, das Rechenzentrum sei ausschließlich in seiner baulichen Substanz betroffen, erweist sich als propagandistische Zwecklüge.

In Lüneburg galt unser Anschlag einer Institution der Justiz, die sich dabei hervorgetan hat, die administrativen Maßnahmen der Flüchtlingsschikanierung durch

ihre Urteile ideologisch zu untermauern. Der Zerstörung der Verhandlungssäle, die leider nicht geklappt hat, hätte der Brandmarkung eines Gerichts gedient, das sich nicht scheut, Menschen gnadenlos der Folter auszuliefern.

In Berlin gehört dem DRK endlich das Handwerk gelegt, das dem Senat das schmutzige Geschäft der Lagerhaltung von Flüchtlingen abnimmt und hinter dessen Renomee als internationale Hilfsorganisation sich eindeutige Parteinahme für die imperialistische Flüchtlingspolitik verbirgt - nicht nur in Berlin. Dieser Rolle wäre es angemessen gewesen, die Berliner Zentrale zu zerstören. Wir haben darauf verzichtet, weil wir auch dort Menschen getroffen hätten, die wir nicht treffen wollten. Statt dessen haben wir uns die Autos zweier leitender DRK- Funktionäre vorgenommen.

In Hagen und Hamm richteten sich unsere Anschläge gegen die Ausländerbehörden dieser Städte. Sie sind Orte alltäglicher Schikanen, denen wir gezielte Aktionen und alltäglichen Widerstand entgegensetzen müssen.

Erkämpft das freie Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge und Immigranten!



AKTION GEGEN DIE AUSLÄNDERPOLIZEI HAMBURG (AUGUST 86)

Der Angriff auf die FD 624 der Hamburger Polizei ist keine Reaktion auf die gegenwärtige Aktualität des Flüchtlingsthemas. Bislang diente die Konstruktion des „Asylantenproblems“ in erster Linie als Vorwand für sozialpoli-

tische Experimente, als Rechtfertigung, Menschen wieder in Lager einzupferchen, sie in ihrer Bewegungsfreiheit zu beschneiden, ihnen Sozialgelder drastisch zu kürzen oder zu verweigern. Zwar trugen diese Verwaltungsakte stets auch den Stempel rassistischer Stigmatisierung einer exponierten Bevölkerungsgruppe, ihr vordringlicher Zweck war jedoch ein anderer.

Die Flüchtlinge taugten als Manövriermasse, an der das sozial- technische Instrumentarium eingeschliffen, sowie auf seine Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit hin erprobt werden konnte. Das Arbeitsverbot stellte sicher, daß dem illegalen Arbeitsmarkt jederzeit frei verfügbare Kräfte zuströmen. Die Lebensmittelgutscheine ermöglichten eine umfassende Reglementierung der Reproduktion. Und die Zwangsumverteilung - zumal in kleine Dörfer und ländlich konservative Randgebiete - folgte zum einen dem Kalkül, die Konfrontation mit der dort ansässigen Bevölkerung zu schüren. In ihr spiegelt sich aber gleichermaßen der Versuch, dem Entstehen einer Subkultur der Minderheiten das Wasser abzugraben, und durch

Zerstreuung jede Form der Selbstbestimmung bereits im Ansatz abzubiegen. Wenn die Flüchtlingsfrage nun jedoch zum Wahlkampfthema, als Medienereignis hochgekocht wird, so liegt darin eine neue Qualität: die behördlich kalkulierte Diskriminierung verbindet sich mit offen rassistischer Mobilisierung. Das sozial-technische Management der Flüchtlingspolitik probt das Bündnis mit dem fremdenfeindlichen Mob.

Mit verschärften Kontrollen, zusätzlichen Razzien und der Umschreibung von bisher üblicher Duldung in den Asylstatus wird die Zahl der Asylanträge künstlich in die Höhe geschraubt. Demonstrativ werden Baucontainer plaziert und Zeltlager aufgeschlagen unter dem Vorwand, daß die Welle der neuankommenden Flüchtlinge anders nicht zu bewältigen sei. Flüchtlinge, die in Berlin oder Hamburg gar nicht weiter aufgefallen wären, werden in einer Kleinstadt wie Helmstedt zu tausenden konzentriert und erst dadurch sichtbar gemacht.

Diese Form der Zurschaustellung, der sozialen Markierung, ebnet den Weg vom fremdenfeindlichen Ressentiment zum handgreiflichen Pogrom. Bürgerproteste und Rollkommandos gegen die Flüchtlinge erscheinen nun als zwangsläufige und legitime Reaktion auf ein soziales Problem, das durch bürokratische Erlasse und Verfügungen aber erst geschaffen wurde. Und umgekehrt entwickelt sich aus der Dynamik von Medieninszenierung, sozialhygienischen Bürgerinitiativen und Schlägertrupps jener „Druck von unten“, aus dem heraus die fortschreitende Formierung des noch brüchigen Apparats der Flüchtlingsverwaltung, ebenso wie der nächste Schub staatlicher Zwangsmaßnahmen, ihre Legitimation beziehen. Wie im Nationalsozialismus die Auslöschung des „Gemeinschaftsfremden“ mit rassistischer Propaganda und einer Differenzierung der Sozialgesetzgebung begann, so ist auch die derzeitige Eskalation im Vorgehen gegen die Flüchtlinge Ausdruck und Modell eines sozialrassistischen Kurses.

Doch auch in der Wahnvorstellung von einer BRD, die durch die große Anzahl von Asylsuchenden bedroht würde, ist ein Fünkchen Wahrheit enthalten. Die BRD ist ein imperialistisches Land und der Imperialismus hat die weltweiten Flüchtlingsbewegungen in Gang gesetzt. Es ist die transnationale Kapitalakkumulation

im imperialistischen Weltsystem, die den Menschen die Existenzgrundlagen zerstört und verwüstet, sie mit Kriegen überzieht und dem Hunger ausliefert. In dieser Entwicklung sind die Nationalgrenzen längst überholt. Sie dienen lediglich noch der Regulation der internationalen Mobilität der Arbeitskräfte und als Barrieren gegen unerwünschte Einwanderungen. Wenn dennoch beharrlich an einer nationalstaatlichen Definition von Bevölkerung festgehalten und die Imagination der Volksgemeinschaft wieder festgeklopft wird, so liegt der Sinn einzig in dem daraus abgeleiteten Rechtsanspruch, andere - Fremde - kenntlich zu machen, sonderzubehandeln, zu verfolgen und zu vertreiben.

Und das ist die Sorge, die die Scharfmacher der Ausländerpolitik tatsächlich umtreibt: daß die Massen der trikontinentalen und südeuropäischen Armutsbevölkerung auf den von der Arbeitsmigration gesteckten Routen nachfolgen und ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung hier massiv vorbringen werden - eine Entwicklung, die das soziale und politische Gefüge der BRD in nicht absehbarem Ausmaß durcheinanderwirbeln würde. Was weder die hiesigen Politiker wünschen noch der linke Mittelstand, der einen begrenzten Zuzug von Ausländern allenfalls als folkloristische Bereicherung des sozialen und kulturellen Klimas akzeptiert.

In der Flüchtlingsfrage gibt es keine Forderungen an den Staat zu stellen. Es geht einzig darum, den Flüchtlingen zu einem selbstverständlichen Recht - nämlich zu bleiben, wie lange sie wollen - zu verhelfen, ihnen Lebensmöglichkeiten zu schaffen und zu sichern. Es geht darum, die Grenzen zu durchlöchern und für die selbstbestimmte Mobilität der Armutsbevölkerung zu kämpfen, weil dies die einzig angemessene und die radikalste Antwort auf die transnationale Akkumulation des Kapitals und die Verwertung der Menschen ist. Der Angriff auf die Institutionen der Grenzkontrolle und der inneren Regulation ist daher notwendiger Bestandteil dieses Kampfes.

Gleichermaßen fragwürdig ist die Hoffnung oder der taktische Umgang, was die Versprechungen des Asylrechts betrifft. Nicht nur, daß es die willkürliche Unterscheidung zwischen einheimischer Bevölkerung und „den Fremden“ festschreibt und die Interessen der Flüchtlinge einem staatlichen Gnadenakt überantwortet. Gedacht als löcheriges Privileg für eine schmale Schicht politischer und intellektueller, weißer, männlicher Opposition mag es auf einen Teil der hier ankommenden Flüchtlinge noch zutreffen, insofern es sich - etwa bei den Tamilen oder Iranern - um politisch verfolgte Mittelschichten handelt. Es taugt jedoch nicht vor dem Hintergrund weltweiter Mobilisierung der Armutsbevölkerung. Was momentan vor sich geht, ist eine gigantische Umschichtung der Weltbevölkerung, deren Ausmaß die Migrationsbewegungen des 19. Jahrhunderts in den Schatten stellt und deren metro-





politane Gestalt bisher nur die Spitze eines Eisberg darstellt.

Die Fachdirektion 624 der Ausländerpolizei ist in Hamburg die Institution, die für Razzien in den Lagern, für Festnahmen und Abschiebungen verantwortlich zeichnet. Sie ist zugleich die Polizeidienststelle, in deren Kompetenz die Kontrolle und Steuerung des illegalen Arbeitsmarktes fällt: sie hält sich im Hintergrund, wenn z.B. die Obsternte im Alten Land den Einsatz der Flüchtlinge erfordert und sie beginnt ihre Menschenjagd, wenn die Nachfrage auf der untersten Stufe des Arbeitsmarktes sinkt.

SCHÜSSE IN DIE KNIE DES LEITERS DER AUSLÄNDERPOLIZEI HOLLENBERG, BERLIN (OKTOBER 86)

Der Berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg ist ein Menschenjäger und ein Schreibtischtäter. Sein Jagdrevier Westberlin ist der Brennspeigel bundesdeutscher Ausländerpolitik, das heikle und heiße Pflaster, auf dem sich die jeweiligen Projektierungen exemplarisch verdichten und hochgekocht werden. Mögen die Ausländerpopulationen auch wechseln, die taktische Aufarbeitung bleibt sich doch immer gleich. Über eine Abfolge von staatlich gesteuerter Stigmatisierung einzelner Segmente, zunehmend jedoch der ausländischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, über eine genau kalkulierte, völkische Mobilisierung wird das Terrain geebnet für blutige Pogrome und radikale Repressionen. Nach diesem Muster verliefen die Angriffslinien gegen die türkischen Arbeitsemigrantinnen und -emigranten ab

Mitte der 70er Jahre mit dem Ziel, sie generell aus den arbeits- und sozialrechtlichen Sicherungen herauszubringen, um über eine flexible, vollkommen rechtlose Verschiebmasse auf dem Arbeitsmarkt zu verfügen. Nach diesem Muster verliefen auch die verschiedenen Angriffswellen gegen die Flüchtlingskontingente. Nach den bilateralen, schmutzigen Deals mit der NATO- Türkei und dem Libanon, zeichnet sich über das jüngste DDR- Abkommen, die Mitarbeit des Ostblocks an den kapitalistischen Eindämmungsstrategien gegenüber den internationalen Flüchtlings- und

Wanderarbeiterbewegungen ab. Mag dabei auch politisches Kalkül und ökonomischer Zugzwang eine Rolle spielen, de facto konstituiert sich damit ein Bündnis von Imperialismus und Staatssozialismus gegen die Armutsbevölkerung der drei Kontinente.

Der Chef der Berliner Ausländerpolizei und Lummer [18]- Protegé Hollenberg steht in diesem „Abwehrkampf“ an vorderster Front, in Geist und Tradition der „kämpfenden Verwaltung“, wie sie NS- Heydrich [19] definiert und formiert hat. Dabei ist weniger ausschlaggebend, ein scharfer Hund zu sein, vielmehr kommt es darauf an, ein untrügliches Gespür für die Absichten und Planungen der Macht zu haben, um effektiv und flexibel an den Gesamtkonzeptionen mitzuarbeiten. Daß Hollenberg über dieses unersetzliche, symbiotische Verhältnis zur Macht verfügt, beweist seine rasche Wiedereinsetzung als Ausländerpolizeichef - im übrigen ein beispielloser Vorgang - nachdem er zuvor wegen seiner Verwicklungen in die Schmitz- Korruptionsaffäre verabschiedet werden mußte. Seither übt er sein Amt diskreter, dafür umso effizienter aus.

Hollenberg ist zuständig für den täglichen Terror, für die über hunderttausend Kontrollen, für zehntausende von Festnahmen, für tausende von Razzien im Jahr auf „ausländerrelevante Orte“. Er befiehlt die zahllosen Überfälle und Durchsuchungen von Ausländerwohnhäusern und -wohnungen auf der Suche nach „Asylern, Abschiebern, illegalen Schwarzarbeitern und Scheinhehen“.

Und er ist mitverantwortlich für den grauenvollen Verbrennungstod von sechs Männern in der Abschiebehäft Augustastraße [20], denn er sorgt dafür, daß diese Käfige ständig überfüllt sind. Die provozierte Enge, der Dreck, der Gestank und die Aggressionen sind kalkuliert, um einen Rassismus zu schüren, der keine Hemmschwellen mehr kennt, Menschen aus „Pflichtbewußtsein“ verbrennen zu lassen.

Das taktische Zusammenspiel zwischen den rigorosen Projekten der Macht und dem exekutierenden Verwaltungsapparat hat in diesem Sommer einen erschreckenden Höhepunkt erreicht. In diesen Manövern hat sich auch der Chef der Berliner Ausländerpolizei blutige Meriten erworben. Um die Flüchtlingszahlen demagogisch hochzutreiben, ließ er durch seine „Greiftrupps zur gezielten Ausländerfahndung“ die Frontstadt praktisch dichtmachen und ausnahmslos alle nichtweißen Frauen, Männer und Kinder - selbst Durchreisende und Besucher - einfangen und zwangssasylisieren. Zeltstädte und Containerlager wurden in Szene gesetzt - Potemkinsche Dörfer [21] - allein für den Augenblick und Zweck geschaffen, ein mörderisches völkisches Klima hochzuputzen und sich eine breite Akzeptanz zu sichern für die eigentlichen imperialen Lösungsstrategien. Diese zielen, jenseits allen wahltaktisch inszenierten Gerangels „Grundgesetzänderung versus DDR- Deal“ [22] auf eine

völlige Umkehrung der jetzigen Situation. Über ein ganzes Paket aufeinander abgestimmter, drakonischer Repressionen soll ein grundsätzlich neues, griffiges Instrumentarium geschmiedet werden, um die internationalen Flüchtlings- und Wanderbewegungen im Vorfeld abzublocken und einschneidend zu dezimieren. Die solchermaßen Vorsortierten sollen dann einer neuerlichen Selektion nach Alter, Geschlecht, politischer Gesinnung und beruflicher Qualifikation unterworfen werden, um unter arbeitsmarktstrategischen Kriterien als entgarantierte Ausbeutungs- und Verschiebemasse je nach Bedarf eingesogen oder ausgestoßen zu werden. Das ist der reale, harte Kern der staatlich inszenierten Asylrechtsdiskussion. Insoweit ist dies kein spezifisch bundesrepublikanisches Thema, sondern wird im gesamten kapitalistischen Westen verhandelt. Für die innerdeutsche Aufbereitung dieser Verwertungs- und Vernichtungsstrategien ist allerdings der immense Druck, der in Berlin produziert wurde, von exemplarischer Bedeutung und exakt auskalkuliert. Über dieses Spannungsfeld definiert sich auch die spezielle Funktion des Berliner Ausländerpolizeichefs.

Eine ganze Reihe politischer Weichen in diesem unerklärten Krieg gegen die Armutsmassen der 3 Kontinente sind hier gestellt worden. Der erste, mit Ostberlin ausgehandelte konzentrierte Angriff galt den Tamilen. Dann dechiffrierte sich der „La Belle“-Anschlag zum einen als bestellter Vorwand der US-Administration für die mörderische Bombardierung libyscher Städte. Zum anderen als die, von den Alliierten legitimierte, Gelegenheit zur Grenzabriegelung und systematischen Durchkämmung Westberlins durch Hollenbergs Sondereinheiten. Vergleichbar national wie international angelegt war die „Operation Libanon“. Die Suche nach vier Libanesen mit Sprengstoffkoffern erwies sich schnell als durchsichtige Konstruktion für die brutale und beispiellose Großrazzia mit 2 Schützenpanzern, 30 Wannen und 12.000 Polizisten, die sämtliche Berliner Zwangslager und Ausländerheime aufrollten. Zweifellos ein wichtiges Datum in der Hollenbergschen Karriere. Für die internationale Auswertung dieser Operation sorgte Innensenator Kewenig mit seinem Libanon-Trip, um den letzten garantierten Schutz, das Verbot der Auslieferung in Kriegs- und Krisengebiete, zu schleifen. In nahtloser Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Regierungen in Paris, London und Rom.

Die Strategie ist gesamtimperialistisch, die Aufbereitung national; Westberlin kommt dabei die Funktion eines taktischen Zentrums zu und der Chef der Berliner Ausländerpolizei Hollenberg exekutierte diese Repressions- und Selektionstrategien direkt an den Flüchtlingen und Arbeitemigranten.

DAS ENDE UNSERER POLITIK (TEIL III) (JANUAR 1992)

...III.

Heute vermuten wir, daß bereits mit der Entscheidung für die Flüchtlingskampagne Mitte der 80er Jahre und mit dem Versuch einer Annäherung an die sogenannte „Soziale Frage“ unsere Abkapselung in ein irreversibles Stadium eingetreten war - obwohl wir das Gegenteil hatten erreichen wollen. Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen (AKW, Häuserkampf) überwunden werden, in denen wir uns zusammen mit der autonomen Linken seit Ende der 70er Jahre engagiert hatten. Wir waren mit unserer Fixierung auf diese Teilbereichskämpfe in eine Krise geraten, denn die Hoffnung, sie als Keimformen einer allgemeinen sozialen Umwälzung interpretieren zu können, hatte sich als Fehleinschätzung erwiesen. Hinzu kam der Versuch, mit der Formulierung eines „konkreten Antiimperialismus“ die Verkrustungen und die Eindimensionalität des vorherrschenden linken Internationalismus jener Jahre aufzubrechen. Wir haben in der Verbindung von sozialer Thematik und Flüchtlingskampagne Möglichkeiten gesehen, einen neuen Handlungsspielraum für internationale Solidarität in den Metropolen selbst zu eröffnen.

Was wir damals nicht richtig begriffen oder wofür wir jedenfalls keine Lösung parat hatten, war die in dieser Kampagne zum ersten Mal in aller Schärfe auftretende Trennung zwischen Thema (Flüchtlinge) und Adressat unserer Propaganda (linksradikele Szene). In den Flüchtlingen sahen wir die in die Metropolen reichende Verlängerung eines weltweiten Aneignungskampfes, VertreterInnen eines Weltproletariats, gegen die die staatlichen Ausländer- und Sozialbehörden exemplarisch Sondermaßnahmen ergreifen, die auch für Teile der metropolitanen Klasse bestimmt sind. Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden, die eine rassistische Spaltung überwinden könnten. Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existentieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit



trikontinentaler Widerstandserfahrung - und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen „reformistischen“ Forderungen von Asylsuchenden leicht übersehen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese „Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge“ ergab sich scheinbar notwendig, sie entsprang unseren Erfahrungen aus der öffentlichen Flüchtlingsarbeit und sie war theoretisch begründet in der Einschätzung der Rolle des Staats gegenüber der Migration. Aber wir vergaben uns damit die Chance eines wirklichen Zugangs zur „Sozialen Frage“, vielleicht weil wir ahnten, mit den Problemen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde, als illegale Gruppe überfordert zu sein, und weil es damals keinen Transmissionsriemen in der Linken zu den Flüchtlingen gab. Die Einbahnstraße entstand also dadurch, daß wir in dem Versuch der

Verknüpfung von sozialer und Flüchtlingsthematik die alten Teilbereichsbewegungen verließen, um wieder eine umfassende, auf gesamtgesellschaftliche Umwälzung zielende Perspektive zu gewinnen; daß wir aber weder die eigene Organisationsform noch die bisherigen Methoden und Objekte unserer Angriffe in Frage stellten und vor allem den Adressatenkreis unserer Politik, das linksradikale Milieu, nicht verließen oder ausweiteten.

Inzwischen kann die Linke bzw. das, was von ihr übrig ist, durch die unaufhörliche Verschärfung der staatlichen Flüchtlings- und Ausländerpolitik und die neuerlichen rassistischen Übergriffe die bedrohliche Situation von Flüchtlingen in der BRD nicht weiter verdrängen. Sie hat sich der Notwendigkeit gestellt, zumindest ein Bleiberecht zu verteidigen. Paradoxe Weise geschieht das zu einem Zeitpunkt, in dem wir selbst mit unseren Bemühungen in dieser Richtung vollkommen isoliert sind.

austausch.noblogs.org

Dokumentation:

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! - Militärgerät in Leipzig entsorgt

In der Nacht vom 7.3. auf den 8.3. haben wir Verantwortung übernommen. Wir haben einen Teil zur Abrüstung deutscher Großmachträume beigetragen und in Leipzig mehrere Fahrzeuge der Bundeswehr abgefackelt. So entstand auch dem Kriegsprofiteur MAN als Vertragswerkstatt der Bundeswehr Sachschaden.

Was hier kaputt gemacht wird kann woanders keine Menschenleben zerstören.

Die Gründe sind bekannt:

- Afghanistan: Kundus
- Mali: Neokolonialismus
- Ägäis, Syrien: militarisierte Migrationsabwehr
- Kosovo, Irak: Angriffskriege und deren Unterstützung

- Saudi-Arabien zb: Unterstützung diktatorische Regime weltweit
- (Neo-)Nazis in Uniform

Deutsches Militär und deutsches Kapital anzugreifen ist praktische Herrschaftskritik, ist praktischer Antifaschismus.

Wir übernehmen Verantwortung: Autonome Gruppe Joachim Gauck und Ursula von der Leyen

mit freundlicher Unterstützung des German Marshall Fund und der Stiftung Wissenschaft und Politik



Dokumentation:

Bremen: „Rückkehrhilfe“ der AWO schließen! – Alle bleiben!

Mittwoch, 24. Februar 2016.

Heute Nacht haben wir die sogenannte „Rückkehrhilfe“ der AWO mit Farbe markiert. Sie ist ein tragender Bestandteil des rassistischen Abschottungs- und Abschiebe-Regimes in Bremen. Während die Merkel-Regierung die Abschottung des Kontinents vorantreibt,

arbeitet der Staat an der Zurichtung geflüchteter Menschen für den deutschen Arbeitsmarkt und an der menschenverachtenden Selektion zwischen jenen, die als verwertbar gelten und anderen, die es gilt so schnell wie möglich loszuwerden.

Die Dazugekommenen sollen lernen, dass sie von

Glück reden können, wenn sie es bis hierher, also in ein neues Ausbeutungsverhältnis schaffen, denn das bedeutet, dass sie in den Augen der Ausländerbehörde und der Bundesagentur für Arbeit nach körperlicher und geistiger Verfassung zur Vernutzung durch die Exportweltmeisterschaftswirtschaft geeignet sind. Wer etwas anderes sucht als harte und schlecht bezahlte Arbeit (etwa Schutz, Glück oder Freiheit), soll auf schnellstem Weg "zurückgeführt" werden.

Zur Verschleierung dieser menschenverachtenden Selektionspraxis setzt der hanseatische Apparat unter Innensenator Mäurer auf die sogenannte "Bremer Linie": Unbrauchbare Geflüchtete sollen so lange in Lagern isoliert und unter Druck gesetzt werden bis sie sich dazu entschließen "freiwillig" auszureisen. Die staatlich koordinierte Sabotage an der freien Entfaltung von Personen treibt Menschen, die Wochen, Monate und Jahre unterwegs waren, um nach Bremen zu gelangen, und oftmals noch einmal Wochen, Monate und Jahre in absoluter Unsicherheit in Behördenabhängigkeit gehalten werden, in die Arme der "Rückkehrhilfe". Dort sehen sich viele von ihnen, angesichts der Gewalt der Verhältnisse und dieser totalen Entrechtung gezwungen, ihren Traum von einem besseren Leben diesseits der Grenze gegen 300€ und ein Flugticket

zu tauschen.

Das Zusammenspiel aus kalkuliertem Elend und Isolation in den Lagern, der permanenten Unsicherheit, dem täglichen Druck der Ausländerbehörde und der sogenannten "Rückkehrhilfe" ist Nötigung. An dieser Stelle arbeiten AWO und Ausländerbehörde außerordentlich gut zusammen. Die Ausländerbehörde beendet den Aufenthalt der betroffenen Menschen formal und schickt diese dann zur Rückkehrberatung der AWO, bei der dann alles weitere für eine "freiwillige Ausreise" vorbereitet werden soll.

Der Ausdruck "freiwillige Ausreise" ist nichts anderes als menschenverachtender Zynismus und erinnert an Orwellschen Neusprech.

Wir empfehlen der AWO die sofortige Einstellung der "Rückkehrhilfe" und eine Positionierung entsprechend der von dieser Organisation proklamierten Grundwerte "Freiheit, Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit".

Unsere Bremer Linie ist eine andere: Bleiberecht für Alle!, We are here and we will fight– Freedom of Movement is everybody's right!

Dokumentation:

Oury Jalloh und Laye-Alama Condé – das war Mord! Widerstand an jedem Ort!

Oury Jalloh ist nicht die einzige Person, die in deutschem Polizeigewahrsam getötet wurde. Wohl aber der Mord, der am besten in der Öffentlichkeit bekannt ist. Bekannt dadurch, weil die Aufklärung der Todesumstände von Oury Jalloh im Dessauer Polizeigewahrsam von Anfang an durch die Beteiligten stark behindert wurde. Hierbei gehen Widersprüche, Lügen und Schweigen bis hoch in die oberste Riege der Politik. Bekannt ist der Tod Oury Jallohs aber auch durch die schon seit 11 Jahren trotz starker Repression andauernde unermüdliche Aufklärungsarbeit der Freunde und Freundinnen Jallohs der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh.

Ebenfalls am 7. Januar 2005 starb Laye-Alama Condé an den Folgen einer zwangsweisen Brechmittelvergabe im Polizeigewahrsam im Polizeipräsidium in der Vahr in Bremen. Dieser Tod reiht sich ebenso wie der Tod Jallohs in die Liste der rassistischen Morde ein, die von Bullen in der BRD verübt wurden. Hier wurde das Verfahren gegen den verantwortlichen Arzt und den verantwortlichen Bullen an der Tötung von Condé nach langen Jahren der Aufklärungsarbeit am 1. November 2013 eingestellt.

Im Falle des Mordes an Oury Jalloh wurde 2014 nach

einem vom BGH kassierten Freispruch der Dienstgruppenleiter Andreas S. Wegen fahrlässiger Tötung an Oury Jalloh verurteilt. Sowohl das verhängte Strafgeld von 10.800€ als auch die gesamten Prozess- und Anwaltskosten in Höhe von insgesamt fast 600.000€ wurden von der Gewerkschaft der Polizei übernommen.

Warum entlastet die Gewerkschaft den 55-jährigen, der erst elf Minuten nach Anschlag des Brandmelders die Arrestzelle aufgesucht hatte, in der Oury Jalloh am 7. Januar 2005 verbrannte? Auf die Frage meinte der Landesvorsitzende der GdP Uwe Petermann lediglich: »Wir müssen das bezahlen, zur Not aus der Kasse des Bundesverbandes.« Die Gewerkschaft der Polizei ist eine der Interessensvertretungen der Bullen.

Sie schützt und vertritt Bullen in ihren Belangen. Zu diesem Interesse gehört offensichtlich auch, die Beteiligten an einem Mord zu schützen und für diesen finanziell aufzukommen.

Keine Opfer sondern Täter!

Die GdP versucht immer wieder die staatliche Gewalt und deren Willkür in der Ausführung durch die

Bullen klein zu reden und zu verleugnen. Damit stellen sie Täter*innen immer wieder als Opfer dar. Sobald Menschen von Bullen verprügelt, misshandelt oder sogar wie im Fall von Oury Jalloh, Laye Alama Condé, Achidi John, Christi Schwundek, Halim Dener uvm. getötet werden, schützt die GdP die Täter*innen und verharmlost die Taten.

In Bremen tat sich die GdP u.a. mit der erfolgreichen Forderung nach Spuckhauben hervor. Sie versucht die Kennzeichnungspflicht für Bullen zu verhindern und schützt nicht zuletzt die Verantwortlichen am Tod Laye Condés, in dem sie ihm selbst die Schuld an seinem eigenen Tod geben; er hätte sich nicht weigern müssen, das Brechmittel zu schlucken.

Die GdP verteidigt uneingeschränkt den von Bullen ausgeführten Zwang und Gewalt, fordert und untermauert die Notwendigkeit einer autoritären Gesellschaft:

“Der Staat muss allen Mitbürgern, die meinen, für sie gäbe es keine Autorität und sie könnten alle gesellschaftlichen Grenzen ausloten und für sich selbst neu setzen, klar aufzeigen, dass der staatliche Ordnungsanspruch durchgesetzt wird” (Zitat homepage der

GdP).

Einem Weg zu einer Gesellschaft wie wir sie uns vorstellen, steht eine solch repressive Institution wie die Gewerkschaft der Polizei klar entgegen. Aus diesen vielen Gründen haben wir nachts die Geschäftsstelle der GdP aufgesucht, mit mehreren Steinen die Fensterscheiben eingeworfen und im Innenraum Farbe verteilt. Nächtliche Aktionen wie dieser produzierte Sachschaden bei der GdP sind für uns ein wichtiger Bestandteil unserer Kämpfe, die unsere kompromisslose Haltung gegenüber Bullen, staatlicher Ordnung und Justiz ausdrücken.

Wir streben eine Gesellschaft ohne Herrschaft und Autoritäten an.

Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben und keinen durch Zwang durchgesetzten Gehorsam. Wir wollen eingebettet in kollektive Entscheidungsstrukturen selbst entscheiden und aushandeln, nach welchen Maßgaben wir miteinander leben.

Gegen jede Autorität! Gegen jede Herrschaft!

ASB (autonome straßenbande)

Bald kein Geld mehr im Portemonnaie?

In Deutschland kannst du in immer mehr Geschäften kontaktlos mit dem Smartphone zahlen. Voll praktisch, oder voll scheiße?

Wenn du in Dänemark tankst, müssen Tankstellen dein Bargeld nicht mehr annehmen. In Stockholm kannst du dir Bustickets nur noch per Smartphone oder Karte kaufen. Und in immer mehr EU-Ländern werden Höchstgrenzen für Barzahlungen eingeführt. Bar nur noch bis 500€, oder weniger?

Die Abschaffung des Bargeldes bringt einiges mit sich.

Wenn du bargeldlos, also digital, einkaufst, ist alles nachvollziehbar. Die ohnehin stattfindende digitale Erfassung aller Bereiche des Lebens über unzählige „smarte“ Geräte wird sich immens verfeinern. Alle Daten darüber, was du wann und wo einkaufst oder konsumierst, landen jedes mal bei den Unternehmen, die den Zahlungsverkehr abwickeln. Was sie mit den Daten tun und an wen sie sie weitergeben liegt nicht mehr in deinen Händen. Deine Krankenversicherung könnte erfahren, dass du Zigaretten kaufst, obwohl du angegeben hast Nichtraucher*in zu sein, um einen billigeren Tarif zu zahlen. Das Geld für deinen kleinen Nebenjob gib'ts

nicht mehr cash. Das Finanzamt oder das Jobcenter könnten einfacher über dein Konto herausfinden, dass du schwarz arbeitest. Wie zahlst du dein Gras beim Dealer*in an der Ecke? Was wirfst du in den Hut der Schnorrer*innen?

Die Überwachung ist allerdings nur ein Teil des Ganzen. Ein weitere Schritt des digitalen und personalisierten Zahlens könnte sein, bestimmten Personen(-gruppen), Arbeitslosen, Geflüchteten, Kindern, als psychisch krank geltende, ... , den Zugang zu bestimmten Dingen zu verwehren, um diese (besser) kontrollieren zu können. Wer darf sich Alkohol oder ein Zugticket kaufen? Oder einen Flug buchen? Eintritt für Disko, Freizeitpark?

Wie kommt es dazu? Ist das Bezahlen mit Münzen und Scheinen ein Relikt der Vergangenheit in der digitalisierten Gegenwart?

Zentralbanken sind dieser Auffassung und fordern den Übergang zum komplett digitalen Zahlungsverkehr. Mit der Begründungen Steuerhinterziehung, sog. Schwarzarbeit und Organisierte Kriminalität bzw.

Drogenhandel eindämmen zu wollen, zielt ihr Vorhaben noch mehr darauf, zwangsweise die Konjunktur

PAY CASH

anzukurbeln. Würden die Menschen nämlich wieder mehr konsumieren, würde sich die Wirtschaft aus ihrer anhaltenden Krise befreien. Die zündende Idee aus Kreisen von Europäischer Zentralbank und Wirtschaftswissenschaftler*innen ist es die Zinsen auf unter Null zu senken. Das soll die Menschen dazu bewegen, ihr Geld auszugeben. Auf dem Konto würde es langsam verschwinden. Ein solcher Minus-Zins führte allerdings dazu, dass alle ihr Geld abheben würden, um es unter ihrem Kopfkissen zu horten. Für das Geld, das du auf dem Konto hast, müsstest du dann Zinsen zahlen, statt wie bisher, nur wenn du das Konto überziehst oder dir Geld von der Bank leihst. So ein „Run“ auf die Banken würde zum Kollaps des Finanzsystems führen. Das Bargeld müsste also zunächst abgeschafft werden, um den Konsum zu erzwingen.

Dokumentation:

Verwaltung der Generali Krankenversicherung in Köln angegriffen

Die Generali ist Vorreiter bei der Digitalisierung auf dem europäischen Versicherungsmarkt. Über eine stetige Datenerfassung soll das zu versichernde Risiko individuell vermessen, berechnet und bepreist werden. In Italien hat die Generali 2015 mehr als eine Million Autos mit „Blackboxes“ ausgestattet, die per GPS und Mobilfunk das Fahrverhalten permanent protokollieren.

Zu Jahresbeginn 2016 soll in Deutschland das Gesundheitsprogramm „Vitality“ starten, mit dem die Versicherung Ernährungs- und Fitnessgewohnheiten sowie permanent erhobene Körperdaten ihrer Mitglieder zur Tarifeinstufung nutzen will. Dazu sucht die Generali seit einem halben Jahr Vertragspartner im Einzelhandel, die personalisierte Einkäufe über eine elektronische Schnittstelle direkt übermitteln sowie Fitnessstudio-Ketten, die über Anwesenheitszeiten und Trainingsprogramme ihrer Mitglieder informieren sollen.

Für diesen unverschämten Vorstoß haben wir der Verwaltung der Generali Krankenversicherungen in Köln einen Besuch abgestattet und die Front des Versicherungsgebäudes (Gereonswall 68-70) am Silvesterabend mit Hilfe von Zwillen und 120 Farbkugeln markiert.

Begonnen hat alles mit einem freiwilligen Bonusprogramm, doch der Vorstandschef der Generali-Deutschland Holding AG, Giovanni Liverani lässt keinen Zweifel daran, dass das Bonusprogramm nun in eine fein-untergliederte Tarifstruktur münden soll. Wer kei-

Anonymes Bezahlen wäre also Geschichte. Ein erheblicher Einschnitt in die Selbstbestimmung unseres Lebens würde sich vollziehen.

Wir lehnen diese Welt, in der alles nur gegen Geld zu bekommen ist grundlegend ab. Um der Kontrolle und Überwachung unseres Lebens aber nicht gänzlich zu unterliegen ist es nötig, sich der Abschaffung des Bargeldes zu widersetzen. Verweigere dich dem bargeldlosen Bezahlen mit Smartphone oder Kreditkarte und dem personalisierten Bestellen im Internet.

Lass dich nicht verarschen!

ne Daten liefern will, bekommt den schlechtesten Tarif. So werden dann nicht mehr nur die Schnäppchenjäger zum freiwilligen „Datenlass“ geködert, sondern alle zur erheblich unfreiwilligeren Ernährungs- und Bewegungs-Beichte genötigt.

Du bist zu fett? – dafür zahlst Du!

Die ursprüngliche Idee von sozialen Sicherungssystemen war nach einem einfachen Prinzip aufgebaut:

Alle zahlen in einen Topf; wenn jemand in Not ist, wird der Topf benutzt um die Notsituation zu beheben - lange Zeit ohne zu fragen, warum jemand in Not geraten ist.

HartzIV hat damit endgültig Schluss gemacht und das Narrativ der Arbeitslosigkeit neu ge-

schrieben: Im Vordergrund steht nun das Versagen des einzelnen, keinen Job gefunden zu haben, sich nicht ausreichend zu aktivieren oder sich gar als arbeitsunwilliger Sozialschmarotzer zu verweigern. Solidarität wurde auf das Einzahlen von Geld reduziert mit der Fiktion: wenn sich alle genügend um Arbeit bemühen würden, wäre die Arbeitslosenversicherung überflüssig.

Die Kündigung des Solidarprinzips vollzieht sich nun auch im Gesundheitssystem. Doch das Gesundheitssystem vom Solidarprinzip auf das Prinzip des Individualversagens umzustellen, ist schwieriger. Arbeitslose werden an den Rand verdrängt – die Grippe aber trifft jeden. Zu unterstellen, mensch habe sich mutwillig infiziert, geht nicht so einfach. Hier muss das Versagen subtiler konstruiert werden. Dazu soll das Individuum



möglichst genau vermessen werden. Mit diesen permanent erhobenen Daten soll dann eine Vorhersage über die Wahrscheinlichkeit von Krankheit getroffen werden. Und diese wird in feinstufig personalisierte Tarife übersetzt.

Aus: Sie haben Übergewicht, stellen Sie Ihre Ernährung um, denn das Risiko, einen Herzinfarkt zu bekommen steigt, wird: Aufgrund ihres Übergewichts kosten Sie uns überproportional viel Geld – wir müssen Sie an den Kosten beteiligen. Bemühen Sie sich, dann können Sie wieder preiswerter werden. Sie haben in diesem Monat weniger gejoggt? Kosten hoch.

Generali Deutschland-Chef Liverani behauptet zwar: „Versicherungen basieren auf dem Kollektivgedanken“, rechtfertigt jedoch die Bemessung des Gesundheitsbewusstseins mit den Worten: „Ansonsten finanzieren die Leute, die sich gesund verhalten, diejenigen, die sich nicht um Vorsorge kümmern.“ Menschen, die gesund leben, müssen weniger zahlen als Menschen, die ungesund leben. Die Suggestion ist, dass ein Gesundheitssystem für den Einzelnen günstiger wird, wenn die Kranken mehr zahlen müssen. Das ist falsch. Das führt lediglich dazu, dass immer weniger sich das krank sein leisten können – sie fallen aus der Solidargemeinschaft raus, das System kollabiert.

Die Krankenkassen wollen nicht sparen – sie wollen Umsatz. Deshalb muss der Patient zum Kunden werden. Die elektronische Patientenakte ist der dazu industriell gewünschte Nacktscanner. Wir wissen, dass die Daten nie und nimmer allein für unsere konkreten medizinischen Belange zur Verfügung stehen werden. Die Daten aus Großbritannien können Versicherer und Pharmakonzerne bereits erwerben. Sind die Gesundheitsdaten einmal vorhanden, werden z.B. auch Fluggesellschaften das Risiko eines akuten Notfalls in der Luft individuell berechnen und einpreisen. Arbeitgeber werden irgendwann einen Blick in die elektronische Krankenakte ihrer Bewerber werfen und das, was sie dort lesen, in ihre Entscheidung einfließen lassen. Wir werden vor die Wand laufen: bei Versicherungen, Bewerbungsgesprächen, dem Versuch ein Wohnung zu mieten oder einen Kredit aufzunehmen – ohne den wahren Grund zu kennen.

Dynamische Tarifbestimmung

Konkretes Ziel der Generali, weiterer Krankenversicherungen in ihrem Windschatten und der IT-Branche ist ein permanentes Selbstvermessungswesen, das ein über viele Jahrzehnte gewachsenes Solidarsystem zerschlagen soll. Apples „Health Kit“ und Googles „Google Fit“ haben die meisten neuen Smartphones vor-

installiert. Gekoppelt mit zusätzlichen Gadgets, wie Fitness-Armbändern, Smart-Watches, ... kontrollieren diese unsere Kalorienaufnahme, Herzfrequenz, Blutzuckerspiegel, Sauerstoffgehalt im Blut unser Schlafverhalten und vieles mehr. Zusammen mit den Ernährungsgewohnheiten, dem Lauf- und Fitnessverhalten sowie der Medikation und unserer Krankheitsgeschichte wird daraus ein „Healthscore“ ermittelt. Dieser Score ist die Grundlage für die zukünftige Tarifeinstufung eines jeden einzelnen – nicht einmalig oder quartalsweise, sondern permanent in Echtzeit. Die Verantwortung für Gesundheit wird vollständig individualisiert.

Noch können wir uns dem Selbstoptimierungsprogramm verweigern. Bald nur noch unter enormen Mehrkosten (durch die Einstufung in den schlechtesten Tarif für Verweigerer oder Verheimlicher). Aber es ist ebenso denkbar, dass auch diese Option wegfallen wird. Smart manipuliert in Richtung Bereitschaft alles über uns mitzuteilen, wird es als unsozial gelten, seine Lebensgewohnheiten und Gesundheitsbemühungen zu verschweigen. Gesellschaftlich akzeptiert (und finanziert!) wird dann nur noch, was sich vermessen lässt und laut Algorithmus der Krankenversicherer ein vertretbares Risiko darstellt.

Die Zusammenführung aller verfügbaren Gesundheitsdaten ist der Schlüssel zur individuellen Berechenbarkeit, Verwertbarkeit und Vorhersagbarkeit. Und deshalb ist die elektronische Gesundheitskarte in ihren weiter geplanten Ausbaustufen so bekämpfungswert!

Medizin-Informatiker drängen seit einem Jahr darauf, die elektronische Gesundheitskarte mit den permanent erhobenen Körperdaten der Selbstvermessung zu vernetzen. Google sichert sich Millionen Patientenakten über zahlreiche Kooperationen mit Pharma- und Biotechnologie-konzernen, Medizinfakultäten und Krankenversicherern.

Es gibt unzählige Bemühungen, den Damm der Selbstbestimmung über das Geschäft mit der Gesundheit zu brechen. Diese Bemühungen und ihre Protagonisten müssen wir bekämpfen, wenn wir die Fremdbestimmung über unseren intimsten und am stärksten verletzbaren Bereich, der Gesundheit, vermeiden wollen.

Wir grüßen mit unserer Aktion die AktivistInnen, die vor drei Wochen das „face“ der Facebook Deutschland-Zentrale in Hamburg erheblich angekratzt haben. Wir möchten hiermit weitere ermutigen, die Zumutungen der erzwungenen Freiwilligkeit bei der Abgabe von Daten und Selbstbestimmung öffentlich wahrnehmbar anzugreifen.

Krise und Innovationskrieg

Im Krieg, einem „neuen Krieg“, ja im „Weltkrieg“, einem „uns aufgezwungenen dritten Weltkrieg“ sehen uns meinungsmachende Blätter der deutschen Mitte gegen Formationen wie den „islamischen Staat“, die sich aus den „Zerfalls- und Entzivilisierungsprozessen in der arabisch-islamischen Welt“ geschichtsmächtig machen. Der Krieg ist real. Aber ist er uns aufgezwungen? Wo liegt die Urheberschaft am Zerfall, die Urheberschaft an der Aggressivität, an der Entzivilisierung? Und wie sieht die Zukunft aus? Die Fragen rufen nach einer nüchternen materialistischen und zugleich historischen Analyse. Materialistisch im Blick auf die Kräfte, die das vorantreiben. Historisch in der Befragung der geschichtlichen Erfahrungen. Beide sagen uns, dass wir die Antworten nicht an der Oberfläche der tauschförmigen Prozesse suchen dürfen, wie es eine ökonomistische Anschauung tut. Denn diese verbirgt die Gewaltsamkeit der technologischen Angriffe, hält sie von Kritik frei und verklärt sie im Fortschrittsmythos. Es ist deren Griff nach den lebendigen Quellen des Werts, der seine Aggressivität und entzivilisierende Barbarei auf jeder Stufe der kapitalistischen Entwicklung in historisch neuen Formen hervorbringt. Auch jetzt wieder, in einem auf Jahrzehnte angelegten technologischen Angriff aus dem IT-Sektor. Er wiederholt den fordistischen Angriff von vor hundert Jahren auf neuem Niveau.

Schon die fordistische Offensive zielte auf die weltweite Umwälzung der gesamten Lebensverhältnisse, auf die Zerstörung und Entwertung der alten Arbeits- und Lebensformen und die Errichtung eines neuen kapitalistischen Kommandos im Rationalisierungszugriff auf die lebendigen Quellen des Werts. Ihr industrieller Kern lag zunächst in der Elektro- und chemischen, dann in der Autoindustrie. Hier verband sie sich am deutlichsten mit den Rationalisierungsangriffen des „Taylorismus“ als ihrer politischen Technologie. Sie vollführte ihren ersten Vorstoß in den USA. Dort war sie die kapitalistische Antwort auf die Insubordination der Arbeiter*innenklasse am Arbeitsplatz und den Aufruhr ihrer Familien und sozialen Zusammenhänge in den Quartieren. Diese hatten die Gesellschaft bis an den Rand der sozialen Revolution gebracht. Ihre Gegenmacht, ihr Egalitarismus, ihre Autonomie im Arbeitsprozess, Selbstbewusstsein und Fähigkeiten zur Selbstorganisation waren mit den alten Formen kapitalistischer Herrschaft in Arbeit und Produktion nicht zu brechen.

Neue Akteure in Deutschland nahmen die Impulse dieses Angriffs auf und griffen damit nach der Macht. Die in ihnen verwirklichten aggressiven Energien waren für das europäische Umfeld beunruhigend, in ihrer Heftigkeit sogar für die Konkurrenz aus den USA. In Europa ließen sie ihre Konkurrenten weit hinter sich. Die innovatorischen Kräfte vor allem aus der Elektro- und chemischen Industrie beanspruchten die Mitte

Europas als Machtraum und Basis für die ökonomische Eroberung der Welt. Ihre zentralen Akteure und Träger hegemonialer Aggressivität waren die neuen innovativen Ober- und Mittelschichten. Genauer: die Unternehmer und die Avantgarden aus Technik und Management, Ingenieure und Bürokraten zumeist. Ihr elitärer Anspruch einer neuen „Zivilisation“ verband sich mit rassistischen Zuschreibungen von Minderwertigkeit, Rückständigkeit und „Gefahren“ an ihr europäisches Umfeld (vor allem die „slawische“ Gefahr). Dies hatte seinen Grund in den Entwertungsstrategien der Innovationsoffensive: die neu angestrebte Arbeitsproduktivität und Profitabilität entwerteten alte Arbeitsformen und Lebenschancen. Die trieben sie auch ins Innere der umgebenden Länder. Zuerst über die Rüstungskonkurrenz. Denn dort konnten nur die Ländern mithalten, die mitzogen. Dann über den I. Weltkrieg. Der wurde so zum Innovationskrieg, sowohl nach innen, wie nach außen. Er zielte auf die Umwälzung und blutige Modernisierung ganzer Länder wie Bulgarien und Rumänien und besetzter Territorien wie „Oberost“, der Ukraine und Polen -Vorspiel für den II. Weltkrieg. In Ost- und Südosteuropa war sie konfrontiert mit wachsendem Widerstand.

Heute werden wir nach Abschluss des großen fordistischen Zyklus in den Kämpfen der 60er und 70er Jahre erneut Zeugen einer Dynamik von Entwertung und entzivilisierender Barbarei unter dem Aufprall des technologischen Angriffs der Informationstechnologien. Wie schon der fordistische vor hundert Jahren, so ist auch er epochal angelegt. Er zielt auf die weltweite Zerstörung nunmehr der überkommenen fordistischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Verbunden ist er mit der Errichtung eines neuen kapitalistischen Kommandos zur Erschließung neuer Quellen des Werts zwecks Steigerung von Produktivität und Profitabilität. Nach zunächst verhaltenem Beginn wurde er Mitte der 90er Jahre von der amerikanischen Zentralbank unter ausdrücklichem Bezug auf die fordistische Offensive aufgegriffen. Er wurde mit gewaltiger Liquidität für die spekulative Hochrüstung versorgt und zum Kern einer sozial-ökonomischen Offensive epochalen Ausmaßes gemacht. Die beabsichtigte soziale Zerstörung, Entwertung und Entzivilisierung wird an den inneren, vor allem aber an den äußeren Frontlinien und Randzonen als inzwischen dramatisch erkennbar. So haben hunderte Millionen Jugendliche im Nahen Osten und Maghreb gegen alle Hoffnungen der „Arabellion“ im Schnitt weniger als zwei Euro am Tag und keine Perspektiven mehr. Dies schlägt sich in Widerständen nieder und macht sie zunehmend zugänglich für die Verlockungen militanter Formationen, wie etwa des IS. Einer der Gründe, warum sich die kapitalistischen Urheber erneut durch die Folgen der von ihnen betriebenen innovativen Lebenszerstörung bedroht, ja zum Krieg gedrängt sehen.

Auch in der Ukraine und in Südosteuropa verfällt das Arbeitswertaufkommen bei steigender sozialer Unruhe. Die Zerstörungsprozesse in den afrikanischen Subsahara-Regionen (von Ländern kann man vielfach nicht mehr reden) sind nach der Änderung der sogenannten „Entwicklungshilfe“ seit dem 70ern nun unter der Peitsche der Innovationsoffensive intensiviert worden. Zunehmend flüchten Menschen vor dieser Zerstörung und Entwertung und suchen, von kapitalistischer Gewalt vertrieben, ihre Lebenschancen in den Metropolen, aus der die Gewalt der Zerstörung und Entwertung gegen sie entfesselt worden war.

Der Widerstand gegen die Gewalt der Innovationsoffensive regt sich bis in die Metropolen hinein, bis an das Herz der Bestie heran. Eine seiner Formen ist der Kampf gegen Vertreibung aus den Kernen des technologischen Angriffs. Wie etwa in San Francisco. Großverdiener in Silicon Valley, der weltweit mächtigsten Zusammenballung („Cluster“) von Unternehmen auf dem Sektor der Informationstechnologien und Anwenderindustrien, mästen sich aus ihrem Einkommen fett und treiben die Mieten des Umfelds in die Höhe. Sie verdrängen die neuen Service-Sklaven, die von der sozialen Zerstörung ihres Angriffs produziert

worden waren. Das Bild ist in hunderten derartiger „Cluster“ weltweit das gleiche. Charles Maier, einer der besten Analytiker der fordistischen Innovationsoffensive, stellt den Abbruch fordistischer hierarchischer sozialer Pyramiden und den Umbruch zu neuen sozialräumlichen Geographien fest. Er charakterisiert sie plastisch so: „Heute sehen wir die Elite und Masse in konzentrischen Kreisen arrangiert, nicht mehr in zugespitzten Pyramiden. Wir gebrauchen die Sprache von Zentrum und Peripherie: die neue Elite im Zentrum erntet die Früchte für ihre Fertigkeiten in transnationaler Kontrolle von Information und Symbolen. Das neue Proletariat verrichtet niedere Dienste: es reinigt Krankenhauskorridore oder Straßen, es kümmert sich um unsere Häuser und Kinder.“ Der Widerstand gegen die Vertreibung unter dem Druck aus den Zentren informationstechnologischer Gewalt wächst auch hier, die sozialen Spannungen nehmen zu .

Dieser größere Rahmen sollte uns drängen, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir Kämpfe gegen Vertreibung, Flüchtlingspolitik, Entwertungsrassismus, Kriegspolitik miteinander verbinden können.

Materialien für einen neuen Antiimperialismus

Facebook the

Die neokoloniale Seite des tech-

Facebook ist seit kurzem die größte Nation der Welt – mit über 1,5 Mrd. Einwohner*innen ist Facebook größer als China und Indien. 2015 wählte Facebook eine neue Strategie, um noch schneller zu wachsen. Mit dem anmaßenden Projekt internet.org, das aufgrund erheblichen Widerstands kurze Zeit später in Free Basics umbenannt wurde, beabsichtigt Facebook insgesamt 100 ärmere Länder smart zu „entwickeln“: Ein stark beschnittenes Umsonst-Internet per App auf dem Smartphone soll „den Armen“ Facebooks Auswahl von Internetangeboten und Facebooks Form der Konnektivität aufprägen. In Indien hat dieses neokoloniale Vernetzungsprojekt heute, am 8.2.2016 aufgrund massiven Widerstands einen herben Rückschlag erlitten.

Google und Facebook wollen jeweils ein möglichst engmaschiges Netz über die Welt legen, das alle mit allen und allem verbindet. Insbesondere die noch unerschlossenen Gegenden ärmerer Länder sollen unter großem technischen und finanziellen Aufwand (Ballons, Satelliten, Drohnen) vernetzt werden. So ist Facebooks „größte philanthropische Initiative“ Free Basic imperialer Anspruch, die Entwicklungs- und Schwellenländer informations-technologisch zu erobern.

**Man kartografiert nichts,
was man sich nicht anzueignen gedenkt**

Es geht um nicht weniger als die weltweite Erschlie-



Conqueror

nologischen Angriffs

Bung der Kommunikation als maximal invasive Manipulationsmöglichkeit aller Menschen. So wie die politische Ökonomie herrscht, in dem sie uns die Freiheit konkurrierender wirtschaftlicher Interessen lässt. So kontrolliert und lenkt die Kybernetik, in dem sie uns zugesteht zu kommunizieren und Informationen abzurufen. Free Basics soll rund eine Mrd. bislang unerschlossene Linder*innen in Facebooks Umsonst-Netz bringen. Das Einengen ihres Informations-horizontes auf eine Filterblase von weniger als 40 Plattformen und Dienste-Anbieter, die mit Facebooks IT-Sicht auf die Welt konform gehen, stellt eine neue Stufe von kolonialer Entmündigung dar.

Ein technologischer Angriff ganz im Sinne von Schumpeters „Schöpferischer Zerstörung“: radikale Zerschlagung überkommener Informations- und Sozialstrukturen zugunsten maximaler Isolierung des Individuums um jeden einzeln gänzlich neu in ein Netz algorithmisch gelenkter Interaktion einweben zu können. Kein Zugriff, keine Manipulation lässt sich umfassender gestalten – und das ohne unmittelbare Anwendung von Zwang. Heute spricht man im Silicon Valley bei dieser Strategie der unumkehrbaren Veränderung sämtlicher Lebensgewohnheiten von „disruptiven Innovationen“: „Wir erzeugen Produkte, ohne die man nicht mehr leben kann“. Das gesellschaftliche Bewusstsein für die Konsequenzen dieses tiefgreifenden Wandels hinkt so weit hinterher, dass deren technokratische Ma-

cher*innen leichtes Spiel haben. Sie brauchen unsere Kritik oder Gegnerschaft derzeit kaum zu fürchten.

Während sich im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts die christlichen Missionare noch die Mühe machten, getrennt von den einfallenden Kolonialtruppen zu reisen, kommen im heutigen Techno-Imperialismus Bibel und Knarre gemeinsam daher - in Form einer smarten Technologie, die den Eroberten die Vernetztheit und die „Macht zu teilen“ bringt. Selbstverständlich zu den Konditionen des Eroberers.

Techno-imperiale Charity Strategien

Hübsch verpackt als Entwicklungshilfe investierte bereits Microsoft in den 90ern viel Geld in Computer-Schulungszentren in Indien. Die wenig überraschende Bedingung war der Betrieb sämtlicher Rechner unter Windows und die Nutzung von Microsofts Programmen. Mehrere Generationen von Schüler*innen erwarben daraufhin sämtliche Computer-Fähigkeiten unter der Alleinherrschaft von Microsoft: von der Anwendungssoftware über die Systemadministration bis zur Software-Entwicklung. Alles, was nicht Hardware war, war Microsoft. Bill Gates „raubte“ Hunderten von Millionen Kids die Perspektive auf Kenntnisse zur Entwicklung von freier Software sowie die Vorteile bei deren Nutzung. Das mag Computer-fernen Menschen spitzfindig erscheinen, doch für die heutige Form des Crowdfunding war die „Eroberung“ und lenkende „Erziehung“ der Jugend in Ländern wie Indien zu digitalen Arbeitsnomaden eine wichtige Voraussetzung.

In vielen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern markierte die Initiative des Bostoner MIT „One Laptop Per Child“ einen weiteren technologischen Eroberungszug. Auch dieses zunächst selbstlos daher kommende Projekt (jedem Kind soll ein Laptop geschenkt werden) verblieb im klassisch paternalistischen Verständnis der IT-Entwicklungshilfe, in der häufig weiße, männliche IT-Unternehmer armen, unterentwickelten Kindern im globalen Süden eine glorreiche Zukunft versprechen, sollten sie dieses Gerät, diese App, oder was auch immer nutzen.

Die Einschränkungen bzw. die Bevormundung der „zu entwickelnden Armen“ im Rahmen der aktuellen Zwangsbeglückung von Facebook reichen deutlich weiter. Und tatsächlich ist auch die „Dankbarkeit“ sehr viel kleiner und der Gegenwind deutlich heftiger.

Widerstand auf hohem Niveau

Obwohl Facebook sein zensiertes Umsonst-Internet als „Empowerment“ darzustellen versucht, dominieren die Begriffe der Netzaktivist*innen und kleinen Start-Ups rund um die Initiative „SaveTheInternet.in“ die breite öffentliche Debatte. Free Basics wird dort mit Bildern wie „grüne Gärten umgeben von hohen Mauern“ belegt. Als Zuckerberg im Herbst letzten Jahres auf einem viel beachteten Besuch in Indien aussprach: „Besser ein bisschen, als gar kein Internet“, wurden die

Vorwürfe seiner teils prominenten Gegner*innen noch deutlicher. Von „Landnahme“ (landgrab) war die Rede und von „ökonomischem Rassismus“. Die Diskussion kochte so hoch, dass mehrere Unternehmen - so auch die Indian Times - als eines von 37 auserwählten Unternehmen deren Webseite (neben facebook) ab Ende November Indien-weit im beschränkten Zuckerberg-Internet zugänglich sein sollten, die Kooperation mit facebook aufkündigten. Sie schlossen sich der Kampagne für Netzneutralität an, die mit über 400.000 Menschen gegen das Facebook-zentrierte Internet protestierten.

Der öffentliche Druck mit der Forderung nach unbeschränktem Internetzugang geht so weit, dass sich am 24.12.2015 die indische Behörde zur Regulierung der Telekommunikation (TRAI) genötigt sieht, das Projekt auf Eis zu legen - zumindest solange bis die in der Debatte aufgeworfenen Fragen zur Netzneutralität hinreichend geklärt sind. Tags darauf findet sich ein bemerkenswert klarer Kommentar im (keineswegs linken) Indian Express:

„(...) Diese Millionen von Nutzern außerhalb von Europa und der USA müssen als gleichwertige Nutzer online gebracht werden, andernfalls wird die Digitalisierung nur die Ungleichheiten von Klasse, Geschlecht und Rasse



reproduzieren, die wir dadurch zu eliminieren versuchen, dass wir allen unbegrenzte Information verschaffen.“

Seitdem inszeniert Facebook eine regelrechte PR-Schlacht - mit zweifelhaften Methoden. Zuckerberg fordert alle Facebook-Nutzer*innen auf, mit einem vorformulierten Schreiben gegen die Abschaltung zu protestieren und den Weiterbetrieb von Free Basics bei der Aufsichtsbehörde einzufordern. Die Kampagne SaveTheInternet.in hat zahlreiche Fälle protokolliert in denen Nutzer*innen beschreiben, dass sie ohne ihr Zutun oder sogar trotz ihrer Ablehnung dieses Schreibens als Unterstützer der Facebook-Kampagne hinzugefügt wurden. Auch deaktivierte Facebook-Profilen sollen plötzlich als Unterstützer*innen agieren haben. Seine Gegner*innen diffamiert er mit den Worten: „Anstatt allen Zugang zu einigen Basis-Internetdiensten zu geben, fordert eine kleine Gruppe

von Kritikern, dass alle gleich viel bezahlen sollen um sämtliche Internetdienste erreichen zu können; auch wenn das bedeutet, dass 1 Mrd. Menschen sich gar keinen Zugang zu irgendeinem Dienst leisten können.“

Mit einer gigantischen PR-Kampagne #DigitalIndia versuchen Zuckerberg und der Indische Premier Modi gemeinsam verlorenes Terrain zurück zu gewinnen. Erfolglos – am 8. Februar hat die Aufsichtsbehörde dem Projekt endgültig eine Absage erteilt: Kein Anbieter dürfe auf Basis der Inhalte diskriminierende Tarife anbieten. Schluss, aus, Ende; zumindest für die nächsten zwei Jahre ist diese Entscheidung unumstößlich. Der breite Widerstand gegen Facebooks koloniale Bevormundung hat Signalwirkung für weitere 35 Länder in denen Free Basics bereits läuft: Am 2. Januar diesen Jahres schaltet auch Ägypten nach nur zwei Monaten das Facebook Netz wieder ab – ohne eine Begründung zu nennen. Auch in Nigeria machen sich starke Proteste gegen eine begrenztes Internet breit. Hier lautet der Slogan der Bewegung:

„All the internet. All the people. All the time“

Damit ist der moderne Techno-Imperialismus natürlich nicht gebannt. Weiterhin zahlt Facebook Menschen in Indien, Mexiko, der Türkei und den Philippinen nur vier Euro pro Stunde für die Suche nach Nacktfotos und Pornografie auf seinen Seiten. Das ist die Hälfte des US-amerikanischen Mindestlohns. Und natürlich auch jenseits von Facebooks unmittelbarer Einflussphäre arbeiten weiterhin viele der Armen in Asien und Afrika zu Hungerlöhnen auf den Müllhalden, auf denen allein aus den USA 10 Millionen Tonnen Elektronikschrott lagern. Und weiterhin arbeiten Kinder in den (Coltan-)

Minen zur Gewinnung der seltenen Erden, die zur Deckung unseres Smartphone-Hungers benötigt werden. Die Hauptlast des technologischen Angriffs bleibt also weiterhin ganz unsmart kolonial exportiert.

**„Entschlüsselung auf Zuruf“
in nur einem Tag gekippt**

Weltweit versuchen derzeit Regierungen in einem neuen Anlauf starke „end-to-end“-Verschlüsselung von Kommunikation und Datenspeicherung auszuhebeln. Die Strategie dabei: die Geheimdienste versuchen nicht mehr nur über eine „back-door“ in verschlüsselte Dokumente, Mails, Sprach- und Text-Nachrichten einzudringen. Mit Verweis auf die „globale Terrorismusgefahr“ fordern die Sicherheitsbehörden vielmehr offensiv durch die „front-door“ gehen zu dürfen. Während die indische Regierung zuvor die maximal zulässige Schlüssellänge begrenzt hatte, lancierte sie im September 2015 einen Gesetzentwurf, nach dem jede/r den Inhalt ihrer verschlüsselten Kommunikation 90 Tage lang im Klartext vorhalten muss, um ihn bei Aufforderung den Sicherheitsbehörden ausliefern zu können. Diese „heimische Entschlüsselungs-Vorratsdatenspeicherung“ sollte sowohl für jeglichen privaten als auch geschäftlichen Datenverkehr gelten.

Die Empörung und der unmittelbar folgende Widerstand waren überwältigend groß. Am Montag, den 21.9.2015 veröffentlicht und am späten Nachmittag um die Ausnahmen WhatsApp und Facebook korrigiert, wurde der Gesetzesvorschlag am Dienstag (nach nur einem Tag!) gänzlich zurückgezogen.

capulcu.blackblogs.org

Leben ist kein Algorithmus

Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff

Konferenzankündigung | Köln 30.9.-2.10.2016

„Wenn wir die gesamte Materie und Energie des Weltalls mit unserer Intelligenz gesättigt haben, wird das Universum erwachen, bewusst werden – und über fantastische Intelligenz verfügen. Das kommt, denke ich, Gott schon ziemlich nahe“. (Ray Kurzweil, Chefingenieur von Google)

Die Wellen informations-technologischer Entwicklungen schlagen in immer kürzeren Abständen über unsere Köpfe herein: sie wollen Daten, Daten und nochmals Daten. Google, facebook und deren Verwandte, die „Nachrichten“ Dienste aller Länder, saugen unsere Daten ab. Oft kommt dieser Zugriff erst mal unverdächtig daher: das Bargeld soll abgeschafft werden zugunsten elektronischer Transfers, die die Ökonomie von uns komplett transparent macht; Gadgets wie google glass, Fitnessarmbänder oder Smartphones – Sensoren der Erfassung und des Zugriffs rücken uns zunehmend auf die Pelle. Auch das Internet der Dinge

- internet of things - gehört dazu, das aus harmlosen Haushaltsgeräten Spione und Denunzianten macht. In der Arbeitswelt werden zig Millionen zusätzlich arbeitslos sein - im unscheinbaren Kleid der „Industrie 4.0“. Diese Liste ließe sich noch um einiges erweitern: Gentechnik, Drohnen, Künstliche Intelligenz ... Big Data ist der Euphemismus dafür, Big Theft wäre ehrlicher.

Überwachung ist ein klassisches Herrschaftsinstrument, jetzt ist es gelungen daraus auch noch ein erfolgreiches business-model zu machen, was die Anzahl der Akteure vervielfacht. Profitstreben wird zum neuen Motor der Überwachung und Datenerfassung. Sie dienen nicht nur der Kontrolle, sondern werden benutzt, um menschliches Verhalten vorherzusagen und gezielt zu manipulieren – eine Fremdbestimmung ganz neuer Qualität kündigt sich an.

Wir* laden deshalb zur Konferenz „Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff“ ein – Köln, Alte Feuerwache, 30.9-2.10.2016.

Auf der Konferenz wollen wir nicht nur die erschreckend schnell voranschreitende Erfassung aller Lebensabläufe samt ihrer ökonomischen Verwertung und den weitgehend undiskutierten Lenkungsmethoden analysieren. Wir wollen unsere Möglichkeiten des Widerstands gegen den technologischen Zugriff auf unsere Autonomie in den Mittelpunkt stellen.

Im Silicon Valley, dem Zentrum des technologischen Zugriffs auf unser Leben nennt man die Strategie der unumkehrbaren Veränderung sämtlicher Lebensgewohnheiten „disruptive Innovationen“: „Wir erzeugen Produkte, ohne die man nicht mehr leben kann“. Welche Auswirkungen haben diese Innovationen für das Geschlechterverhältnis, welche für unser Denken und Sprechen? Das gesellschaftliche Bewusstsein für die Konsequenzen dieses tiefgreifenden Wandels inklusive der Verstärkung von Abhängigkeiten und Ungleichheiten hinkt so weit hinterher, dass deren technokratische Macher*innen leichtes Spiel haben. Sie brauchen unsere Kritik oder Gegner*innenschaft derzeit kaum zu fürchten. Das wollen wir ändern. Diese Konferenz soll dazu beitragen.

Die Pionier*innen des auf gleichberechtigter Teilhabe ausgerichteten Internets sagen angesichts der Praxis der totalen Erfassung und immer umfangreicherer Lenkungs- und Manipulationsmethoden durch die aktuellen HighTech-Konzerne: „Das Netz ist kaputt“. Wie gehen wir damit um? Weitermachen, das Netz „ein bisschen sicherer“ machen? Oder sind wir in der Lage Alternativen zu erdenken, uns Techniken anzueignen, Techniken zu „hacken“ und sie gegen die beklemmende Totalität des Zugriffs auf unser Leben in Stellung zu bringen. Reicht das oder müssen wir nicht viel mehr die techno-imperiale Ideologie dieser Form der Vernetzung von allem mit allen angreifen, um uns ein Minimum an Autonomie zurück zu erkämpfen? Die Verweigerung, am digitalen Dauersenden teilzunehmen und unsere Selbstverteidigungsversuche gegen den digitalen Zugriff sind zwar

absolut notwendig, aber definitiv nicht ausreichend, um uns langfristig der weitreichenden Fremdbestimmung zu entziehen. Wir wollen miteinander Möglichkeiten von Gegenwehr diskutieren.

Wie war es möglich, dass eine Massenbewegung in Indien Facebooks neokolonial bevormundendes Schmalspurinternet Free Basics Anfang diesen Jahres zu Fall bringen konnte? Wie wehren sich diejenigen, die die Hauptlast unseres Smartphone-Hungers in den (Coltan-) Minen zur Gewinnung der seltenen Erden tragen müssen? Gibt es überhaupt minimale Widerstandsnischen in den Produktionsstätten des weltgrößten Elektronikzulieferers Foxconn? Was waren die wirklich selbstermächtigenden Momente bei der Nutzung sozialer Medien in der Arabellion und welchen Anteil an der sich aufheizenden Dynamik hatte die physische Zusammenkunft in den Straßen nach der Abschaltung sämtlicher Kommunikationsnetze durch die wankende Regierung? Welche Chancen haben die Kämpfe gegen Vertreibung in den „Smart Cities“ der Welt?

Dabei wird es ganz automatisch konkret. Über die staatlich repressive Datenspeicherung und -überwachung hinaus – die selbstverständlich auch Thema ist – müssen wir nicht künstlich nach „Anknüpfungspunkten“

suchen, denn der technologische Zugriff reicht tiefer in unser Leben und unsere politischen Auseinandersetzungen hinein, als uns lieb ist.

Ein Beispiel: Die Bundesnetzagentur markiert seit Oktober 2015 SIM-Karten von Geflüchteten mit einer elektronischen Signatur. Facebook und Twitter behindern in Kooperation mit Europol aktiv die Kontaktaufnahme von Flüchtenden mit Fluchthelfer*innen über soziale Medien. In Oberbayern führt die Kreisstadt Altöttingen die Refugee-Card ein, die Geflüchteten nur bestimmte Einkäufe räumlich begrenzt erlaubt – die „smarte“ Form des Lebensmittelgutscheins, deren Guthaben zum Monatsende verfällt.

Leben ist kein Algorithmus Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff

Köln | Alte Feuerwache | 30.9.- 2.10.2016



bigdata.blackblogs.org

Und noch ein Beispiel: Die EU-Kommission will langfristig das Bargeld für alle abschaffen und durch elektronische Bezahlsysteme ersetzen (Karten und Smartphone-Apps). Alle Transaktionen und alle Einkäufe wären dann nachvollziehbar.

(Kranken-)Versicherungen wollen Zugriff auf diese Daten haben. Die ersten BigData-Apologeten haben Anfang dieses Jahres die Einführung einer universellen Versichertenkarte zur Speicherung dieser Alltagsdaten vorgeschlagen. Aus unserem Einkaufs- und Fitnessverhalten plus weiterer Informationen über unser Leben soll das Gesundheitsbewusstsein oder vielmehr das Bereitschaft zur Selbstoptimierung permanent bemessen werden. Der Versicherungstarif wird dann für jeden kontinuierlich neu kalkuliert. Das ist nicht weniger als die endgültige Abkehr vom Solidargedanken einer Krankenversicherung – ersetzt durch das Prinzip des Individualversagens. So wie wir es von Hartz IV in Ablösung für die Arbeitslosenversicherung kennen.

Wir wollen mit dieser Konferenz anregen, deutlich wacher zu werden und uns nicht länger allein vom verheißungsvollen „Komfort“-Gewinn der smarten Technologien in den Bann ziehen zu lassen. Dabei ist uns bewusst, dass uns die Verhältnisse nicht einfach nur gegenüberstehen, sondern dass wir Teil davon sind und an deren Reproduktion - ob gewollt oder nicht – mitwirken. Im Wissen um unsere Widersprüchlichkeiten im Alltag wollen wir das Verhältnis von Bereicherung und Entmündigung besprechen. Ray Kurzweil, Gott-Azubi und Chef-Ingenieur von Google prognostiziert :

„Ende der 2020er werden wir das menschliche Gehirn komplett erforscht haben, was uns ermöglichen wird, nichtbiologische Systeme zu schaffen, welche dem Menschen an Komplexität und Raffinesse in nichts nachstehen – dies schließt auch die emotionale Intelligenz mit ein.“

Dann ist es jetzt Zeit, diese Gott gleichen patriarchalen Männerfantasien anzugreifen, wie es die feministische Bewegung gegen Gen- und Reprotechnologien mit einigem Erfolg in den 80er Jahren getan hat.

Um nicht missverstanden zu werden: Unsere (unterschiedlichen) Vorstellungen von Verweigerung und Widerständigkeit sollten nicht mit puristischer Enthaltensamkeit, totaler digitaler Abstinenz oder Ausstieg aus

jeglicher sozialer Vernetzung verwechselt werden. Es geht uns also nicht um den Erhalt einer nostalgischen Sozialität. Die Auswirkungen von Technologien auf Fremdbestimmung und Beherrschbarkeit hingegen interessieren uns sehr wohl! Wir suchen in einer Art praktischer Technologiekritik nach Wegen der Selbstbehauptung. Wir wollen mit dieser Konferenz Selbstvertrauen gewinnen, uns gegen eben diese Fremdbestimmung kollektiv zur Wehr zu setzen:

„(...) Es reicht also nicht, ihre Aktivitäten zu entlarven, wir müssen diese Geheim- und Nachrichtendienste eigenhändig niederreißen, wir müssen die Straßenlaternen zertrümmern wie in der Französischen Revolution. Dazu braucht man kein großer Hacker oder hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter mit Zugang zu sensiblen Informationen zu sein, der dann zum Whistleblower wird. Wir müssen uns nur bewusst machen, welche Rolle wir bei der Aufrechterhaltung des Status quo spielen, uns über unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten klar werden, herausfinden, was die jeweilige Entsprechung von Snowdens Aktion in unserem eigenen Leben sein könnte, und dann das System zerlegen.“ (Jeremy Hammond#)

Die Konferenz wird vornehmlich in deutscher Sprache abgehalten. Da uns zahlreiche professionelle Übersetzer*innen samt Übersetzungsanlage unterstützen werden, ist mindestens für englische Übersetzung gesorgt. Weitere Details und Texte zur Konferenz findet ihr unter:

bigdata.blackblogs.org

* Wir sind ein selbstorganisierter Zusammenhang von unterschiedlich technologie-kritischen Leuten, die mit Unterstützung des BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) diese Konferenz veranstalten.

Jeremy Hammond ist politischer Aktivist und Hacker – er sitzt nach einem der bedeutendsten Hacks der letzten Jahre gegen das regierungsnahen Sicherheitsunternehmen Stratfor in den USA aktuell eine zehnjährige Haftstrafe ab. Wir fordern seine Freilassung und die Straflosigkeit aller Whistleblower !

(Vorder- und Hinter-)Häuserkämpfe

Erwiderung zum Gespräch mit einer Gruppe, die in Berlin im Mietkampf organisiert ist „Stadtteilkampf, soziale Organisation, revolutionäres Bewusstsein“, erschienen im Autonomen Blättchen #23.

Mit Interesse haben wir das Interview einer doch anscheinend eher offen tätigen Gruppe gelesen. Zu einigen der dort angesprochenen Komplexe haben wir selbst schon länger diskutiert, beispielsweise die Bezugnahme von klandestinen Gruppen auf emanzi-

patorische Bewegungen.

Genau damit wird nämlich eines der Kernprobleme militanter Zusammenhänge im Widerstand gegen Gentrifizierung angesprochen, die unzureichende Ver-

bindung zu den offenen Mieter*innen- Initiativen.

Wer nachts angreift, bekommt selten aus den angesprochenen Nachbarschaften ein authentisches Echo darauf. Wir wirkten die zahlreichen Aktionen gegen Ziegert auf die Menschen im Kiez?

Was denken Hartz IV Bezieher*innen über abgefackelte Nobelkarossen? Wie reden Menschen in Schöneberg über den Angriff auf die Flottwell Straße?

Umgekehrt wissen die klandestinen Gruppen zu wenig über die Diskussionen zum Beispiel der zahlreichen Kreuzberger Nachbarschafts- und Stadtteilinitiativen, die in letzter Zeit zum Dragoner Areal tätig geworden sind.

Wie die Resonanz auf militante Interventionen in Neukölln ist, bekommen wir etwas besser mit, vor Allem durch die gute Arbeit von Blogs wie nk44 (*1) oder den Randnotizen.

Eine wechselseitige Bezugnahme würde mehr Wissen über die geführten Diskussionen voraussetzen. Um dieses Wissen zu erlangen ist Handarbeit nötig, Texte von offenen und militanten Gruppen müssen verbreitet werden. Das geht nur, wenn sich Leute verantwortlich fühlen, regelmäßig diese Texte auf den Internet Seiten und in den Broschüren der verschiedenen Spektren zu verbreiten.

Konkret würde das bedeuten, beispielsweise Artikel aus dem Kreuzberger Horn in der Interim zu veröffentlichen und umgekehrt, oder diese Zeitschriften an den Orten verschiedener Zusammenhänge auszulegen. Ebenso sind noch lange nicht die Grenzen erreicht, was die Bewerbung von eigenen Aktivitäten und Veranstaltungen betrifft, besonders nicht in Kreisen, deren Beteiligung gar nicht erst erwartet wird.

Deshalb sind die personellen und organisatorischen Möglichkeiten sowohl der offenen wie auch der klandestinen Gruppen schnell erschöpft, von einer Bezugnahme kann momentan kaum die Rede sein. Besonders wenn auf Stadtteilebene agiert wird, ist ein guter Informationsaustausch wichtig, wenn Verantwortliche – so wie in dem Gespräch vorgeschlagen – gestoppt werden sollen.

Auch die vorgebrachte Kritik gegen Bewegungsmanager betreffend, wissen wir echt wenig. Dachten wir im Sommer 2015 noch, dass sich im Kreuzberger Wrangelkiez was zusammenbraut, mussten wir recht schnell verwundert registrieren, dass die allgegenwärtigen Plakate und Transpis von „Bizim Kiez“ auch bei den Profiteuren und Mitverantwortlichen der Verdrängung hängen. (*2)

Es scheint ausreichend, kurze Zeit im Wrangelkiez zu wohnen und ausreichend Kohle zu haben um sich in einer Initiative zu beteiligen, die doch erhebliche

Ausstrahlung hat. Einigen der noblen Fressläden, die sich die Bizim Kiez Plakate ins Schaufenster hängen, hätten wir dieselben gerne eingeworfen, haben es aber unterlassen, weil wir zu wenige Infos über die Zusammenhänge haben.

Ob es einen Bruch entlang der Klassenfrage braucht, wie von den Protagonisten des Interviews vorgeschlagen, bezweifeln wir. Eine prekarierte Existenz führt nicht automatisch zum Widerstand sondern verschlingt viel Zeit für den Kampf ums Überleben. Verbündete im Kampf gegen die systemischen Unerträglichkeiten finden wir unter denen, die ähnliche Zustände wie wir unerträglich finden. Aufstände von Flüchtlingen finden fast ausschließlich außerhalb der Grenzen Deutschlands statt.

Landen bei uns nur die, die es hier erträglich finden? Warum besetzen sie in anderen EU Staaten Häuser und in Berlin nicht?

Der erhoffte Bruch kann nur an der individuellen Grenze der Erträglichkeit erfolgen, Kinder reicher Eltern fahren ohne Ticket in der Bahn und können ausrauten wenn sie Kontrolleure sehen. Arme Alkis und sogar Migranten arbeiten bei der BVG als Kontrolleure. Wir müssen jedes Identitäten - Konstrukt ablegen und stattdessen Situationen schaffen, in denen sich Menschen begegnen, weil sie die gleiche Feindschaft gegenüber diesem System teilen.

Der Widerstand gegen Gentrifizierung und Verdrängung steht noch ganz am Anfang. Erst in einigen Jahren wird die Wohnungspolitik in Berlin richtig auf die Stadtplaner zurück schlagen, die sich jetzt noch über jedes neue Luxusloft freuen aber irgendwann realisieren werden, dass sie auch Berlin in „heiße“ und „sensible“ Quartiere einteilen müssen, wie es schon lange in französischen Städten der Fall ist. (*3)



Die Zeit läuft für uns, klandestin und offen agierende Gruppen, die sich in einer stetig wachsenden Schicht von Menschen bewegen, die immer weiter bedrängt wird. Ob wir uns dabei vernetzen können, hängt zu einem guten Teil von unserer Bereitschaft für die kleinen, lästigen Zwischenschritte ab.

Autonome Gruppen

Das Mietenvolksbegehren ist gescheitert - Chance für Neues: Eine militante Analyse

Positionspapier zum gescheiterten sogenannten Berliner Mietenvolksbegehren.

Wenn wir eine andere Gesellschaft wollen, dann braucht es für einen revolutionären Angriff auf die Besitzverhältnisse in dieser Stadt den Willen, bewegungsbreite Vorschläge zu machen und auf den Weg zu bringen! Die müssen breiter diskutiert werden und in gesellschaftliche Mobilisierungen münden – mit einer Sprache die verstanden werden kann, die sozial anknüpft an die Realitäten der verschiedenen Ausgrenzten dieser Gesellschaft. Und es braucht auch alle Formen der militanten Aktionen gegen die Akteure der Verdrängung, der Zwangsräumungen, des Ausverkaufs der Stadt, der Rassisten, die Flüchtlinge und „Deutsche“ gegeneinander ausspielen wollen, gegen Polizei und Verwaltungen als politische Akteure



und Politiker, die immer wieder entlang von Unterschieden „Teile und Herrsche“ durchsetzen können. Nichts von dem werden die Reformisten angehen, das müssen wir schon selbst machen.

Bevor dieser Text in die Kritik einsteigt, wollen wir klarstellen: das Scheitern des Berliner Mietenvolksentscheides ist kein Anlass zur Häme. Wir, als radikale, außerparlamentarische, anarchistische Strömungen haben es in unserer Breite und Unterschiedlichkeit nicht vermocht, in der Frage der Mieten, der Eigentumsverhältnisse, der Verdrängung der Ärmsten anschlussfähige bewegungsdynamische Alternativen aufzuzeigen und anzugehen. Ob Zwangsräumung Verhindern, Stadtteilinitiativen autonome und anarchistische Gruppen bis hin zu Menschen, die die Nächte für sich zu nutzen wissen – wir haben in der letzten Zeit keine Ansätze gebündelt als Bewegungsperspektive vorschlagen können.

Insofern fällt das Scheitern des Mietenvolksentscheides auch auf uns zurück, obwohl viele von uns nun gar nichts mit ihm zu tun hatten oder haben wollten. Wir sind verzweifelt, und das meinen wir ernst, über einen Teil der radikalen Linken, die strohfeuermäßig

von einem zum anderen Event hastet, die sich in der Subkultur eingerichtet hat und nur dann Solidarität einfordert, wenn es einem ihrer Projekte an den Kragen geht. Wir sind verzweifelt über eine Linke, die zum Teil der Mittelschicht angehört und in Eigentum investiert, ihre Karriere und Identität pflegt wie andere eine Wellness-Kur und die auf die Ausgrenzung der Ärmsten pfeift, weil sie es kann.

Wir respektieren, dass andere Gruppen in anderen Kämpfen stecken, aber wir beklagen das Nebeneinander-Her verschiedener Ansätze, die oft bezugslos zueinander im Raum hängen.

Wir teilen nicht die Kritik, den Kampf gegen Gentrifizierung als Teilbereichskampf abzuwerten – es kommt immer noch auf die damit verbundene Perspektive an.

Die radikalen Teile der Mieter*innenbewegung, der Anti-Gentrifizierungsgruppen und alle, die diesen nahe stehen und sich punktuell mobilisieren lassen, sind Teil der Stagnation, der wir gleichermaßen gegenüberstehen.

Wir setzen in diesem Text die Kenntnisse um die innere Verfasstheit und allgemeine Kritik an dem Mietenvolksbegehren und seinem Scheitern insofern voraus, als dass wir uns auf die Kenntnisse vorangegangener kritischer Texte beziehen. Zum Beispiel auf der Webseite <http://wirbleibenalle.org/?p=2967>

Das Scheitern des Mietenvolksbegehrens hat basisorientierten Strukturen mehr deutlich gemacht als es den Akteuren des sogenannten KO-Kreises mit ihrem SPD-Kuschelkurs vielleicht bewusst war. Hier kann eine bunte, außerparlamentarische und radikale Mieter*innenbewegung kollektiv lernen.

Nun zeigt sich noch einmal deutlich die Grenze einer reformistischen Politik, wenn man nicht auf hierarchiefreie Strukturen achtet und Leute für sich sprechen lässt, die besser in Parteien aufgehoben sind als innerhalb einer außerparlamentarischen Bewegung. Basisstrukturen sind für einen Teil des „KO-Kreises“ ein taktisches Moment und die Verhandlungsmasse gegenüber den Politikern gewesen. Jene Politiker, die Verursacher von Verdrängungsprozessen sind, mit denen man sich bereitwillig an einen Tisch gesetzt hat, und irgendwelche Kompromisse ausdealte. Die dann noch nicht einmal Willens oder in der Lage waren, den Gegenstand dieses Deals ihrer Basis zu vermitteln. Stattdessen wurden nur rosarote Verklärungswolken rausgepustet.

Es ist unerlässlich, sich Zeit zu nehmen und dem Scheitern des Mietenvolksbegehrens ins Auge zu sehen. Kein

Vergnügen sicherlich, aber unerlässlich ist es, die Differenzen auszusprechen, um von der Verschiedenheit der Einschätzung zum Scheitern ehrliche Ausgangsbedingung zu schaffen: für perspektivische Diskussionen, gemeinsam und strömungsübergreifend.

Der Anfang des Scheiterns

Noch einmal im Schnelldurchgang die Ausgangslage. Ohne Mandat einer Basisstruktur, ohne Zustimmung des Aktivenrates des Mietenvolksbegehrens, ohne politische Legitimation und unter Ausblendung aller interner und externer geäußerten Kritik hat die „KO-Gruppe“ (Koordinierungsgruppe) sich ermächtigt, ein Abkommen mit der SPD zu schmieden. Intransparent. Ausgrenzend. Ein Lehrbeispiel ist die Entstehung des „KO-Kreises“: Mit dem Instinkt zu Machtpositionen manövrieren sich selbsternannte Anführer immer und immer wieder an die vermeintliche Spitze von Basisstrukturen, um diese dann für ihr Interesse zu funktionalisieren. Bewegung ist nur das taktische Moment, sich als Machtfaktor in Verhandlungen einbringen zu können und durch die Zusammenarbeit mit anderen machtgeübten Politikern schlussendlich emanzipative Bewegungen zu verraten. Zumal der politische Verrat umso einfacher fällt, als dass der Großteil des KO-Kreises niemals am Aufbau von sozialen Gruppen beteiligt war, sondern geneigt ist seine eigene Organisation zu vertreten. Sprich wie die Berliner IL als Teil des KO-Kreises, der man achtenswerter Weise zubilligen muss, dass sie ihr eigenes Handeln in einem Text selbstkritisch reflektiert und darin wohltuend alle taktischen Seifenblasen weg lässt. Ob sich aus der Selbstkritik auch soziale Organisationen ergeben, sei dahingestellt. Dafür müsste das politische Projekt einer sozialrevolutionären Perspektive verstanden werden.

Wir reden hier auch von Leuten, die tatsächliche Parteipolitik machen, wie die „Linke“, die in einer mietenpolitischen Bewegung nichts zu suchen haben. Sie gehören zu den Mitverursachern der Verdrängungspolitik in Berlin und versuchen seit einiger Zeit wieder Opposition zu spielen und sich außerparlamentarischen Ansätzen einerseits anzubiedern und andererseits zu benutzen. „Kotti & Co“, ebenfalls Teil des „KO-Kreises“, ist zwar am achtenswerten Aufbau sozialer Strukturen beteiligt, doch deren politische Köpfe verheddern sich immer wieder in dem Kuscheln mit der Macht oder undurchsichtigen taktischen Manövern. Mit dem Ziel sich Vorteile zu verschaffen – die es entweder nicht gibt oder auf Kosten anderer gemacht werden. Um so tragischer, weil Kotti & Co sich immer wieder auch zum Spielball von Teile und Herrsche der Politik macht, die letztendlich ihre eigene Arbeit konterkariert. Mit leeren Händen vor den eigenen Strukturen aus einer Verhandlung wiederzukommen ist kein Vergnügen. Abgespeist mit Brotsamen einer neoliberalen SPD, einer Partei, deren machtpolitisches Befrieden, Zersetzen, Zerstören, Kriminalisieren, Einkauf und Einbinden von sozialen Kämpfen ein geübtes Alltagsgeschäft seit ihres Bestehens ist. Wie

schaffen es diese Politiker – als Schimpfwort verwendet – sich immer wieder als Interessenvertreter von sozialen Belangen verkaufen zu können? Als gäbe es kein Hartz IV, keine Verdrängung, kein Ausverkauf der Stadt unter ihrer Verantwortung.

Dass dann aus dem „KO-Kreis“ kommt „Der Kampf geht weiter“, ist das Pfeifen im Wald. Und dass uns dann verantwortliche Akteure „Scheiße als Gold“ bzw. den Kompromiss mit der Politik als Erfolg verkaufen wollen, ist ein Trauerspiel. Schlimmer noch sind jene Leute, die der eigenen Propaganda und Schönfärberei aufsitzen. Kritik perlt einfach ab. Und man war schon immer geübt. Grundsätzliche Kritik an dem Mietenvolksbegehren hatten jene Leute eh schon seit längerem ignoriert.

Es sei noch mal der Form halber erwähnt: Wenn nicht gerade das Scheitern als Sieg verkauft wird, herrscht Schweigen. Niemand übernimmt die Verantwortung, niemand erklärt den Leuten, warum es keinen Mietenvolksentscheid gibt. Das Desaster ist so heftig, dass ausgerechnet ein Aufarbeiten nur durch Unterstützung von Außen möglich ist, ausgerechnet von uns als größte Kritiker*innen des Mietenvolksentscheids. Weil wir uns in der Verantwortung sehen für einen Kampf, der verschiedenen Strömung mitzudenken versucht.

Wie auch immer: Die Verhandlungsführer haben sich politisch in ihrer Glaubwürdigkeit diskreditiert. Für sie steht eine „Resozialisierung“ im Sinne von Zurückfinden zu gemeinschaftlichen und solidarischen Umgangsweisen miteinander an. Und das heisst auch, seine eigene Bedeutung runter zu schrauben. Das heisst auch, Kritik von anderen erfahrenen Kämpfer*innen anzunehmen – auch wenn diese politisch vielleicht woanders stehen. (Diese Position gilt nicht für Parteifuzzies – sie haben keinen Platz in einer außerparlamentarischen Bewegung – außer der Zuarbeit von Informationen auf Anfragen in unserem Sinne.)

Der Wunsch nach Anerkennung durch Machtpolitiker ist nur die andere Seite ein und derselben Medaille von taktischer Macht- und Realpolitik. Soziale Kämpfe sind für eben diese selbsternannten Sprecher und Bewegungmanager*innen nur die Projektionsflächen.



Vielfach geht es Machtpolitikern eher darum, Bewegung zu steuern, in eigenem Interesse zu funktionalisieren und zu instrumentalisieren anstatt ein Teil dieser Bewegung zu sein. Auch nicht selten betrieben mit dem Ziel, die eigene Karriere vorwärts zu bringen, einen Job an der Spitze der Bewegung zu ergattern oder sich schlicht wichtig zu fühlen. Nicht als von Anfang an gefasster Vorsatz, doch aber angelegt in der Politikform und dem eigenen Lebenskonzept, aus dem heraus sich der Wechsel zum Beispiel von der Antifa in die Linkspartei logisch, zwangsläufig, organisch und gerne ergibt. Das ist dann bekanntlich nicht der Bruch mit der vorherigen Position, sondern die konsequente Weiterentwicklung derselben.



Weitere Gründe des Verhandeln mit den Verursachern der Mietmisere sind nicht nur taktische Vorsätze, sondern auch Naivität. Auch Eitelkeiten gehören dazu und, spitzen wir es subjektiv und hart zu; männliche Selbstverliebtheit. Wer sich in eine Position hineingearbeitet hat, in dem andere zu einem Aufschauen – mit der damit zusammenhängende Zurschaustellung von vermeintlicher Wichtigkeit, das geile Gefühl der Aufwertung durch die entsprechenden Gesprächspartner, die auch ihrerseits glauben, Macht zu „haben“ – dem pinselt das den Bauch. Um das patriarchale Moment des Handelns auf den Punkt zu bringen: Mann ist voll betört von sich und voneinander. Kritik perlt deshalb an einem ab, denn sie geht an das Selbstbild. Es mag wie Polemik erscheinen, einen politischen Vorgang zu beschreiben als hänge das Scheitern des Mietenvolksbegehrens auch mit patriarchalen Strukturen zusammen. Doch bei aller Zuspitzung zu glauben, der „KO-Kreis“ sei darüber erhaben, ist ein Trugschluss, mit dem aufgeräumt werden muss. Manche Handlungsabsichten sind manchmal weit profaner als wir denken. Weil man dem Machtdenken sehr nah ist und glaubt die Gegenseite besser über den Tisch ziehen können, weil patriarchale Strukturen unhinterfragt reproduziert werden können, begibt man sich überhaupt erst in eine Diskurs mit den Verursacher*innen der Mietmisere. Gut gemeinte, sorgenvolle Kritik schießt man dann noch leichter in den Wind.

Von Herrschenden sich anerkannt zu fühlen macht der eigenen Potenz ein großes Gefühl und ist mehr Motor des Handelns als manchen von uns manchmal lieb ist. Denn ebenso wie Parteipolitik und taktisches Kalkül gegenüber sozialen Bewegungen muss auch der patriarchale Charakter der Strukturen wenigstens eine Benennung finden. Sonst können wir die zukünftigen KO-Kreise – die Namen wechseln, das Muster bleibt – nicht wirkungsvoll identifizieren, entmachten und rechtzeitig in gemeinschaftliches Handeln zurück zwingen, wenn es eine Verselbständigung gegeben hat,

die eine Korrektur im laufenden Prozess braucht – wie geschehen innerhalb der Struktur zum Mietenvolksentscheid. Denn wir brauchen egalitäre Strukturen, aus denen heraus gemeinschaftlich gehandelt wird. Nur der wirkliche Konsens erlaubt auch öffentliche Sprechpositionen und ermächtigt zur Entscheidung, ob es überhaupt etwas zu verhandeln gibt; und wenn ja was, und wie das dann gegebenenfalls organisiert wird. Wir setzen die Bedingungen der Verhandlungen –

nicht die Gegenseite mit ihren Sachzwängen, welche nicht unsere sind, wenn wir sie nicht zu unseren machen, nicht ihre Herrschaftslogik, in der sie zu handeln gewohnt sind, die legitimierte Sprecher, „Anführer“, sucht, die was zu sagen haben. Patriarchale Strukturen unterminieren, zersetzen und zerstören soziale, emanzipative Basisbewegungen.

Die Gockel haben Namen

Wir verzichten darauf, sie hier auszuschreiben. Aber sie sind identifizierbar.

„Mediaspree versenken“ wurde maßgeblich von einem Menschen als Bewegung verkauft und politisch versenkt. Er versuchte alles Wissen auf sich zu konzentrieren, um dadurch selektive Politik betreiben zu können. Radikale und außerparlamentarische Ansätze hat er nur deshalb so gut ausbremsen können weil er a) sich Wissensvorsprünge organisierte, b) sich an strategisch wichtige Stellen platzierte, die Machtkonzentrationen erlaubten und c) weil radikale und außerparlamentarische Menschen ihrem eigenen Liberalismus erlagen und sich nicht traute, ihn aus den Strukturen – politisch begründet – zu schmeißen. Dass er Gelder der Bewegung veruntreute und sich vom politischen Gegner finanzieren ließ, ist da nur noch eine Fußnote wert. Runde Tische, Kugeln mit der Politik – besser bekannt auch als „Mitmachfalle“ – selbsternannte Sprecher – immer dieselben Muster. In diesem Fall ohne KO-Kreis.

Stopp 100, angeführt von einem anderen Mann, der keinen anderen Hahn neben sich duldet, sprang ebenfalls süchtig jedes Mikrofon an. Ihnen gemein ist; Bewegung und Widerstand zu simulieren. Widerstand darf niemals echt sein.

Noch so ein Kunde sitzt im Ko-Kreis. Nur sich selber verpflichtet und seinem Ego, ohne Anteil an den Aufbau sozialer Strukturen, sondern immer Nutznießer der Arbeit anderer. Er trötete dann auch die Erfolgsmeldung der Verhandlungsergebnisse heraus – jenseits jeder Realität. Und setzt sich auch gerne an jeden strategischen Punkt, der ihm die Kontrolle über die Verhandlungen erlaubt – in seinem Sinne.

Ein anderer aus diesem Kreis übte sich seit Jahrzehnten im Umgang mit der Macht, schrieb an der

Vorlage zum Mietenentscheid kräftig mit, führte die Verhandlungen und sorgte anschließend dafür, dass Ergebnisse anschließend vernebelt wurden. Die Belohnung folgte auf dem Fuße. Jetzt hat er den Posten des Geschäftsführers einer auf der Woge des Mietengesetzes neu gegründeten Anstalt erhalten.

Das sind Typen, die identifizierbar sind, die benannt gehören, auf die wir verzichten werden.

Noch einmal schauen wir nicht zu, wie sich selbsternannte Sprecher in „KO-Kreise“ manövrieren und Bewegung verarschen. Solche Leute müssen sich verantworten. In öffentlichen und transparenten Diskussionen.

Nehmen wir aber neben oben genannter Kritik an, dass es im „KO-Kreis“ auch Leute gab, die überwiegend von dem Wunsch beseelt waren für die „Mieter*innen“ oder auch eine diffuse Bewegung das Beste herauszuholen, gehen wir also von dieser positiven Annahme aus, dann müssen wir uns der Gerechtigkeit halber einen weiteren Aspekt anschauen: Die Einbildung, man sei ein Gesprächspartner auf gleicher Augenhöhe, entspringt sowohl einer Naivität als auch einem Wunschdenken. In dieser Haltung liegt auch eine gewisse Arroganz explizit gegenüber Basisstrukturen, die bekanntlich ein Verhandlungsmandat nicht erteilt haben. Völlig ungeübt im Umgang mit Machtstrukturen (oder diese ausblendend), weil man dann gar nicht in ein Diskursverhältnis hätte treten dürfen, hat man sich mit dieser SPD-Riege eingelassen. Und ihr alleine dadurch schon Legitimität verschafft.

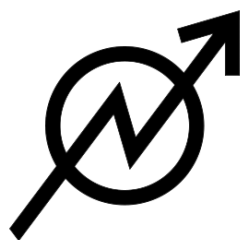
Die größte Tragik des Scheiterns des Mietenvolkbegehrens liegt nicht in seinem eigentlichen Scheitern. Denn gescheitert ist der Mietenvolkentscheid schon mit dem Entschluss, ihn auf den Weg zu bringen. Frühzeitige Kritik wurde nicht nur systematisch ausgeblendet und ausgegrenzt. Der Mietenvolkentscheid konnte auch nie das einlösen, was mit 100% Tempelhof eindeutig und klar eingelöst werden konnte. Natürlich ist die Versuchung groß, nach dem temporären Sieg gegen den Senat in Bezug auf das Tempelhofer Feld dies auch auf die Mietenfrage zu übertragen. Das ist legitim, Reformismus hin oder her. Doch der Mietenvolkentscheid suggerierte so etwas wie eine Entscheidungsschlacht an der Mietenfrage, die er inhaltlich nie auszufüllen in der Lage war. Als ginge es beispielsweise um „100 % sozial“ oder „100% bezahlbare Mieten“. Realpolitisch musste die Fraktion der Volksentscheidbefürworter*innen schon im Entwurf so viele Zugeständnisse machen, dass er dadurch auch für viele wichtige aktive Gruppen ohne Relevanz war. In geradezu missionierender Weise sammelten einige Menschen trotzdem Unterschriften, dass man sich nur wundern konnte. Das hatte mit der Suche nach Hoffnung zu tun, dem Wunsch wirklich etwas zu tun. Doch hier haben eben jene, die den Mietenvolkentscheid durchsetzen

wollten, nie klar Tacheles geredet. Es wurde nicht deutlich gemacht, dass die Hoffnungen der Leute nicht mit den realen Möglichkeiten übereinstimmen.

Einige von uns lehnten den Mietenvolkentscheid rundweg ab, doch andere, die auch keine Befürworter*innen eines Mietenvolkentscheides waren, schien er wenigstens ein Instrument, um die Frage der Mieten zu politisieren – wenn es denn eine Kampagne gegeben hätte. Und wenn nicht der gewonnene Volksentscheid das Ziel gewesen wäre, sondern die Kämpfe, die sich diesen Entscheid zum Anlass nehmen. Aber das konnte deshalb nicht funktionieren, weil der Entscheid nur eine Zuspitzung kennt: gewinnen oder verlieren.

Die Mietfrage kann nur durch den außerparlamentarischen Druck auf der Straße entschieden werden, und es geht – wenn überhaupt – immer nur Millimeter für Millimeter vorwärts. Dass die Politik nun „bezahlbare“ Wohnungen baut, also ab 6,50€ den Quadratmeter aufwärts, damit aber weiterhin über 500.000 Menschen ausgrenzt, die 4-5€ pro qm bräuchten, hat mit unserem langjährigen Widerstand zu tun – auch wenn dies nie eingestanden wird. Wir haben mehr Grund zum Selbstvertrauen als es scheint. Doch umringt von Neubauten mit Eigentumswohnungen und Luxuslofts sind wir trotz der Millimetererfolge in der Defensive. Weil die Mietenbewegung sich letztlich nicht an die Eigentumsfrage und Besitzverhältnisse heranwagt, dem großen „Klops“ gegenüber hilflos dasteht, oder nur vereinzelt Ansatzpunkte sucht, ihr jeweiliges Projekt für zentraler als andere hält – aber eine Ausweitung auf brauchbare Ansätze, die wir ausprobieren sollten, nicht breiter diskutiert werden.

Wenn letztlich die Mietfrage eine Frage der Besitzverhältnisse ist, kann ein Mietenentscheid nicht daran rühren. Er hätte höchstens ein Frage, ein Objekt ins Visier nehmen können, ein Kröte, die für SPD und CDU entweder zu groß zum Schlucken ist; oder, wenn man es für taktisch richtig findet, die so klein aufgestellt ist, das Aussicht auf Erfolg besteht. Oder besser gesagt



ein Erfolgchen, ein Kampf unter vielen, zu denen auch die militanten Angriffe auf Eigentumswohnungen gehören. Aber der Gegner ist politisch stark, die Eigentumsverhältnisse lassen sich über einen Volksentscheid gar nicht zum Thema machen. Doch man wollte selber glauben, dass man in der Lage ist, mit dem Mietenvolkentscheid einen echten Entscheid herbeizuführen. Also konnte man die ganzen von Hoffnung beseelten Aktiven für den Volksentscheid auch nicht enttäuschen. Irgendwann war der Zug dann auch abgefahren; weil man auch den eigenen Prophezeiungen glaubte und diese nie korrigierte. Der Mietenvolkentscheid gibt inhaltlich soviel her wie der Milieuschutz. Nichts als äußere Etiketten. Wohlklingende Namen, die nicht das halten was sie versprechen: Sozialdemokratische Verarsche

der Ärmsten dieser Stadt. Hier wurde von Bewegungsmanagern und Machtpolitiker*innen Hoffnung verkauft. Und dies bis zum bitteren Ende. Und die Betroffenen sind jene Menschen, die sich mit viel Hoffnung auf diese Projekt stürzten, deren Kritik und vorsichtige Anmerkungen gegen jene Verführer nicht durchdringen konnten. Und da liegt die eigentliche Tragik – nicht im Scheitern der Mietenvolksbegehrens alleine, sondern in der irrsinnigen Hoffnung, man käme ohne außerparlamentarischen Widerstand auch nur einen Schritt weiter. Die Menschen, die eigenen sozialen Strukturen gehören zu den unmittelbar Betroffenen. Und dies ist der Kern dessen, was die bittere Lektion ist, die sich aus dem Scheitern ergibt für jene engagierten Menschen und jetzt erst einmal verdaut werden muss.

Was können wir lernen ?

An uns ist es deutlich zu machen, das es keine selbsternannten Bewegungsmanager und Sprecher*innen mehr geben darf. Nur das breite Mandat einer Bewegung oder der Gruppe legitimiert überhaupt zu einem solchen Schritt.

Die zweite Lektion ist; Wenn ein Mandat nicht erteilt wird, aber sich Menschen darüber erheben und in Verhandlungen treten, betreiben sie einen Ausverkauf der Bewegung. Diese Menschen sind öffentlich und namentlich zu benennen und haben in emanzipativen Strukturen nichts mehr zu suchen.

Die dritte Lektion, mit Dank an die neoliberalen Parteisoldaten von der SPD: ohne außerparlamentarischen Widerstand wird es keine nennenswerte Bewegung mehr an der Mietfrage geben. Die Stadt ist als Standort zum Ausverkauf frei gegeben worden. Für ungefähr ein Drittel der Bevölkerung gelten kaum bis gar keine sozialen Kriterien mehr. Seit mehr als zehn Jahren wurde für ein Drittel der Bevölkerung keine einzige Wohnung mehr gebaut, das heißt dieses eine Drittel hat keinerlei Grund mehr, sich irgendwas von Seiten der politisch gewählten Vertreter zu erhoffen. Dieses Drittel wird sich dieses Recht, in der Stadt wohnen zu bleiben nehmen müssen. Mit all den Konsequenzen, die einen solchen Kampf erforderlich macht. Oder wir leben unter Brücken, in Parks, eng zusammengepfercht am Rand der Stadt, in Containerdörfern oder in Landstrichen, in denen niemand sonst leben will.

Die vierte Lektion ist, dass ein solcher Widerstand auf möglichst breite Grundlagen gestellt werden muss, denn die Heftigkeit der Repression, die den Widerstand zu brechen versucht (Beispiel Räumung Lausitzer Strasse, Angriff auf Rosemarie-Demo, Hetzkampagnen gegen militante Aktionen, A100 Bau durch die Stadt, uferlose Bewilligung von Neubau fast ausschließlich für Eigentumswohnungen) ist ein Faktor, dem sich nur eine breite Basisorganisation entgegenstellen kann, einer Organisation, die nicht subkulturell aufgestellt ist, sondern entlang der Armutsfrage handelt. Und so-



mit auch Geflüchtete einschließt. Wie kann ein Kampf gekoppelt werden, der Flüchtlinge und Arme zusammenbringt? Gerade im Schatten von Pegida eine Herausforderung die Antworten sucht.

Die fünfte Lektion richtet sich eindeutig an die Strömungen, die das Scheitern des Mietenvolksbegehrens schon früh erkannt haben, aber geschwiegen haben, um einen Konsens nicht zu stören, der ein Nebeneinander verschiedener Ansätze gewähren lässt, weil man (vermeintlich) selber auch keine weiter führenden Ideen anzubieten hat. Diese Lektion richtet sich an eine radikale Szene, die nur punktuell interveniert und keine bis wenig politische Verantwortung für die Gesamtsituation übernimmt. Viele werden sich den Schuh jetzt nicht anziehen, weil man sich nicht zuständig fühlt. Eben darin liegt das Problem. Wenn wir in diesem Text austeilen in Richtung Kotti, IL und andere Gruppen, dann möchten wir auch so ehrlich sein und unsere Verärgerung in Richtung identitärer, subkultureller, linksradikaler Gruppen loswerden. Ansätze zur Diskussion z.B. am sozialrevolutionären Stadtentwicklungsprogramm wurden wenig bis gar nicht genutzt. Die soziale Frage ist eine, die militant und sozialrevolutionär zu besetzen ist, durch eine Praxis in den Stadtteilen, durch Angebote und Anlaufpunkte, durch Verankerung in dem ausgegrenzten einen Drittel Berlin, in sogenannte Kufas – die sich zu Anlauf- und Organisierungspunkten des ausgegrenzten Drittels entwickeln müssen. Was sonst ist Widerstand, als die Brüche in der Gesellschaft zu erkennen und Optionen praktisch werden zu lassen, die Hoffnung beinhalten und sei es nur durch die Erfahrung von Solidarität. Solidarität ist der erste Schritt zum Durchbrechen der Vereinzelung und zum gemeinsamen Handeln. Dem Blendwerk des Mietenvolksbegehrens ist keine Alternative entgegengesetzt worden. Die Kritik am Mietenvolksbegehren fällt auch auf uns zurück. Und vielleicht würden sich die reformistischen Kräfte auch eine Entlastung wünschen, wenn wir Akzente setzen, die auch in dieser Breite für sie anschlussfähig sind.

Das Scheitern des Mietenvolksbegehrens ist in unseren Augen eine richtige Chance für alle. Wir sind nur gescheitert, wenn wir aus den Fehlern nicht bereit sind zu lernen. Im Moment bietet sich die Chance, nochmal

einen gemeinsamen Start hin zulegen: Wenn wir eine Verständigungsform finden a) unsere Unterschiedlichkeiten respektieren b) eingedenk der Unterschiedlichkeiten an politischen Überschneidungen ansetzen, die uns verbinden könnten um dann c) uns auf einige gemeinsame zentrale Schritte zu verständigen, welche d) unterschiedlich bearbeitet werden, um bis e) zu den Wahlen im September – alle Parteien an der Mietfrage und der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen vor uns her treiben – dann haben wir das aktuelle Vakuum richtig genutzt. Das darf sich dann auch gerne „Frühjahrsoffensive“ nennen.

Wenn aber Frühjahrsoffensive heißt, im Sinne der selbsternannten Sprecher des Mietenvolksbegehren eine Konferenz zu veranstalten, die da proklamiert „Der Kampf geht weiter!“ dann sind wir nicht dabei. Wenn aus den Fehlern nicht gelernt wird, die hinlänglich bekannt und auch weniger hart formuliert wurden, wie dieser Text, dann fehlt jede Grundlage zusammenzukommen. Wir aber erwarten den Willen sich zusammen darüber zu verständigen, wo wir gemeinsam ansetzen können, wie egalitäre Strukturen aufgebaut werden können, in denen alle Unterschiede Platz haben. Wenn es eine Konferenz gibt, dann bestehen wir darauf, dass daran keine Parteien teilnehmen, dass auf eine Labelpolitik verzichtet wird, die nur die eigene Organisation stärken will und soziale Bewegung anführen will. Dominanzen, taktische Verhältnisse untereinander, funktionale Verhältnisse zerstören

Dokumentation:

(B) Erklärung zum Angriff auf die Flottwellstraße

Unser Angriff auf die Flottwellstraße in der Nacht zum 6. Februar hätte sich von selbst erklären können, wenn nicht rechtzeitig vor dem Beginn der Demonstration „Rebellische Kieze verteidigen“ ein gefaktes Bekenner_innenschreiben in eindeutiger Bestimmung der Counterinsurgency aufgetaucht wäre, dessen schwach-sinnige Formulierung die in Schöneberg agierenden Gruppen als idiotische Trotteln diffamieren sollte. Dank „investigativem Journalismus“ in allen Medien verbreitet war dieser Text zur Desinformation geeignet.

Bezug nehmen wir mit dem Verbrennen überflüssiger Luxusautos, der Zerstörung einer Überwachungskamera und dem Einwerfen der Schaufenster auf den Aufruf Autonomer Gruppen vom 21. Januar, einen Sachschaden von 1 Millionen Euro für jeden Angriff auf Projekte in Berlin zu stiften.

Getroffen haben wir die Flottwellstraße im Zusammenhang langfristiger Überlegungen zum Problem der Wohnraumverknappung für einkommenschwache

politisches Bündnis und Vertrauen um zusammen zu kommen.

Wenn eine Frühjahrskonferenz nur neuer Wein in alten Schläuchen ist, werden wir das auch so benennen. Ein solcher Ansatz wäre dann für eine außerparlamentarische Bewegung irrelevant und im Ansatz gescheitert. Wird aber früh der Raum in alle Richtungen der Bewegung aufgemacht, haben wir die reale Chance die defensive Situation noch vor den Wahlen fundamental zu wenden. Da wollen wir hin. In diesem Fall erwarten wir, dass sich der radikale Teil der Bewegung ebenfalls einlässt.

Der Mietenvolksentscheid ist gescheitert. Zum Glück frühzeitig genug. Wir betrachten das Scheitern als weniger dramatisch als es scheint. Wenn wir bereit sind aus den Fehlern zu lernen und uns gemeinsam neu aufzustellen haben wir eine echte Chance, hier was zu bewegen. Uns und andere.

Einige MietaktivistInnen

Dieser Beitrag ist ein weiterer Beitrag in der Eröffnung der Debattenreihe auf wirbleibenalle.org. Wir sind offen für alle Themen- und Artikelvorschläge und weitere Positionen zum Mietenvolksentscheid. Schreibt uns, nur dann kann die Diskussion richtig beginnen. – Kontakt: kontakt@wirbleibenalle.org

Schichten. In dieser beschissenen Stadt geht es nur noch um Aufwertung und Geld. Wer in diese Logik nicht hinein passt, wird entweder abgerissen oder auf die Straße geschmissen. Wir sind es Leid, tagtäglich zusehen zu müssen, wie Menschen zwangsgeräumt, Obdachlose und Junkies vom öffentlichen Straßenbild vertrieben und Menschen die nicht genügend Kohle haben in die Knäste gesteckt werden.



In dieser Stadt wird ein Luxusloft nach dem anderen hochgezogen und es ziehen Menschen dort ein, die sich anscheinend kein bisschen mit ihrem Wohnumfeld auseinander gesetzt haben. Anders ist ihr egoistisches Verhalten nicht zu erklären. Sie leben in Ihrer Eigentumsblase, welche letzte Nacht ansatzweise zerstört wurde. Wegnahme und Zerstörung von Eigentum wird in diesem Land hart bestraft und tun jenen Weh, die die kapitalistische Logik verinnerlicht haben.

Wie nun mehrmals in den letzten Jahren erwähnt wurde, steckt hinter der Aufwertung dieser Stadt politisches Kalkül. Gerade jene Kieze die eine soziale Struktur haben, sollen zerstört und die Menschen wie der Rest der Gesellschaft vereinzelt werden. Beispiele hierfür sind Schöneberg, Neukölln und wie in den letzten Wochen offengelegt auch der Nordkiez in Friedrichshain. Dort soll durch Mietenexplosion schnell und sauber verdrängt werden.

Der Überfall auf die Hausprojekte in Friedrichshain und der Terror gegen die dort verkehrenden Menschen hat uns zunächst auf dem falschen Fuß erwischt, drängten sich doch in letzter Zeit eher Überlegungen

auf, in den Krieg gegen Flüchtlinge, der von Behörden und Nazis Hand in Hand geführt wird, zu intervenieren. Wir können nicht überall gleichzeitig und zeitnah eingreifen, die Aggression gegen autonome Räume und die Nachbarschaften, in denen diese verankert sind, bieten uns aber neue Allianzen und Optionen an, die auch genutzt werden. Die Demonstration in Friedrichshain war Teil davon, die abendliche Sponti in Neukölln auch. Unterschiedliche Akteure, verschiedene Aktionsformen – das selbe Ziel.

Unsere Gewalt bleibt dabei immer noch dosiert, auf den Flaschenbewurf durch die Pioniere der sozialen Auslese von den Balkonen in der Flottwellstraße haben wir nicht mit Steinen in ihre Wohnungen geantwortet.

Wer an der Repressionsschraube dreht, bohrt sie sich nur selbst ins eigene Fleisch, daran sollten diejenigen denken, die an einer Räumung der Friedel 54 und des M99 arbeiten.

Kommando Klaus Jürgen Rattay

Dezentrale Konzepte in Henkels Vietnam

Fünf Jahre sind seit der Räumung der Liebig 14 vergangen, vom damals erprobten dezentralen Konzept ist nicht viel übrig geblieben. Trotzdem glaubt Innensenator Henkel erklären zu müssen, dass Friedrichshain nicht zu seinem Vietnam werde. Was ist seither geschehen?

2. Februar 2011, auf die Räumung der Liebig 14 reagieren autonome Zusammenhänge mit einem dezentralen Aktionskonzept. Der Termin war angekündigt worden und absehbar war auch, dass sich Menschen in dem Haus verbarrikadieren würden und der Widerstand direkt davor auf ein überlegenes Polizeiaufgebot treffen würde. Mehrere Aufrufe bewarben ein dezentrales Vorgehen, um einerseits die Bullenkräfte zu zerstreuen und auch durch einen hohen Sachschaden den politischen Preis für Häuserräumungen in die Höhe zu treiben.

In der Nacht vor dem Räumungstermin ging's los, an vielen Stellen in Berlin brannten Autos und splitterten Scheiben. Zwischendurch gab es kleinere Auseinandersetzungen in der Umgebung der Liebigstraße, dann folgte abends eine größere Demonstration, die sich nach Steinwürfen wieder in dezentralen Aktionen auflöste und die Bullen noch weitere Tage vorführte.

RBB Abendschau vom 03.02.2011

Soweit sie bekannt wurden, sahen alle Auswertungen aus dem linksradikalen Spektrum dieses Vorgehen als Erfolg und auch die Gegenseite musste ihre Unfähig-

keit, diese Widerstandsform zu verhindern, einräumen. Die abgesagte Räumung des Schokoladens wenig später dürfte auf die Angst vor ähnlichen Störungen zurück zu führen sein.



Im Februar 2013 wurde bei der Zwangsräumung der Familie Gülbol in der Lausitzer Straße in Kreuzberg von mehreren Hundert Menschen versucht, den Einsatz der Cops direkt vor Ort zu stop-

pen. Andere setzten auch wieder auf das dezentrale Konzept, woran sich zwar nicht mehr so viele Zusammenhänge, wie zwei Jahre zuvor, beteiligten, jedoch war der politische Preis für die Autoritäten hoch und durch überdehnte Raumschutzmaßnahmen der Polizei entstanden Handlungsspielräume.

Die Belagerung des gleichen Teils von Kreuzberg im Juni 2014, mit der die Polizei eine Räumung der GHS in der Ohlauer Straße erreichen wollte, ging für Senat und Bezirk nach hinten los. Zwar hielten sich viele Menschen tagelang vor den Absperrungen auf und erlebten Ohnmachtsgefühle, andererseits entwickelten sich immer wieder dynamische Situationen und dezentral agierende Gruppen verursachten Rauchsäulen und Scherben.

13. Januar 2016, „Operation Maddox“ in der Rigaer Straße

Wenn wir die weiteren Entwicklungen und Stellungnahmen aus der Berliner Polizeiführung und des Innen-

senators kritisch hinterfragen, sieht es so aus, als ob der Kontaktbereichsbeamte, der an jenem Tag am Dorfplatz vergeblich versuchte Personen festzuhalten, ungefähr die Rolle spielte, die der US-Zerstörer Maddox am 2. und 4. August 1964 im Golf von Tonking hatte, nämlich einen Angriff provozieren oder erfinden, wenn dieser nicht erfolgt. Für die Herrschenden ist es zur Legitimierung immer wichtig, wenn sie aus einer eindeutig überlegenen Position einen deutlich unterlegenen Gegner angreifen, ihre Untertanen, an deren Verlässlichkeit sie zweifeln, von einer Notwehrhandlung zu überzeugen.

Der US-Zerstörer Maddox wurde nicht im Golf von Tonking angegriffen, wie Jahre später auch Regierungsstellen einräumten. Der Vietnamkrieg wurde trotzdem mit dieser Begründung gestartet.

Der Kontaktbereichsbeamte in Friedrichshain wurde auch nicht verletzt, für den folgenden Sturm der 500 Bullen auf die Rigaer 94 reichte die Behauptung aus.

Was das miteinander zu tun hat?

Eigentlich wenig, wenn nicht Innensenator Henkel versichert hätte, die „Rigaer Straße ist nicht mein Vietnam!“

Losgelöst von der Realität und unter einem militärischen Blickwinkel erklärte der Innensenator im Abgeordnetenhaus: „Lieber ein paar Beamte mehr einsetzen als am Ende die Kontrolle über die Lage zu verlieren“. Polizeipräsident Kandt und er seien sich einig, dass man sich nicht wieder auf Straßenschlachten mit der linksradikalen Szene einlassen wolle.

In dieser Eskalationsbereitschaft findet sich nicht die exzentrische Sicht von Henkel oder den Polizeigewerkschaften, sie spiegelt lediglich den aktuellen Stand in der Aufstandsbekämpfung der EU wieder.

Was sich die Bürokratie unserer Sicherheitsgesellschaft für Schweinereien ausgedacht hat und als Einsatzpläne auf dem Dienstweg durchreicht, wissen wir nicht, lesen aber die Unsicherheit in den Phrasen von Henkel und Kandt, ob ihnen das ganze nicht doch noch um die Ohren fliegen kann.

Aus Solidarität war es sicherlich gut, dass am Abend des 13. Januar Menschen an den Absperrungen in der Rigaer Straße standen, viel mehr als Ohnmacht blieb ihnen aber nicht übrig und wäre nicht jetzt oder in den folgenden Tagen und Nächten ein dezentrales Konzept angebracht gewesen? Sei es, um die Bullenkräfte bei ihrem Ausnahmezustands-Manöver im Friedrichshainer Nordkiez zu überspannen oder um einen politischen Rechtfertigungsdruck auf die Entscheidungsträger zu entwickeln?

Indes passierte nicht so viel, zu mehr als einer Aktion pro Nacht konnten sich die Kleingruppenstrukturen dieser Stadt nicht bewegen.

Gab es Zweifel an der politischen Bestimmung dezentraler Aktionen?

Die politischen Entscheidungsträger und ihre ausführenden Organe sind dazu verdammt jeden Einsatz später als Erfolg darstellen zu können. Ein Motiv ihrer Handlungen ist die Notwendigkeit, sich ihren Wähler*innen als geeignete Vollstrecker eines Mehrheitswillens anzubieten. Dieser Mehrheitswille könnte schwanken und Innensenator und Polizeipräsident können ungeeignet erscheinen, wenn ihr Vorgehen hohe Sachschäden verursacht; sie könnten vernünftiger abwägen, ob die von ihnen beherrschte Stadt einen Raum wie die Liebig 14, den M99, die Friedel 54, die Köpi, etc. ertragen kann oder nicht.

Das sture Beharren auf dem Eigentumsrecht des Suitbert Beulker (Besitzer der L14) in Bezug auf die Liebig 14 hat vor fünf Jahren nicht eben zur Popularität des damaligen Innensensors Körting und Pol.Präs. Glietsch beigetragen.

Polizeiliche Mobilisierungen gegen Projekte waren schon immer von medialem Getöse begleitet, in den 80ern wurde die Hafestraße in Hamburg als Zentrale der RAF bezeichnet, die Wagenburgen in den 90ern wurden mit der Begründung der Seuchengefahr geräumt, Squats galten früher als Fluchtburgen der Kriminellen und meistens muss, fast wie in Vietnam, die Bevölkerung befreit werden, im Görli von dealenden Geflüchteten und zur Rigaer behauptet Jan Stöß (SPD): „Die Menschen im Kiez haben von dieser Hobbyguerilla die Nase voll.“

Gab es Zweifel an der taktischen Bestimmung dezentraler Aktionen?

Menschen sind empört über das Machtgebaren einer Institution und begeben sich zum Tatort. Dort stehen sie einem zahlenmäßig überlegenen Gegner gegenüber, wer pöbelt oder eine Maßnahme stört, wird festgenommen. Je mehr Wannen den eigentlichen Einsatz verlassen müssen, um zu anderen Brennpunkten zu eilen, desto geringer wird der Druck zum Beispiel auf die Rigaer 94 oder GHS. Dort, wo die Polizeiführung immer mehr Reserven in den Einsatz schickt, um einen Punkt zu kontrollieren, entstehen an anderen Orten Lücken, die Präsenz nimmt ab und Randalierer*innen, Schmierer*innen oder Einbrecher*innen können ihrem Handwerk nachgehen.

Wir müssen uns die Polizeidichte in Berlin wie eine Decke vorstellen, wird sie gefaltet, um an einer Stelle besonders gut zu wärmen, liegt die Stadt woanders frei.

Mit seinen Forderungen nach immer neuen Sonderkommissionen und dem Abzug der Bullen vom Görli, um in der Rigaer eingesetzt zu werden, hat sich ein gewisser Tom Schreiber bereits als unser strategischer Freund beworben. In den Vietcong-Bunkern Friedrichshains werden die Sektkorken knallen, falls dieser Gimpel

das Amt des Innensensors übernimmt.

Das eine militärische Denkweise in der Innenpolitik vorhanden ist, beweist das Gerede im Abgeordnetenhaus von Vietnam oder nicht Vietnam in der Rigaer Straße. Wo der Staat einen inneren Konflikt mit einer Vermischung von polizeilichem und militärtaktischem Vorgehen bereinigen will, dürfen wir dieser Eskalationsstufe nicht folgen. Sicher, wenn sich viele Menschen auf eine direkte Konfrontation einlassen wollen, sind weder Blockaden noch Strassenschlachten abzulehnen, im Gegenteil. Aber wo wir im personellen Aufrüsten keine Chance haben, müssen entweder ausschließlich oder zusätzlich dezentrale Angriffe stattfinden.

Sich auf direkte Auseinandersetzungen mit den Bullen um einen bestimmten Raum einzulassen macht nur Sinn, wenn dafür eine Grundstruktur vorhanden ist, wie sie die Köpi mit einem internationalen Aufruf zur Verteidigung des Wagenplatz schaffen könnte. Die Menschen der ZAD (Zone À Défendre) bei Notre-Dames-des-Landes, zu deren Repertoire auch dezentrale Angriffe gehören, formulieren es so:

„In und um die ZAD: – Kommt den Widerstand in der Zone zu unterstützen und sicherzustellen, dass wir nicht eingekreist oder abgeschnitten werden

– Stört die Check-Points und die Bewegungen der Polizei und stellt die Zirkulation der Unterstützenden und Nachschübe sicher.

In der Region: – Vom ersten Tag der Operation an, werden koordinierte Aktionen durchgeführt, die Straßen blockieren, ob nun Zugangspunkte zur Zone oder die Hauptverkehrsadern und strategischen Punkte der Region. Weiterhin wird es Besetzungen von „Orten der Macht“ geben (Regierungs- oder private Betreibergebäude und -Büros, Polizeiwachen usw.)

– Nachtlärmdemos vor den Hotels, wo die Polizei und militärische Polizei schläft.

– Für den ersten Abend ist der Treffpunkt für verschiedene Aktionen und Blockaden vor den Polizeiwachen um 18 Uhr.

– Eine große Demo in Nantes eine Woche nach der Intervention

Außerhalb der Region: – Aufruf um „Orte der Macht“ zu besetzen oder lokale Aktionen zu planen, die den Kapitalfluss verlangsamen. Diejenigen, die können, sollen zur ZAD kommen, um sie zu verteidigen.“

Ständiges Ziel polizeilicher Großsinsätze ist es, den aufsässigen Elementen ihre Chancenlosigkeit zu beweisen. Dies wird erreicht, indem die Bullen den Zeitpunkt, den Ort und das Konfliktniveau bestimmen. Darauf dürfen wir uns nicht einlassen! Wir müssen selbst genau diese Kriterien für unsere Aktionen bestimmen: Zeitpunkt, Ort und Konfliktniveau.

Wir müssen auch einen Ausweg aus den sinnlosen Mobilisierungen zu den wöchentlichen Gida-Demonstrationen finden. Damit wurde unserem Spektrum viel Energie abgesaugt, wobei wir uns grundsätzlich unter den Bedingungen des Gegners wiederfinden. Durch ein beständigeres Agieren in Kleinstgruppen und in risikoarmen, dezentralen Bereichen, werden mit Sicherheit auch wieder mehr grössere und handlungsfähige Bezugsgruppen entstehen.

Die Vorbereitung für Tag X, Räumung des M99, der Friedel 54 oder des Köpi-Wagenplatzes fängt jetzt an. Wir sollten uns Ziele anschauen, die wir mit zwei bis drei Leuten angreifen können. Es muss nichts Spektakuläres sein, die Masse macht's.

Die Cops werden vieles nicht an die Presse melden, um kein positives Feedback zu geben. Wir aber wissen, wenn zum Beispiel in Randbezirken zahlreiche Wall-Bushaltewerbefenster eingeknallt werden, müssen die Bullen dort patrouillieren, wo sie sonst kaum zu sehen sind. Wie mögen sie das finden, wenn sie dann in Reinickendorf in einen Hinterhalt geraten? Oder wenn sie ständig zu fingierten Alarmen eilen? Und dabei womöglich noch in Krähenfüsse fahren?

Vor zwei Jahren erschien ein Bericht über die Ausbildung der brasilianischen Todesschwadron BOPE durch deutsche Polizeibehörden, damit diese besser Aufstände in den Favelas von Rio de Janeiro niederschlagen können. Die aktuellen Kommentierungen Berliner Sicherheitspolitiker und der martialische Einsatz in der Rigaer Straße lassen befürchten, dass die Unterstützung nicht einseitig war und brasilianische Bullen ihr Know-How an deutsche Kollegen weitergaben.

Zeigen wir ihnen, dass sie diese Auseinandersetzung nicht gewinnen können!

**Dezentrale Konzepte für Tag X vorbereiten!
Polizeistaat und Militarismus ihr Vietnam bereiten!**

Võ Nguyễn Giáp

Nachrichten aus „Exarchistan“

Wenn Stadtteile dem Zugriff des Staates zu entgleiten drohen, reagiert dieser nicht nur mit plumper Gewalt sondern auch mit einem wissenschaftlich vorbereiteten Angriff auf die öffentliche Meinung und die Deutungs-hoheit bestimmter Begriffe. Das Extremismusforscher

und Sicherheitsexperten europaweit kooperieren fiel schon im Vergleich von Repression in Bristol und Berlin auf.

Nachrichten aus dem Viertel Exarchia in Athen weisen

nun ebenfalls Parallelen zu hiesigen Kampagnen auf. Seit dem 16. Dezember berichten mehrere Medien von unhaltbaren Zuständen in „Exarchistan“, deren Bekämpfung jetzt von der Polizei angekündigt wird.

Mit der Bezeichnung „Exarchistan“ sollen Analogien zu Afghanistan angedeutet werden. In der verbreiteten Erklärung der Polizei wird Bezug auf Vorfälle der letzten Wochen genommen.

Das Fehlen der Polizei ermutigte den „Parastaat“ Exarchia zu Vorfällen wie:

- 1) am 18.11.2015 Angriff auf den Syriza Minister Panos Skourletis (Kallidromiou Strasse, Exarchia)
- 2) am 12.11.2015 Verletzung eines Polizisten in der Nähe des Polytechnio (evakuiert ins Militärhospital 401).
- 3) am 21.11.2015 Brandsätze im Haus Flavourari in Exarchia (Staatsminister; Mitglied von Syriza).
- 4) am 30.11.2015 Besetzung des italienischen Konsulats in Kolonaki.
- 5) am 14.12.2015 Angriff auf Beamte der DIAS Staffel und Angriff auf Metro Kontrolleure in Omonia, wobei Polizisten und Kontrolleure verletzt wurden.

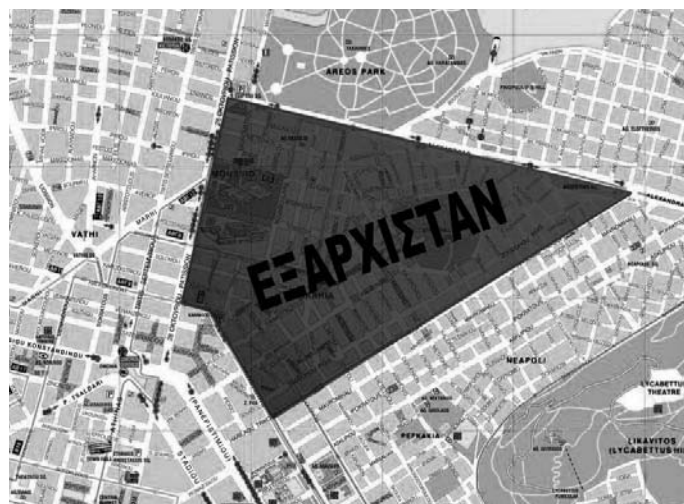
Zusätzlich wurde am 4. Dezember das Haus und das Auto des ehemaligen PASOK Ministers Kostas Laliotis, in einer Strasse zwischen Exarchia und Lycavittus Berg, mit Brandsätzen angegriffen.

Zwischendurch wurden am ACAB Tag, dem 13.12. zwei Jeeps der OPKE Sondereinheit vor dem PASOK Büro zwischen Exarchia und Kolonaki mit Molotovs attackiert.

Für besonderes Aufsehen sorgten die Schläge, die dem Abgeordneten Vasilis Oikonomou von Nea Demokratia am 15. Dezember in Exarchia verabreicht wurden, in der gleichen Gasse, in der schon ein Syriza Finanzminister schlechte Erfahrungen machte.

Der Verband der Spezialeinheiten der Griechischen Polizei in Attika verurteilte diese „feigen Angriffe, Brandstiftungen und Beleidigungen gegen griechische Bürger und Polizisten“, die es wagten sich in dem Gebiet Exarchia aufzuhalten. Es sei ein „Staat im Staate“ entstanden, in dem jene verfolgt würden, die sich nicht ideologisch unterordnen würden.

Die Rückkehr in den Zustand des „EXARCHISTAN“ (anscheinend sind sich Bullen und Presse bewusst, dass es dort schon seit langem Widerstand gibt) mit Zerstörung und Plünderung, begleitet von Verletzungen und Gefahren für das menschliche Leben, seien Alarmglocken, die dazu führen werden, dass die Sicherheitskräfte wieder in diesem Gebiet anwesend sein wollen. Es müssten, ähnlich wie die Europäische Grenzschutzagentur den Schutz der Aussengrenzen leistet, Maß-



nahmen zur Bewachung der Grenzen von Exarchia eingeleitet werden.

Inzwischen sei Exarchia „nicht zugänglich“ erkannte der Bürgerschutzminister Nikos Toskas. „Es gibt Bereiche der Ausgrenzung von Menschen. Und das ist etwas, das gelöst werden muss. Es gibt ein Verkehrsproblem in Exarchia.“

Über den Angriff gegen ND MP Vassilis Oikonomou sagte Minister Toskas es sei „sehr wahrscheinlich, dass er beobachtet wurde und der Angriff organisiert war. Niemand hat das Recht, Bestimmungen über den Ausschluss von Personen und Ideen durchzusetzen. Die blinde Gewalt muss in Angriff genommen werden, nicht nur durch die Polizei, sondern auch politisch. Die Kombination von politischen Reaktionen und Polizeiaktionen ist die Mischung, die wir versuchen zu implementieren.“

Die Realität sieht anders aus, auch nach der Ermordung von Alexis am 6. Dezember 2008 hat die Polizei ihre Präsenz in Exarchia nie aufgegeben, der Einsatz diverser Spezialeinheiten korrespondierte allerdings immer mit der Intensität des Widerstands. Wenige Tage nach dieser Ankündigung, am 20. Dezember, wurde ein MAT Einheit am Kaningos Platz zwischen Exarchia und Omonia mit Molotovs angegriffen, wobei wohl auch deren Bus Flammen fing.

Nur auf den ersten Blick scheinen die Formulierungen der Bullen und Politiker perfide, wenn Exarchia mit einer Zone unter Taliban Einfluss verglichen wird und von einem „Parastaat“ und „Staat im Staate“ gesprochen wird, in dem Menschen wegen ihrer Gesinnung oder Beruf vertrieben werden. Denn wer mit einem Finger auf andere zeigt, zeigt zugleich mit vier Fingern auf sich selbst. Der „Parastaat“ ist die Verbindung der griechischen Polizei mit Chrysi Avgi, der „tiefe Staat“ in der Türkei zwischen Politik, Militär und Grauen Wölfen, die aufgedeckten Gladio Strukturen in den NATO Staaten oder die rechte Mordserie im Italien der 70er und 80er Jahre.

Nachdem im Herbst 2015 die berühmte DIAS Sondereinheit von der Regierung aufgelöst wurde, ist sie

seit Anfang Februar unter der Bezeichnung OMIKRON neu formiert worden. Damit, und mit einer wieder aufgenommenen Umstellung Exarchias durch MAT Busse, gibt Syriza dem Druck nach, den ein von PASOK und ND Abgeordneten und mit ihnen verbündeten Medien betriebener Diskurs über den Untergang der Demokratie in Exarchia, aufgebaut hat.

Die PASOK Zentrale an der Grenze zu Kolonaki wurde bereits dutzende Male angegriffen und Vertreter aller Parteien machten schlechte Erfahrungen in den Strassen Exarchias.

Bereits zum zweiten Mal in wenigen Monaten wurde das Haus des Staatsminister Alekos Flavourari angegriffen, der ebenfalls an der Grenze zu Exarchia

wohnt. Syriza gibt sich entschlossen, keine Untergrabung der Demokratie in Griechenland zu tolerieren.

Mit der Delegitimierung der in Exarchia auftauchenden Symptome von Ansätzen einer herrschaftsfreien Nachbarschaft, wird für diejenigen eine gewaltsame Lösung vorbereitet, die sich durch die Propaganda der Macht nicht verarschen lassen.

Von Teilen der Bevölkerung werden diese Politiker und ihre Büros als so störend für die weitere Entwicklung ihrer Nachbarschaften empfunden, dass nach entsprechenden Attacken, am Horizont schon der Zustand der Unregierbarkeit aufleuchtet.

Tipps und Tricks für Riots and Stuff

Folgende Hinweise zum umsichtigen und schwungvollen Agieren auf der Straße wurden uns zugeschickt:

Am 12.12.2015 krachte es in Leipzig anlässlich eines Naziaufmarschs. Die Bullen hatte die Gegendemonstrationen und den Aufmarsch der Nazis räumlich stark voneinander getrennt, so dass ein direkter Angriff nicht möglich war. Stattdessen kam es zu einem stundenlangen Riot zwischen uns und den Bullen. Der Leipziger Bullenpräsi Merbitz sprach in der Folge von schlimmeren Ausschreitungen als in Frankfurt anlässlich der EZB-Eröffnung, und diese wiederum waren um einiges heftiger als die in Hamburg anlässlich der angedrohten Flora-Räumung. Und auch zwischen diesen Großevents gab es einige kleinere Randalen, die sich alle sehen lassen konnten und die Straßenmilitanz wieder etwas sichtbarer machten, als sie es die letzten Jahre gewesen ist. Über den Sinn und Unsinn davon

finden, doch ist das hier kein Beitrag zu der Debatte, ob Randalen hier und da jedes mal sinnvoll ist, vermittelbar sein muss und so weiter, sondern vielmehr an der Beobachtung orientiert, dass sowohl einige Leute erwischt wurden in letzter Zeit, als auch, dass wir die Beobachtung teilen, dass nicht alle, die sich am Riot beteiligen, ihre Möglichkeiten zur Vorbereitung voll ausgeschöpft haben. Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir finden es absolut in Ordnung, wenn Genoss_innen ganz ohne Vorbereitung randalieren, und wollen hier sicher nicht belehrend tätig werden, noch lässt es sich immer vermeiden, erwischt zu werden. Dennoch denken wir, dass die Zeit, die wir nun selber hier und da mal an einer Randalen beteiligt waren, einige gute Gedanken und Erfahrungen mit sich gebracht hat und die wollen wir hier gerne mal mit allen teilen. Denn sowohl lassen sich die Wahrscheinlichkeit des Erwischt-Werdens, als auch die negativen Konsequenzen des Erwischt-Werdens reduzieren. Und das finden wir sehr sinnvoll, damit wir auch in Zukunft weiterhin schön miteinander unserer Feindschaft gegen den Staat, die Bullen, die Nazis, den Kapitalismus, das Patriarchat, etc einen kraftvollen Ausdruck verleihen können.

Wir beginnen mit der Zeit

vor dem Riot

Wir handhaben das so: Nicht nur während eines Riots achten wir auf die Art, wie wir uns verhalten, sondern auch in der Zeit, wo wir unseren gewöhnlichen Alltagsgeschäften nachgehen. Wir fragen uns: Welches Verhalten kann dazu beitragen, dass die Bullen und die Staatsanwaltschaft es bei ihren Ermittlungen leichter haben, uns zu erwischen. Das ergibt natürlich eine ganze Reihe von Aspekten und manche davon erweisen sich dann als völlig inpraktikabel, aber hier sind ein paar ganz allgemeine Punkte, die wir wichtig



wird herzlich gestritten und während manche von uns schon den kommenden Aufstand im Herzen tragen, fürchten andere, dass ihre ganze politische Arbeit damit in den Dreck gezogen wird.

Wir sind welche von denen, die das ganze prima

finden.

Fangen wir mal an mit dem Handy. Keine Frage, Telefone und Handys sind grundsätzlich eine brauchbare Sache. Allerdings haben sich mit ihnen die Möglichkeiten der Überwachung vervielfacht. Hierzu gibt es bereits sehr nützliche Texte, die den technischen Hintergrund erläutern, das wollen wir hier nicht ausführen. Für die Praxis ergibt sich daraus ganz einfach folgendes: Das Handy bleibt so oft es geht zu Hause. Auch bei gewöhnlichen Ausflügen, dem Besuch bei Freunden, usw. Ein paar von uns haben es gleich ganz abgeschafft. Der Grund hierfür ist: Immer mal wieder ergibt sich zufällig ein Gespräch, bei dem es dann ungewollt um strafrechtliche Aspekte geht und schon geht das Hantieren los. Wer hat noch ein Handy dabei, ist es aus? Reicht es, dass es aus ist? Wohin mit den Geräten? Etc. Das nervt und birgt immer das Risiko, dass man vergisst, dass noch ein Handy in der Tasche ist. Durch ein konsequentes zuhause lassen, kann jede_r etwas dazu beitragen, dass niemand zumindest durch diese Nachlässigkeit in Schwierigkeiten kommt.

Außerdem: Besonders interessant ist für die Ermittlungsbehörden auch, wer sich wann wo mit wem getroffen hat, und diese Infos liefern ihnen die zahllosen Handys, auch wenn sie dann am Treffpunkt ausgeschaltet, oder in eine Kiste gepackt und beiseite gelegt werden. Wir finden diesen Aspekt besonders wichtig: Angenommen, eine_r von uns wird erwischt. Die Anschlussfrage, die sich selbst der dusseligste Bulle stellen kann ist: Mit wem war er/sie unterwegs? Wo war er/sie zu welchem Zeitpunkt? Die Antwort wollten wir nicht freiwillig rausrücken, aber gerade Handys und ihre Google und Apple Kontos etc liefern sie auf dem Silbertablett. Darauf zu achten, ist sicherlich umständlich, aber noch umständlicher ist es, irgendwann in einer Gefängniszelle zu sitzen.

Diese ganze Handyüberwachung ist übrigens auch noch aus anderen Gründen der letzte Dreck, weswegen es neben dem Riaspekt auch noch etliche weitere gibt, die Dinger in die Tonne zu kloppen. Es gibt, so wie wir es sehen, weder irrelevante Daten (nach dem Motto „ach wen soll das denn interessieren, das ist doch egal, wenn sie das wissen“), noch irgendeine wirklich sichere Nutzung von Handys. Auch Apps, die dir das Gegenteil (zb durch Verschlüsselung) vermitteln, solltest du nicht trauen.

Was für das Handy gilt, gilt auch für das Internet und den Computer. Wenn du dort nicht darauf achtest, was du wie machst, dann lieferst du etliche Hinweise darauf, wer du bist und was du gerne machst, schon lange bevor du überhaupt an einem Riot teilgenommen hast. Daher achten wir auf verschlüsselte Kommunikation am Rechner, darauf, das wir keine besonders unsicheren Betriebssysteme nutzen (Windows, MacOS) und auch darauf, dass wir uns so anonym wie möglich im Netz bewegen. Letzteres bedeutet immer ein

abwägen zwischen Komfort und Sicherheit, und auch wenn wir nicht bei jeder Internetnutzung auf Sicherheitsaspekte Rücksicht nehmen, so führen wir doch einen regelmäßigen Austausch darüber und versuchen auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Das gilt sowieso



für den Umgang mit jeder Technologie: Wer sie nutzt, sollte sich auf dem aktuellen Stand halten. Die technologischen Möglichkeiten wachsen derzeit in einem irren Tempo, und wir zumindest wollen nicht irgendwann wie die Doofs dastehen und denken: Na DAMIT hätten wir uns wohl besser mal früher beschäftigt (was natürlich immer noch der Fall sein kann). Mindestens für Recherchen, Lesen von strafrechtlich bedenklichen Artikeln und dergleichen, empfehlen wir den Einsatz von TAILS, für den täglichen Bedarf den Einsatz eines verschlüsselten Linuxsystems, für das Surfen den Einsatz von Firefox, am besten in Verbindung mit TOR, sowie den Verzicht auf das Nutzen von Googlediensten aller Art. Ein absolutes NOGO ist für uns aus vielerlei Hinsicht die Nutzung von Facebook und wir raten allen, die gerne randalieren von der Nutzung ab.

Warum eigentlich kein Facebook? Nun ja, Facebook ist leider der letzte Dreck. Darüber sich auszulassen würde absolut den Rahmen sprengen, aber genau so sprengen die Analysemöglichkeiten die Facebook (und auch google) bieten, auch alle unsere Vorstellungskraft und daher ist die Nutzung im Mindestens so schlimm wie das Blabla an der Kneipentheke.

Wo wir gerade beim Thema sind: Ein weiterer Aspekt auf den wir achten ist, dass wir nicht in unpassenden Momenten über Riots und unsere mögliche Beteiligung sprechen. Das führt dazu, dass du manchmal etwas komisch auf Leute wirkst. Fast jede_r ist neugierig, und wenn deine Geheimniskrämerei all zu offensichtlich wird, bist du eigentlich schon ein wenig gearscht, aber damit muss man leben können. Wir finden es jedenfalls wichtig, mit niemandem über unsere Riotangelegenheiten zu sprechen, außer mit denen, wo ein Austausch sinnvoll und unerlässlich ist. Das passiert natürlich trotzdem hin und wieder mal, aber wir versuchen es auf ein Minimum zu begrenzen, zumindest dann, wenn nicht eine ganz explizite Absicht dahinter steckt, offen damit aufzutreten.

So eine Verschwiegenheit kann auch für einen selbst recht schwierig werden, denn wir erleben ja einige nicht gerade unspektakuläre Sachen, wenn wir unterwegs sind. So etwas teilen wir eigentlich gerne, und vielleicht geht es ja auch mal darum, ein wenig Anerkennung für die Taten abzugreifen, die einem so viel abverlangen. Aber wir empfehlen trotz allem, sich lieber genau mit diesem Aspekt in der Bezugsgruppe auseinander zu setzen, als ihm blind nachzugeben. Denn wie für alles worüber wir schreiben gilt: Vorsicht ist besser als Nachsicht.

Hast du eigentlich ein aufgeräumtes Zimmer? Dass muss natürlich jede_r so handhaben wie es zu einem passt, aber was wichtig ist: Es ist nie so richtig klar, wann es zu einer Hausdurchsuchung kommt, und auch nicht, weswegen es zu einer Hausdurchsuchung kommt. Daher achten wir regelmäßig darauf, dass unser Zimmer, egal ob ordentlich oder chaotisch, zumindest immer aufgeräumt ist und zwar aufgeräumt in der Hinsicht, dass möglichst wenig belastendes Material herum liegt. Was zb nicht herum liegen sollte, sind: Feuerwerk, Zwillen, zu viele Kleidungsstücke einer Sorte, zb Handschuhe, Hassis, Überziehjacken, Bekenner_innenschreiben, Texte wie dieser hier, und so weiter. Da macht es nicht immer der einzelne Gegenstand, aber die Masse sollte vermieden werden. Wenn die Bullen schon den Aufriss machen, bei dir mit einem „Guten morgen, Hausdurchsuchung“ vorbeizukommen, dann wollen sie auch unbedingt was mitnehmen. Und darauf solltest du einfach gut vorbereitet sein, auch und gerade wenn gar nichts konkretes anliegt, du aber im allgemeinen „im Geschäft“ bist. Gerade wenn sie nicht das finden, was sie suchen, werden sie schauen, ob irgendetwas anderes da ist, was sie gegen dich verwenden können.

Kommen wir zu einem weiteren Punkt: Riots kosten Geld. Nein, wir meinen jetzt nicht die Sachschäden im x-stelligen Bereich von denen immer geredet wird, das müssen wir ja nicht bezahlen, wir meinen das Geld, was es für uns kostet, wenn wir uns vorbereiten. Dieser Aspekt sollte nicht unterschätzt werden. Ja wieso, mag man sich nun fragen, Steine kosten doch nichts. Das stimmt natürlich, aber Handschuhe kosten Geld, Wechselklamotten kosten Geld, Feuerwerk kostet Geld, Fahrten kosten Geld, Anwälte kosten Geld, usw. Es ist für uns also immer auch wichtig, das wir über die Geldfragen reden und da schauen wir, dass wir das möglichst so verteilen, dass keine_r in finanzielle Schwierigkeiten kommt. Aber: Vorrang hat da für uns die Sicherheit. Das heißt, das wir uns gegenseitig auch Geld schenken und so, damit niemand jetzt zu oft zb die gleichen Klamotten benutzen muss, denn wir legen Wert darauf, häufig unterschiedlich auszu-sehen. Es gibt ja einige Leute, die laufen für ihr Leben gern in ihren sehr praktischen Northface, Jack Wolfskin, etc Jacken rum, und ein paar davon kleben sich dann die Schriftzüge ab, wenn sie randalieren oder demonstrieren gehen. Uns persönlich reicht das nicht,

wir achten darauf, dass wir nach Möglichkeit Sachen dabei haben, die uns keinen Moment des Überlegens kosten, sie wegzuworfen. Und davon besorgen wir uns einfach regelmäßig neue. Und das würden wir auch empfehlen und zwar für Klamotten in jeder Hinsicht, also Schuhe, Hose, Jacke, Handschuhe und so weiter, von Socken und Unterwäsche mal abgesehen. Dies führt dazu, dass wir manchmal nicht so sehr gut gekleidet wirken, wenn wir auf einer Demo auftauchen. Aber, anders als das für manche ist, sind für uns solche Angelegenheiten keine Stylefrage, und wir raten auch dazu, die Stylefrage nach hinten zu stellen.

War es das zur Vorbereitung? Fast eigentlich, bleibt nur noch der Teil der Absprachen und konkreten Vorbereitung. Was wir bisher geschrieben haben, war ja noch recht allgemeiner Natur, kommen wir nun zu der Zeit, die unmittelbar vor einem Riot liegt. Hier beginnen wir rechtzeitig, alles durchzusprechen. Wo müssen wir hin? Wie sieht es dort aus? Welche Möglichkeiten gibt es dort? Haben wir alles, was wir brauchen? Wer besorgt was? Kommen Genoss_innen die wir kennen? Ist jemand von uns krank oder angeschlagen? Hat jemand Angst, hat jemand Sorgen und Bedenken?

Die letzte Frage ist für uns immer besonders wichtig. In ihr steckt ein kritischer Punkt. Denn zum einen können wir uns alle in so eine Angst und Bedenken auch versteifen und hineinsteigern, dann wird es eigentlich zur unmöglichen Angelegenheit, etwas zu unternehmen. Zum anderen verweisen Ängste und Bedenken



aber zum Teil auch auf Fehler in der Planung oder eine unzureichende Vorbereitung, und dann kann noch nachgebessert werden. Sich mit den eigenen Ängsten immer wieder mal zu beschäftigen ist eine gute Sache, es hilft beim Umgang. Wichtig ist natürlich, niemanden für Ängste zu verurteilen oder diese nicht ernst zu nehmen, genau so wichtig ist es, sich durch Ängste nicht zur Handlungsunfähigkeit bringen zu lassen. Je besser unser Umgang damit, umso freier ist der Kopf und das ist immer eine gute Sache.

Noch was zu den vorbereitenden Gesprächen: Was Riots angeht, ist fast jede_r, wie es scheint, Expert_in. „Es ist immer so“, „Es ist klar, die Bullen so und so“,

„Da geht auf jeden Fall das und das (gar nicht)“. Das es dieses exakte Wissen gibt, ist erstaunlich, wo doch die meisten wirklich eine sehr dürftige Rioterfahrung haben. Denn es ist ja leider so, dass es in Dland kaum Riots gibt. Zu sagen: Es wird auf jeden Fall genau so oder so oder so laufen, das ist einfach Blödsinn. Wir finden es immer sinnvoll, wenn wir es schaffen, nicht so miteinander zu reden, sondern eine Offenheit gegenüber dem Kommenden haben. Es ist weniger wichtig für uns die Frage zu beantworten: Wird es genau so



oder so kommen, als die Frage danach: sind wir auf das vorbereitet, was wir machen wollen, ist uns klar was unser persönliches Ziel ist, und haben wir dafür alles, dass wenn sich die Gelegenheit bietet, wir dann Handeln können? Es ist wirklich ein saublödes Gefühl, wenn wir auf einmal irgendwo stehen, wo sich definitiv eine Möglichkeit bietet, von der vorher noch gesagt wurde „das wird auf keinen Fall so kommen“, und dann haben wir unser Zeug nicht dabei. So ein hät-
téhättefahrradkette führt schnell dazu, dass wir uns dann vielleicht doch einmal zu einer unüberlegten Sache hinreißen lassen, die auch gut gehen kann, aber wir sind lieber gut vorbereitet. Daher versuchen wir vorher alles schick durchzusprechen und ab die Post.

Noch zwei kurze Sache: Nicht überplanen. Wir haben festgestellt, dass wir Stunden und Stunden über etwas reden, ohne das wir jedoch dann mit allen Gesprächen etwas anfangen zu können, weil es doch völlig anders kam. Wir finden persönlich daher eine flexible Vorbereitung gut: Überlegen, worauf wir Bock haben und sich darauf vorbereiten, aber eben auch offen bleiben für die Möglichkeiten die sich ergeben können. Zu viel Planung, das berücksichtigen von zu vielen Details, führt auch dazu, dass wir uns auf einen zu konkreten Ablauf fokussieren und dann nicht mehr schnell umswitchen können, wenn es doch anders kommt, oder alles über den Haufen geworfen werden muss, weil sich ein Detail im großen Plan geändert hat, der dann alles zusammen fallen lässt. Dann ist die Enttäuschung riesengroß, weil so viel Zeit für das Planen drauf ging. Es geht schließlich nicht um eine nächtliche konkrete Aktion, wo eine detailreiche Planung funkti-

onieren kann, sondern um eine Randalie, wo sehr viele Faktoren sich sehr dynamisch entwickeln.

Die andere Sache: Nicht unterplanen. Nicht losfahren mit der Haltung, dass jemand anderes schon starten wird. Nicht darauf bauen, das irgendwelche ominösen Gestalten den Riot kicken und dann geht's ab. Selber diese ominöse Gestalt sein, das ist eigentlich das Schönste. Losfahren, vorbereitet sein, um vielleicht nur einen Böller oder einen Farbbeutel zu werfen und gut ist, es muss nicht immer das volle Programm sein. Vielleicht ist es ja genau DER passende Böller oder Farbbeutel, den du brauchst. Und für uns ist es angenehmer, den Beutel und die Böller wieder mit heim zu nehmen, oder irgendwo zu entsorgen, als im passenden Moment nichts dabei gehabt zu haben.

Zuguterletzt ganz konkret noch ein paar Tipps: Für jeden Riot eine Wechseljacke. Ein neues paar Handschuhe (Nie ohne Handschuhe). Eine Hassi (keine Mütze/Käppi und Schlauchtuch, die sind zwar demotauglich aber nicht riottauglich), ein paar komplett schwarzer Schuhe. Wechselklamotten, über die deine schwarze Wechseljacke drüber passt. Eine schwarze Hose. Material sauber einkaufen und gegebenenfalls noch einmal reinigen, so dass es keine oder zumindest so wenig Spuren (Fingerabdrücke, DNA) an sich hat, wie irgendsmöglich. Falls du telefonieren willst/musst, ein neues Handy mit geladenem Akku, mit neuer Simkarte, die du nicht von zuhause freigeschaltet hast und die du nicht zuhause ins neuen Handy einlegst.

Während dem Riot

Es gibt für uns keine feste Regel, wann es losgehen sollte. Manchmal bereiten ja Leute etwas vor, wenn wir etwas davon wissen, halten wir uns daran oder nicht, je nachdem ob wir es brauchbar finden oder eben nicht. Wir überlegen für uns: Wollen wir randalieren ja oder nein, und wenn ja, dann nehmen wir unsere Sachen mit (siehe oben) und es kann losgehen, oder eben nicht. Manchmal wissen wir es vorher, manchmal nicht. Für uns ist es auf jeden Fall wichtig, nicht all zu sehr schon in den Fokus der Bullen zu geraten, bevor es losgeht. Unserer Erfahrung nach ist es so, dass ein Riot am ehesten da losgeht, wo eben wenig oder keine Bullen sind, und dann suchen wir auch diese „Orte“ auf. Umkleiden tun wir uns auch so gut es geht außerhalb der Bullenüberwachung und wenn es nicht anders geht, dann ziehen wir uns zumindest soweit es geht in eine Masse von Menschen zurück und machen uns so klein es geht oder oder oder. Wichtig ist eben, dass die Bullen uns nicht sehen. Einige von ihnen sind dumm wie Stroh, sie begreifen nicht, was wir machen, aber andere können sich Sachen gut merken, zum Beispiel wie wir aussehen, bevor und nachdem wir uns umgezogen haben, wenn sie den Moment mitbekommen, wo wir es tun. Daher vermeiden wir es auch, halbumgezogen rumzulaufen. Also entweder Riotoutfit an, ODER normales Outfit, aber nach Möglichkeit keine Mischformen. Es gibt auch Bullen, die sind geradezu

darauf spezialisiert, Leute wieder zu finden, weswegen dieser Aspekt sehr wichtig ist, sowohl die ganze Zeit während etwas los ist, als auch auf Anreise und Abreise. Das BFE ist hier ein besonderes Ärgernis, das zwar auch zu umgehen ist, aber immer ein wenig spezieller Beachtung bedarf. Zum einen haben sie immer Minimum eine Person, die filmt, und die Filmaufnahmen sind mittlerweile ziemlich gut. Sie werten die Filme schon aus, während die Action noch läuft, wenn sie können, um dann im Anschluss noch Leute zu fangen. Und zum zweiten haben sie zivile Tatbeobachter, die in Zivil herum schlunzen, und von Anfang bis Ende mit am Start sind, und dabei zuschauen, wer sich umzieht, und wie die Person dann nachher aussieht und dann latschen sie dieser Person hinterher, bis ihre Kolleg_innen kommen und sie ihnen ein Zeichen geben, dass sie hinter einer Person stehen, die zu schnappen ist. Daher ist ein guter Moment zum Umziehen so wichtig, sowohl vorher als auch nachher. Aber klar ist natürlich auch: Je besser die Vermummung, also je weniger Merkmale sie später wiedererkennen, desto besser. Daher beim Vermummen immer auf Vollständigkeit achten. Zb haben wir manchmal extra weiße schwarze Jacken, damit nicht gut zu sehen ist, ob wir dick oder dünn sind, wir nehmen immer eine Hassi und kontrollieren gegenseitig, ob noch Haare raus schauen irgendwo, oder irgendetwas anderes, was man erkennen könnte. Und deswegen ist es für uns auch wichtig, dass wir uns so selten hin und her umziehen wie es geht.

So ein Riot ist schon eine sehr, sehr aufregende Sache. Vor allem aber, wenn du nicht am Rand stehst und zuschaust, sondern sozusagen mittendrin bist. Dies bringt auf jeden Fall bei uns eine Reihe von Effekten mit sich, die so im allgemeinen weniger häufig vorkommen. Zum Beispiel Adrenalin. Adrenalin hat eine Reihe für den Riot ziemlich brauchbaren Effekten. Die Bullen haben diesen Effekt übrigens auch, weswegen sie sogar speziell trainieren, um diesen Effekt besonders gut kontrollieren zu können. Wir persönlich sind jetzt keine Bullen und trainieren das auch nicht speziell, auch wenn wir diesen Gedanken nicht verwerflich oder so finden. Aber ein wenig hilft es uns, sich mit diesem Effekt zu beschäftigen. Es ist zb so, dass freundliche Absprachen nach einem starken Adrenalinkick nicht mehr so leicht möglich sind und der Ton irgendwie wechselt, was ganz schön nerven kann, vor allem, weil



ja nicht alle gleichzeitig einen Adrenalinkick bekommen und er auch nicht bei allen die gleiche Wirkung hat. Der eine will auf einmal weg, die andere noch mal offensiv nach vorne, und dann ist es zusätzlich noch schwierig, sich in dem eigentlich angemessenen Ton miteinander zu verständigen. Das kann schonmal kränkend sein, und wir finden es sinnvoll sich dann zu einem anderen Zeitpunkt darüber auszutauschen, während wir unterwegs sind, hat es sich bisher nicht als sinnvoll heraus gestellt.

Sowieso schwierig die Entscheidungsfindung. Normalerweise würden wir alles ausreichend erörtern, und alle sollen ihre Positionen ausführen. Im Stress ist das meistens eher nicht so möglich. Daher teilen wir uns vorher schon mal gruppenintern auf, wer mit wem rumzieht, damit sich nicht alle immer mit allen absprechen müssen, was oft sowieso nicht geht.

Für den Riot selbst gibt es natürlich auch einige Sachen zu beachten. Zum Beispiel: Wenn du nicht so weit werfen kannst, dass du etwas triffst, was du auch treffen willst, dann musst du weiter nach vorne. Wenn du dich nicht weiter nach vorne traust, oder es nicht geht, dann kannst du nicht werfen, oder du musst dir ein Ziel in deiner Reichweite

aussuchen. So einfach ist das, aber im Eifer des Gefechts fliegen natürlich Sachen kreuz und quer, und es kann passieren, dass du von deinen Genoss_innen beworfen wirst, obwohl es keinen Grund dafür gibt. Das liegt dann daran, dass sie sich an diese einfache Regel nicht halten konnten, weil sie zum Beispiel zu aufgeregert waren oder sich selber überschätzen oder dich eventuell nicht leiden können, und deswegen auf dich werfen und es anschließend auf die Aufregung schieben. Uns ist ein wenig egal, was der Grund ist, wir versuchen jeden Treffer auf eine_n Genossin zu vermeiden so gut es geht und raten auch allen dazu, es auch so zu machen.

Wenn die Bullen angerannt kommen, ist es sinnvoll nicht völlig Hals über Kopf wegzurennen, aber es wird trotzdem fast immer gemacht, selbst wenn die Zahlenverhältnisse für uns sprechen. Manchmal ist es sinnvoll in solchen Situationen etwas Beruhigendes zu rufen, zum Beispiel „ruhig ruhig“, allerdings solltest du dann nicht selber wegläufen. Wenn du wegläufst, lauf niemanden über den Haufen, wenn du jemanden über den Haufen rennst, hebe ihn oder sie wieder auf. Was wir am Rennen nicht mögen: Die Langsamern erwischt

es trotzdem und wir laufen nicht gerne vor Bullen weg. In Deutschland haben sich die Bullen in gewisser Weise auf den Nahkampf spezialisiert und wir fänden gut, wenn wir ihnen diesen Zahn wieder ziehen können, dafür müssen wir uns aber alle noch etwas überlegen. Diese Rennereien sind Scheiße, wir haben auch schon gesehen, dass Leute über andere drüber gerannt sind, und das geht halt nicht. Wenn jemand auf dem Boden liegt, versuchen wir auf jeden Fall diese Person zu retten. Das ist selbstverständlich mag jetzt gesagt werden, es wird aber nicht wie selbstverständlich praktiziert und einige praktizieren viel mehr: Ich bin froh wenn ICH hier heil raus bin. Moralische Vorwürfe sind hier fehl am Platz, aber wenn du darauf achten kannst beim Riot nicht all zu bald in Panik zu verfallen und weg zu rennen, und wenn du rennst noch auf andere achtest, dann ist schon viel gewonnen.

Ein Riot ist für uns kein Ort der Diskussion. Wenn wir was sehen, was wir scheiße finden, dann rufen wir das schon mal, aber dabei belassen wir es. Wir mögen es auch nicht, wenn wir plötzlich vollgequasselt werden, was jedoch wenn dann eher von Leuten kommt, die allgemein keine Randalen wollen und solche Gespräche führen wir eher nicht so gerne, während wir beschäftigt sind. Wir sind dann auch oft zu aufgebracht, um sinnvolle Argumente zu finden. Deswegen lassen wir es, so gut es geht. Leute, die Barrikaden wieder abbauen, schnauzen wir auch schon mal an, wenn Leute jemanden festhalten, um ihn oder sie den Bullen auszuliefern, finden wir es mehr als angebracht, diese Person zu retten und tun dafür, was nötig ist. Wir finden es gut, wenn alle darauf achten, und das klappt ja auch meistens ganz gut.

Für unsere Bezugsgruppe versuchen wir immer, einen gemeinsamen Überblick darüber zu haben, ob noch alle da sind. Für den Fall, dass wir uns verlieren, haben wir immer einen Treffpunkt für einen Zeitpunkt nach dem Riot, weg vom Geschehen, wo wir überprüfen, ob es wen erwischt hat. Während des Riots verlieren wir uns schon mal aus den Augen, bisher haben wir uns aber fast immer wieder gefunden, spätestens eben nachher. Wer du also alle verloren hast, versuch Ruhe zu bewahren. Du wirst vermutlich nicht lang alleine bleiben, und falls doch, gibt es noch den letzten Treffpunkt.

Wenn der Riot vorbei ist, ist es vorbei. Eigentlich ist das gut zu merken. Die Bullen haben eine für sich vorteilhafte Situation erzeugt, alle großen Ansammlungen sind zerstreut, und die Leute ganz in schwarz werden nach und nach immer weniger. Dann ist es für uns Zeit, sich erstmal zurück zu ziehen. Wie weit, und ob wir dann schon nach Hause fahren, hängt immer von den konkreten Umständen ab. Überhaupt ist für uns die

Abreise ein wichtiger Aspekt, der immer auch schon im Vorfeld vollständig geklärt ist. Wir mögen die Vorstellung nicht, auch wenn wir uns der verfänglichen Sachen schon entledigt haben, auf dem Heimweg noch kontrolliert zu werden.

Nach dem Riot entsorgen wir an Klamotten was geht. Auf der anderen Seite geht die Spurensicherung los, und falls du bisher geglaubt hast, dass die Bullen bei einem großen Riot nicht so viele Spuren sichern, dann solltest du diesen Glauben ablegen, sie sichern leider einfach überall so gut es geht Spuren. Und dafür sammeln sie auch schon mal Steine auf und durchforsten alle Mülleimer der Gegend, um zum Beispiel deine Wechselklamotten zu finden. DNA und Fingerabdrücke sind so gut es geht im Vorfeld schon zu vermeiden, im Nachhinein ist auf sinnvolles Entsorgen der eigenen Sachen zu achten. Sinnvoll heißt eben, dass du es so entsorgst, dass eine engagierte Spurensicherung dir nicht auf die Schliche kommen kann. Wir gucken überhaupt immer, dass wir zeitig wegkommen und verpassen dann lieber noch etwas, die nächste Gelegenheit kommt bestimmt.

Zuhause entsorgen wir dann auch noch mal Kram. Wenn wir zum Beispiel in Frankfurt waren, dann gucken wir, das wir keine Karte von Frankfurt mehr zuhause haben. Ausflüge halten wir so gut es geht schon im Vorfeld geheim, und auch im Nachhinein vermeiden wir es, dass viel über unsere Tätigkeit bekannt wird. Wir haben festgestellt, dass nach einem schönen Riot die Aufmerksamkeit was Vorsicht angeht, erstmal runter geht, und versuchen hier so gut es geht, gegen zu arbeiten. Gespräch über das, was gelaufen ist, führen wir nur im vertrauten Kreis, wenn möglich, da aber ausführlich. Was war gut? Was war schlecht? Was ging gar nicht? Was hätten wir gerne gemacht, aber konnten nicht? Was müssen wir nachträglich noch in Erfahrung bringen? Hat es jemanden erwischt? Ist Soliarbeit nötig? Sollen wir einen Bericht schreiben? Was kommt als Nächstes?

Und dann geht es eigentlich wieder von vorne los.

Was lässt sich zusammenfassend noch einmal sagen? Vielleicht zumindest, dass wir denken, dass wer regelmäßig am Riot seine Freude haben will, seinen Alltag etwas umstellen muss. Sich über das tatsächliche Vorgehen der Bullen informieren muss, was Ermittlungen angeht. Sich mit Überwachung gut auskennen sollte. Wissen muss, wie Spuren vermieden werden. Solidarität auch im Handgemenge praktisch werden lassen muss. Es lässt sich leider nicht alles absichern, ein Restrisiko bleibt immer. Halte es so klein wie möglich, und Vorsicht ist besser als Nachsicht.

Wir sehen uns!

Zum 8. März

Der feministische Kampftag am 8. März steht für den Kampf gegen Sexismus, Patriarchat und eine systematische Ausbeutung von Frauen*. Der erste Weltfrauentag fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz statt. Mehr als eine Millionen Frauen demonstrierten auf den Straßen, um ihrer Forderung „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ Nachdruck zu verleihen. Zu Ehren der Rolle der Frauen* in der Februarrevolution wurde 1921 der 8. März als internationaler Gedenktag eingeführt. Hundert Jahre später sind viele Forderungen weiterhin weltweit aktuell.

Die Diskriminierung, Benachteiligung und die psychische wie auch körperliche Gewalt gegenüber Frauen* setzt sich bis heute, wenn auch auf eine teilweise sehr subtile, aber dennoch raffinierte Weise fort. Auf allen Ebenen, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben, setzen sich patriarchale Machtstrukturen weiterhin durch. Patriarchale Strukturen finden sich auch dort wieder, wo Menschen eigentlich den Anspruch haben für Frauenbefreiung und Basisdemokratie einzustehen. Es ist einzugestehen, dass selbst die demokratischsten, linken Männer sich oft ihres eigenen Verhaltens nicht bewusst sind und viele Machtmechanismen ständig reproduzieren und nicht überwinden können. Für eine wahrhafte Veränderung der Gesellschaft und die Überwindung des kapitalistischen und nationalistisch-etatistischen Systems darf die Frauen*frage nicht als Nebenspruch abgetan werden, was nicht zuletzt daran liegt, dass diese Herrschaftssysteme eng miteinander verflochten sind.

Im kurdischen Befreiungskampf haben Frauen* von Anfang an an vorderster Front mitgekämpft, sich nach und nach Räume erkämpft und ihre eigene Organisation auf die Beine gestellt. Nach dem Motto „Keine freie Gesellschaft ohne freie Frauen*“ werden im Befreiungskampf viele Arbeiten und Kämpfe von Frauen getragen und geführt. Ihre Rolle ist, genau wie die Rolle der Jugend, auf dem Weg zu einer freien und selbstverwalteten Gesellschaft nicht zu unterschätzen. Die 5.000 Jahre alte hierarchische Gesellschaft ernährt sich von der Versklavung der Frauen* auf allen Ebenen. Öcalan spricht davon, dass Frauen* die wohl erste kolonisierte Gruppe darstellen. Deshalb ist es ein umso bedeutenderer revolutionärer Akt, dass Frauen* sich verbünden, um diese Hierarchien zu überwinden. Patriarchales Verhalten ist nicht nur auf eine Gruppe von Menschen beschränkt, auch andere Menschen wie Frauen* etc reproduzieren Verhaltensweisen und sie sind verankert in deren Persönlichkeit.

Die jahrzehntelange Organisationsarbeit der kurdischen Frauenbewegung zeigt ihre Früchte seit Jahren in der Rojava-Revolution. Die dortigen Frauen kämpfen nicht nur gegen den IS und das Assad-Regime.

Sie haben - und das blenden die Mainstreammedien gerne aus - ein alternatives Gesellschaftsmodell anzu-bieten, das sie in Rojava in die Praxis umsetzen: eine selbstverwaltete, rätendemokratische und ökologische Gesellschaft, in der Frauen* auf allen Ebenen des Lebens autonom organisiert sind und wo alle Positionen mit einer quotierten Doppelspitze besetzt sind. Frauen* führen eigene Akademien und Kooperativen, gründen Frauenhäuser, Traumazentren und haben eigene bewaffnete Selbstverteidigungseinheiten.

Doch allein durch die Repräsentanz von Frauen* werden 5.000 Jahre alte Mentalitäten nicht einfach überwunden. Es gilt deshalb, herrschenden Denkmustern durch alternative Wissenschaften entgegenzuwirken. Die heutigen Wissenschaften sind nicht „objektiv“, wie sie zu sein scheinen, sondern beruhen selbst auf dem patriarchalen System und stützen es sogar. Die Jineolojî ist eine Wissenschaft, die von Frauen* entwickelt wird, um die ungeschriebene Geschichte der Frau* und der demokratischen Zivilisation zu schreiben.

Was heißt das für uns in Europa? Wir Frauen* haben die Möglichkeit, die Geschichte neu zu schreiben, denn es liegt in unseren Händen, die Werkzeuge, die uns die kurdische Frauenbewegung gibt, zu nutzen und daraus etwas großartiges entwickeln zu lassen.

Wir dürfen jedoch den Krieg in Kurdistan, der im Moment auf so vielen Ebenen stattfindet, nicht vergessen. Es ist nicht nur ein gezielter Krieg gegen Frauen*, sondern ein Krieg gegen die Menschlichkeit. Wenn Frauenkörper als eine Art Trophäe behandelt werden, die Körper entblößt werden und die toten Körper der Kämpferinnen zum Posieren und Fotografieren benutzt werden.

Männer, die so etwas tun, versuchen damit den Nerv der „Ehre“ zu treffen. Wir sind nicht die „Ehre“ von irgendwelchen anderen Menschen, wir gehören uns selbst. Wir lassen uns davon nicht unterkriegen, an die Stelle unserer gefallenen Genossinnen treten 1000 weitere. Wir sind viele, und genau das ist unser Vorteil.

Nicht nur in der Türkei und in Nordkurdistan werden Frauen als Instrument zum offenen Rassismus benutzt, auch in Deutschland gibt es Tendenzen dazu: Nach der Silvesternacht in Köln. Das heißt auf keinen Fall, dass wir die Täter für unschuldig halten. Jedoch wurde im Nachhinein ein subtiler Krieg gegenüber Frauen geführt: Frauen* wurden als Ehre und Stolz gesehen und dementsprechend in den Medien behandelt. Dieser angebliche „Feminismus“ wurde für rassistische Hetze instrumentalisiert. Deswegen liegt es an uns, diesen Rassist_innen die Stirn zu bieten und gemeinsam zu kämpfen. Wir sind viele und nicht alleine. Das müssen wir uns immer vor Augen halten. Um das zu analysieren sind cis-Männer mit migrantischer Her-

kunft aus der Rolle der Opfer in die Rolle der Täter übergegangen, sowie es das patriarchale System seit Jahrtausenden weiter gibt. Der Staat unterdrückt den Mann, er gibt es der Frau weiter, die Frau unterdrückt die Kinder. Opfer werden zu Tätern.

Der 8. März steht für den revolutionären Kampf der Schwestern, was wir auch nach Deutschland und Europa transportieren. Wir müssen es schaffen, unsere Mauern zu durchbrechen, die wir aufgebaut haben und den Kampf gegen die kapitalistische und patriarchale Gesellschaft gemeinsam führen. Die Eigenschaften die wir ohne wenn und aber angenommen haben, müssen wir reflektieren, auseinandernehmen und in etwas neues umwandeln. Ein erster Schritt wäre es, die männlich und weiblich konnotierten Eigenschaften zu reflektieren und sehen dass es mehr als diese Kategorien gibt. Wir sollten uns an erster Stelle als Genoss_innen, „Hevals“ sehen und dem tatsächlich eine Bedeutung zukommen lassen. Das heißt vor allem, nebeneinander auf Augenhöhe zu kämpfen, anstatt gegeneinander. Das patriarchale und kapitalistische System unterdrückt uns alle, wenn auch auf verschiedene Weise. Diese verschiedenen Perspektiven und

Kämpfe müssen wir bündeln können, anstatt sie gegeneinander auszuspielen.

Das, was wir immer im Hinterkopf behalten müssen, ist die enge Verbindung von Staat, Patriarchat und Kapitalismus. Die Mentalitäten, die uns diese Systeme in den Kopf gepflanzt haben, müssen wir nach und nach überwinden können, um in ein freies Leben führen zu können.

In diesem Sinne schicken wir unsere solidarischen Grüße an unsere Genossinnen, die momentan in Kurdistan gegen das herrschende System ein alternatives Leben aufbauen und stets Quelle unserer Kraft sind. Auch begrüßen wir die Kämpfe aller Frauen* auf dieser Welt, die ihre Fäuste und ihre Stimme gegen das Patriarchat erheben.

KEINE FREIE GESELLSCHAFT UND KEIN FREIES LEBEN OHNE DIE BEFREIUNG DER FRAUEN*. -JIN, JÛYAN, AZADÛ!

*JXK - STUDIERENDE FRAUEN AUS KURDISTAN.
MÄRZ2016*

MASSAKER IN CIZÛR

Seit August 2015 sind das kurdische Volk und jegliche linke oppositionelle Bewegung der Kriminalisierung seitens des türkischen Staates ausgeliefert. Nicht nur in Form von Medienzensur oder Verhaftungen, sondern auch in Form von Mord, systematischen Belagerungen von Städten und Massaker gegen die Zivilbevölkerung.

Bei einer Operation der türkischen Armee am Abend des 07.02.16 sollen in Cizûr (türk. Cizre) mindestens 60 Personen getötet worden sein. Dies berichtet unter anderem der regierungnahe TV-Sender TRT. Neuesten Meldungen zufolge wurden Chemiewaffen durch türkische Streitkräfte eingesetzt. Seit dem 22. Januar wurden diese Menschen in dem Keller eines Gebäudes verwundet gefangen gehalten. Das türkische Militär verweigerte den ÄrztInnen und Hilfskräften den Zugang in den Keller. Das Massaker in Cizûr ist nicht der erste Angriff gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Öffentliche Hinrichtungen, Artilleriebeschuss auf Familienhäuser, über 50 Ausgangssperren und über 260 Tote in den letzten Monaten!

„Wir sollten aufhören, die Türkei zu kritisieren“, sagte der Innenminister der BRD, Thomas de Maizière, in einem Interview. Deutschland und die EU setzen in der Flüchtlingskrise voll auf die Türkei. Drei Milliarden Euro bekommt das Land, um Flüchtlinge von den EU-Außengrenzen fernzuhalten. Doch im Schatten dieser Flüchtlingskrise führt die türkische Regierung einen

erbitterten Krieg gegen das kurdische Volk im Nordkurdistan. Es ist eine ungeheuerliche Provokation, dass ein Staat, der um die Aufnahme in die EU nachsucht, gleichzeitig ein Volk innerhalb seiner Grenzen systematisch bekämpft. Die Bundesregierung spielt die drei Affen und verbietet sich jegliche Kritik am türkischen Staat. Thomas de Maizière sprach vergangene Woche von einem Interessenausgleich mit der Türkei. Bedeutet dieser Interessenausgleich die Legitimation der barbarischen Ermordung von Kurden und Kurdinnen im Südosten der Türkei? Bedeutet dieser Interessenausgleich das Stillschweigen der internationalen Staaten-gemeinschaft, wenn die Türkei einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt?

#CIZÛR

Die Menschen in Kurdistan wollen in Frieden leben. Einen Frieden, den man nicht auf militärischer Ebene herstellen kann, wie der „demokratische“ türkische Staat uns vermitteln will. Die ermordeten ZivilistInnen kamen nicht bei einem Luftangriff um! Sie wurden gezielt von Einsatzkräften im Keller umgebracht. Es war nie das Ziel der türkischen Regierung nur die „PKK-Sympathisanten“ zu stoppen, sondern die systematische Terror- und Angstverbreitung in der Bevölkerung.

Kommt uns das denn nicht bekannt vor? Die Ziele Erdogans waren schon 1988 offensichtlich:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln

unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

Der Despot R.T. Erdogan führt einen offenen Vernichtungskrieg gegen alle demokratischen Kräfte und scheut dabei nicht das Militär offensiv gegen die unschuldige Zivilbevölkerung einzusetzen, die sich seit Monaten unter starken Repressalien befindet. Als Vorwand wird der Krieg gegen den angeblichen Terrorismus genannt, wobei sich im Keller keine kurdischen FreiheitskämpferInnen befanden, sondern nur Menschen, die die Besatzungsmacht Türkei nicht akzeptiert haben, die Selbstverwaltung ausgerufen haben und sich geweigert haben ihre Heimat zu verlassen.

Anstatt den politischen Druck gegen die türkische Regierung zu erhöhen, setzen die europäischen Staaten, allen voran die deutsche Bundesregierung, auf eine Fortsetzung der heuchlerischen Außenpolitik mit der Vereinbarung zur Erhöhung des Etats für die Flüchtlingskrise. Was sie aber völlig ignorieren ist die Tatsache, dass sich seit August 2015 über 200.000 Menschen innerhalb der Türkei auf der Flucht vor Terror und Krieg befinden!

Es wurden Friedensverhandlungen und Perspektiven seitens der kurdischen Freiheitsbewegung und dem kurdisch-türkischem Projekt in Form der HDP bewusst ignoriert. Wer Frieden schaffen will, sollte nicht wie die Regierung Ankaras von Beginn an mit Konse-

quenzen drohen, sondern nach einem Konsens suchen.

Die Folge dessen sah man in den letzten Monaten und Jahren in den unzähligen Massakern wie in Diyarbakir, Suruç, Ankara, Istanbul, etc. Mit einer offenen Unterstützung von faschistischen Gruppierungen und Gleichschaltung der Medien erfolgt ein Schießbefehl auf die Menschlichkeit! Ein Schießbefehl, dass alle moralischen Werte vernichtet, Blutbäder verursacht, Hass und Wut schürt und dabei keine Rücksicht auf unschuldige ZivilistInnen nimmt. Wer auch nur sein Haus verlässt, um lebensnotwendige Lebensmittel oder Medikamente zu besorgen, kann seiner Familie nicht versprechen, heil zuhause anzukommen. Wer versucht sich für Frieden einzusetzen, setzt seine Existenz und die seiner Familie aufs Spiel!

Wir als Verband der Studierenden aus Kurdistan - YXK e.V. verurteilen das Massaker auf das Schärfste und rufen alle demokratischen Kräfte dazu auf, ihre Stimme gegen den schmutzigen Krieg gegenüber dem kurdischen Volk zu erheben! Erhebt eure Stimme dagegen, dass das Leben der ZivilistInnen in Nordkurdistan, wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der EU zum Opfer fällt.

08.02.16 - Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V. - YXK & Autonomer Frauenflügel der YXK - JXK

Erneute Isolationshaft für Rainer nach Brandlegung in Forensik (NRW)

„[...] Für mich besteht keine andere Wahl als Krieg gegen den Staat und für die Freiheit [...] ich habe den Fluchtversuch gemacht und das war ein Anfang. Jetzt mach ich anders Krieg!“
(Rainer in einem Brief im September 2015)

Rainer Loehnert ist eingesperrt in der forensischen Psychiatrie (Maßregelvollzug) Bedburg-Hau (Nordrhein-Westfalen) und beginnt auch dieses Jahr mit einem feurigen Zeichen seines ungebrochenen Widerstands gegen das (Klinik-)System! Er sitzt jetzt seit Anfang Januar erneut in Isolationshaft, im „Bunker“, d.h. 24 Stunden abgesondert und hat nur Stift, Papier und etwas zum Lesen bei sich.

Ein kurzer Überblick der letzten Monate: Nach seinem Fluchtversuch(1) im Januar 2015 und der anschließenden langen Isolationshaft, wurde Rainer auf die sogenannte „gesicherte Eingangs-Station“ verlegt. Hier sieht er sich mit ständigen Provokationen, Bedrohungen und Übergriffen durch andere inhaftierte Faschos konfrontiert. Diese Konflikte scheinen dem sogenannten Pflege- und ärztlichen Personal ganz nützlich zu sein. Rainer schreibt, dass die Pfleger nichts machen würden, bzw. das Geschehen ignorieren oder ihm raten, „sich in der Zelle aufzuhalten.“ Rainer wurde

in den letzten Monaten mehrmals in seiner Zelle vom Rest der Station isoliert, meistens nach Auseinandersetzungen mit einem dieser Faschos. Auch wurde seine Zelle nach „gefährlichen“ Gegenständen gerazzt. Es findet somit auch im Maßregelvollzug eine direkte oder indirekte Zusammenarbeit von Nazis und staatlichen Personen/Institutionen statt. Dies erinnert ebenfalls stark daran, wenn in Knästen auch Gefangene als „Werkzeug“ zur Zermürbung von unliebsamen, rebellischen und ungehorsamen Gefangenen benutzt werden. Und selbst wenn nicht bewusst herbeigeführt so nutzt die „Klinik“ diese Konflikte zumindest aus, um ihre Macht zu demonstrieren und ihre sadistisch-autoritäre und menschen-verachtende „Behandlung“ an Rainer weiter zu praktizieren, bzw. Bestrafung und Psycho-Terror gegen ihn auszubauen.

Während seiner gesamten Inhaftierung, seit seinem 25. Lebensjahr, wurde vor allem Rainers antifaschistische und antiautoritäre Haltung, Aktionen und Widerstandshandlungen immer wieder pathologisiert, als „krankhaft“ und „wahnhaft“ verklärt. Unwürdige Würmer, genannt Gutachter und Psychologen/Psychiater konstruieren und prognostizieren so regelmäßig seine „Krankheit“ und „Gefährlichkeit“ für die Gesellschaft. Sie versuchen seit inzwischen über 29 Jahren

(!) ihn seelisch, körperlich und psychisch zu brechen: mit Medikamenten und Therapien, Isolation und Postzensur, Zellenrazzien und Fixierung, Begutachtungen und Gerichtsprozessen. Doch trotz und wegen dieser ganzen menschlichen Schweinereien - im Auftrag von „Sicherheit“, Wohlstand, „Gesundheit“, Gesetzen und Normen, also der Logik einer funktionierenden Normalität in der bürgerlichen Gesellschaft - wirft Rainer seine Ideen und sein Leben immer wieder in den Kampf. Sie haben seinen Drang nach Freiheit, seine antiautoritären und herrschafts-feindlichen Ideen nicht brechen können. Der Terror der Pfleger, Ärzte, Therapeuten, Gutachter, Richter und anderen Gefangenen wurde diesmal mit einem größerem Feuer auf der „gesicherten Eingangs-Station“ beantwortet!

Eine Entlassung oder Vollzugslockerung scheint weiterhin nicht in Sicht, so wurde im August 2015 erneut richterlich (Landgericht Kleve) beschlossen, dass „selbst eine lebenslange [geschlossene] Unterbringung verhältnismäßig“ sei. Rainers Tortur im demokratisch-deutschen Maßregelvollzug begann mit einer Körperverletzung, die fast 30 Jahre zurückliegt und mittels einer „festgestellten Schuld-Unfähigkeit und negativen Gefährlichkeits-prognose nach § 63 StGB“ zu einer Einweisung in die geschlossene Psychiatrie führte. Mit der Folge einer inoffiziellen, scheinbar endlosen „Sicherungsverwahrung“ und Dauerüberdosierung von Psychopharmaka.

Wir können und wollen nicht taten- und sprachlos diesen täglichen Entwürdigungen in einem der niederträchtigsten Orte und „Erfindungen“ der Zivilisation gegenüber sein. Tränen der Wut und der Verzweiflung begleiten uns angesichts der systematischen Beraubung von Freiheit und Würde. Hier geht es nicht nur um physische oder psychische Bestrafung. Hier werden Menschen mit ihren Gedanken, Gefühlen und Bedürfnissen als Geiseln der modernen und „ethischen“ klinischen Einrichtungen, der verschiedenen (sozial- und

psycho-)Wissenschaften und der Pharmaindustrie gehalten, bearbeitet, verstümmelt und zerstört.

Rainer versucht viel in Kontakt mit (kämpfenden) Menschen innerhalb und außerhalb der Knäste weltweit zu kommen. Er bezieht sowohl aktuelle (anarchistische) Anti-Knast-Kämpfe v.a. in Europa, sowie anarchistische Zeitungsprojekte aber auch „Klassiker“ der anarchistischen Theorien und Praxis in seine Überlegungen und Beobachtungen mit ein.

Da er jedoch kaum noch regelmäßige Kontakte hat, möchten wir dazu ermutigen ihm zu schreiben, ihm Pakete zu schicken (muss er vorher anmelden), ihn zu besuchen und/oder ihm Solidarität in Wort oder Tat zukommen zu lassen. Er ist dankbar für jede Geste der Solidarität, jeden Brief: „[...] Aber ich hab gute Leute wie Dich, und die anderen Anarchisten [...] und jeder macht was gegen Staat Herrschaft und Knast und das hat mich auch raus geholt aus dem Sumpf der 28 Jahre [...]“ (Rainer im Herbst 2015) Vergessen wir nicht die Menschen wie Rainer. Wir können uns gegenseitig Durchhaltekraft und Energie geben!

Seite an Seite mit den unbeugsamen Menschen, die sich im Krieg gegen ihre Unterdrücker und jegliche Herrschaft befinden!

Nieder mit allem was Mensch, Tier und Natur kontrolliert, einsperrt und tötet!

Lang lebe die Verrücktheit nach Freiheit!

Nachtrag: Rainer Loehnert ist inzwischen aus der Isolationshaft und er hat sich über die solidarische Post gefreut. Es ist trotzdem weiterhin wichtig ihm zu schreiben.

**Rainer Loehnert
Bahnstraße 6
47551 Bedburg-Hau**

„LAUtonomia“ – Neubesetzung im Lausitzer Braunkohlerevier

Am Samstag, den 05.03.16, haben Aktivist*innen eine Besetzung unter dem Namen „LAUtonomia“ im Abbaugelände des Tagebaus Nochten errichtet. Ziel der Aktion ist es, den Fortgang des Tagebaus zu blockieren und ein langfristiges widerständiges Projekt in der Lausitz zu starten.

In den frühen Morgenstunden des Samstags hatten Aktivist*innen mehrere Plattformen in die Bäume gezogen. Die in ca. 8 Metern Höhe besetzten Bäume stehen an der unmittelbaren Rodungsgrenze am Tagebau Nochten. „Wir sind Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, die mit der Besetzung LAUtonomia einen offenen Raum für widerständige Aktionen in der

Lausitz schaffen möchten.“ erläutert Leonie Gruber, die an den Aufbauarbeiten beteiligt war.

Der Tagebau Nochten liegt südwestlich der Stadt Weißwasser in Sachsen und soll durch die Abbaufläche Nochten II erweitert werden. Durch die Erweiterung und den anstehenden Verkauf der Braunkohlesparte durch den Energiekonzern Vattenfall steht der Abbau in der Lausitz 2016 besonders im öffentlichen Fokus.

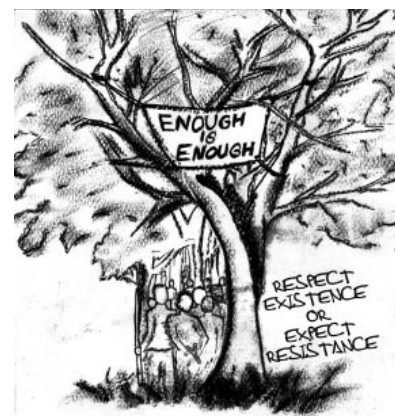
Auf ihrer Website kündigen die Besetzer*innen auch Widerstand gegen den Truppenübungsplatz Oberlausitz und gegen Massentierhaltung in der Region an. „In

dieser ländlichen Region lassen sich an unterschiedlichen Orten die Auswirkungen der durch Herrschaft und Hierarchie geprägten kapitalistischen Wirtschaftsweise beobachten.“, so Gruber weiter.

Seit Jahrzehnten wehren sich Bürgerinitiativen in der Lausitz gegen die Fortführung der Tagebaue. Das Aktionsbündnis Ende Gelände hat ebenfalls Aktivitäten im Revier angekündigt. Laut eigenen Aussagen wollen die Aktivist*innen von LAUtonomia diesen Wider-

stand ergänzen und verbreitern. Dadurch sind diesen Sommer wohl unterschiedlichste Aktionsformen zu erwarten.

<http://launomia.blogspot.eu>



Bildet Klimabanden !

Aufruf zum Lausitzcamp 2016

Klimaschutz braucht Kohleausstieg

Global war das Jahr 2015 schon wieder – nach 2014 – das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits 0,9 Grad liegen die Temperaturen über dem vorindustriellen Niveau. Das ist schon hart am Limit: Bei der Pariser Klimakonferenz wurde vereinbart, dass die globale Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um maximal 2 Grad, möglichst aber nur um 1,5 Grad steigen darf.

Was folgt daraus? Fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas müssen im Boden bleiben. Allen voran die besonders klimaschädliche Braunkohle. Das macht deutlich: Neue Tagebaue dürfen nicht mehr eröffnet werden, denn sie zementieren die fossile Energieerzeugung noch über viele Jahrzehnte – und bremsen zugleich den Ausbau der erneuerbaren Energien. Dennoch sind in der Lausitz noch heute drei neue Tagebaue geplant. Und auch auf der polnischen Seite schreiten die Planungen für einen neuen Tagebau voran.

Keine Kohle für die Kohle!

Mit Unterstützung der Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen treibt der schwedische Staatskonzern Vattenfall die Tagebaue-Pläne weiter voran. Damit will er den Gewinn aus dem geplanten Verkauf seiner Braunkohlesparte auch noch erhöhen. Doch wir appellieren an Vattenfall, sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen, sondern den Kohleausstieg natur- und sozialverträglich vorzunehmen. Denn wer jahrelang Geld gemacht hat mit dem Raubbau an Mensch und Natur, der muss auch für die Folgekosten gerade stehen.

Wir fordern: Für einen konsequenten Klimaschutz muss die Kohle im Boden bleiben. Dafür werden wir kämpfen – auch, um unserer globalen Verantwortung

gerecht zu werden. Klimawandel ist ein globales Problem, das vor allem diejenigen trifft, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Eine konsequente Energiewende leistet einen wichtigen Beitrag für globale Gerechtigkeit und gegen die weltweite Vertreibung durch Verknappung von Wasser, Land und Nahrungsmitteln.

Das Klimacamp

Das Lausitzcamp bildet zum sechsten Mal eine Plattform, um den lokalen Widerstand gegen neue Tagebaue und Kraftwerke mit der globalen Perspektive des Kampfes um Klimagerechtigkeit zu verbinden. Wir sind basisdemokratisch organisiert und Teil einer lebendigen und aktiven Klimabewegung, die die Kämpfe um Ressourcenschutz, Klimagerechtigkeit, Energie-souveränität und Demokratie verbindet.

Vom 9. bis zum 16. Mai 2016 (Pfungstmontag) werden wir in der Lausitz ein vielseitiges Klimacamp organisieren. Das Camp wird einen Ort der Vernetzung, des Erfahrungsaustausches sowie der künstlerischen und praktischen Auseinandersetzung mit Kohle und Energie bieten. Wir möchten Alternativen leben, in deren Mittelpunkt der bewusste Umgang miteinander und mit den natürlichen Ressourcen steht. Und einen Ausgangspunkt für widerständige Praxis und direkte Aktionen bieten.

Kein Land mehr für Kohle

Als Lausitzcamp sagen wir deutlich: Neue Investoren kaufen nicht nur einen Industriezweig ohne Zukunft, sondern auch den Widerstand vor Ort! Und wir fordern: Vattenfall in die Pflicht nehmen, keine neuen Tagebaue, den Braunkohleausstieg jetzt einleiten, fossile Energieträger in der Lausitz und überall im Boden lassen!



Radical Bookfair Hamburg

11.-12. Juni 2016

Die Idee einer Bookfair ist es, Leute, Gruppen und Organisationen aus Hamburg, Deutschland, Europa und darüber hinaus zusammen zu bringen und ein Wochenende voller Vorträge, Diskussionen, Filme und – natürlich – Bücher zu gestalten. Wir werden Standfläche für Verlage, Kollektive oder Distros bereitstellen, an denen Lesestoff ausgelegt und verkauft werden kann. An diesem Wochenende wird es Workshops, Küche für Alle, Filme, einen Kinderbereich und weiteres noch Ankündigendes geben.

Kurzinfo: Die Radical Bookfair Hamburg wird Samstag und Sonntag (11.-12. Juni) wieder in der (neu renovierten!) Roten Flora stattfinden. Am Freitag vor dem Wochenende gibt es eine Warm-Up Bar, Samstag eine Party – genaueres wird zeitnah angekündigt. Die Bookfair wird kinderfreundlich und rauchfrei sein. Infos über Barriere-Freiheit gibt es auf Anfrage. Während der Bookfair wird es Essen geben.

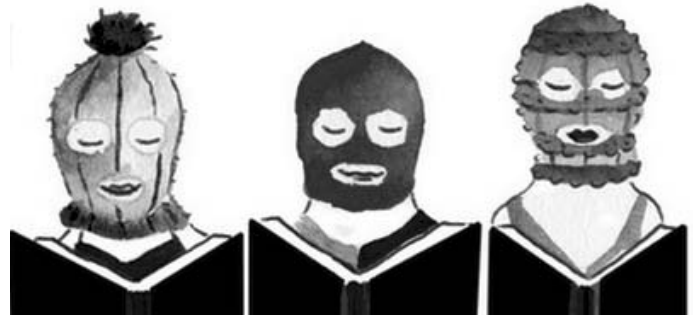
Stände: Wir laden Verlage, Distros, kleine Journalist:innen und Zine-Macher_innen ein, einen Stand auf der Buchmesse zu machen. Die Infrastruktur stellen wir, Ihr braucht nur Eure Materialien mitzubringen. Für diejenigen, die nicht kommen können, ihre Veröffentlichungen aber gern zur Verfügung stellen / verkaufen wollen, werden wir uns bemühen, Möglichkeiten zu finden.

Workshops: Wir laden politische Gruppen, Einzelne, Schreiber:innen (aller Geschlechter), Verlage, DIY-ers, Filmemacher_innen, Künstler_innen und alle dazwischen ein, Workshops/ Vorträge / Buchvorstellungen anzubieten. Sicher freuen wir uns über Workshops mit Bezug zu Büchern, wir freuen uns aber ebenso, wenn Leute berichten wollen, in welchen politischen Kampagnen oder Kämpfen sie gerade aktiv sind.

Themenstrang für Workshops: Wir freuen uns sehr anzukündigen, dass wir nach der gelungenen Bookfair 2014 die kommende noch größer und toller machen wollen. Nach vielerlei Überlegungen haben wir uns entschieden, einen roten Faden, einen Themenstrang für die Workshops zu machen. Einerseits wollen wir so mehr Zusammenhang zwischen den Themen erzielen, andererseits wollen wir die Chance nutzen und die Vernetzung der verschiedenen Leute und Gruppen, die sich europaweit und darüber hinaus beteiligen, voranzubringen; die Möglichkeit bieten, einander zuzuhören und sich auszutauschen. Der rote Faden dieses Jahr heißt: „Antifaschismus – (Re-)Organisation und Vernetzung“. Dieser Themenstrang ist dem Erstarken rechter und faschistischer Tendenzen in Europa geschuldet. Zur letzten Bookfair haben wir mehrere selbstorganisierte Refugees eingeladen, ihre Erfahrungen in den Kämpfen gegen das Lager-System in Deutsch-

land ebenso wie gegen die Festung Europa darzustellen. Keines dieser Themen hat an Relevanz verloren. Mit dem Erstarken autoritärer Politiken, faschistischer Bewegungen und rassistischer Gewalt müssen wir uns organisieren: nicht nur gegen rechte Gruppen, sondern auch gegen staatliche Sicherheitspolitik und verstärkte rassistische Repression. Es braucht eine (Re-)Organisation gegen faschistische Tendenzen – sei dies an den Grenzen, auf den Straßen, in den Medien, in Alltagsdiskursen oder gegen Politiken von Oben. Deshalb wollen wir Euch ermutigen, Workshops zu diesem Themenstrang vorzuschlagen – was auch immer Eure Ideen dazu sind.

Jenseits des Themenstrangs wollen wir darauf achten, keine themenspezifische Konferenz abzuhalten und ermutigen dazu, auch weitere Workshops, Buchvorstellungen, Vorträge etc. aus dem weiten Spektrum antikapitalistischer, linksradikaler Perspektiven einzubringen. Das ist es, was die Bookfair 2014 zu dem großartigen Wochenende gemacht hat, das es war und wir freuen uns darauf, Eure Ideen zu hören. Wir heißen darüber hinaus Filme-Macher_innen willkommen, über Projekte, an denen sie arbeiten, zu reden und ihre Filme zu zeigen.



Finanzielles: Wir freuen uns, dieses Jahr eine spannende Auswahl an Standanbietern einladen zu können. Wegen der Reisekosten, Kapitalismus und der Krise sind wir froh, finanzielle Unterstützung für diejenigen, die sie benötigen, anbieten zu können. Neben Veranstaltungen im Vorfeld, bei denen wir Spenden einnehmen wollen, haben wir entschieden, diejenigen Standanbieter, die Geld einnehmen werden – oder all diejenigen, die andere unterstützen wollen – zu bitten, Geld für die Bookfair zu spenden, damit Reisekosten für Andere bezahlt werden können, wie es auch bei anderen Bookfairs üblich ist.

Schlafplätze: Wir werden Schlafplätze für diejenigen, die welche brauchen, organisieren. Rechtzeitige Anfragen werden erbeten.

radicalbookfairhamburg.wordpress.com

Today, with neoliberalism established across the planet, it is clear that capitalist relations are being intensified, together with nationalism and patriarchy. Fences and borders are being built not only in the physical space, but also across social relationships. **However, the movements and transnational struggles of migrants are constantly producing new cracks in the system, new thresholds and pathways into an unexplored world.**

More specifically, transnational and global agreements further liberalize "free" markets and the lifting of tariff restrictions further ensure property rights for the wealthy. At the same time the former social contract of the welfare state is breaking down and the neoliberal state is claiming the role of manager-partner of companies, keeping for itself solely the army and the police in order to retain some of its administrative and legislative power. Gender oppression, racism and fascism are being remobilized for the control of populations.

However, social struggles in the form of riots, rebellions, campaigns and movements both before and during the process of this recent "crisis", seriously challenge all this. Prime examples are the riots in the French banlieues in November and December 2005, the Oaxaca Commune in 2006, the riots in December 2008 in Greece, the magnificently widespread Arab Spring in 2011, the Indignados Citizens Movements in Spain in 2011, the London riots in 2011, the "Occupy" movement in the USA in 2011 and 2012, the uprising at the Gezi park in Istanbul in June 2013, the Brazilian Spring in 2013, the uprisings in Bosnia and other Balkan States during 2013-2014.

The response of neoliberalism to the recent structural crisis, one that is interpreted by some as a crisis of over-accumulation, by others as a result of civil disobedience, or as the long expected explosion of "abstract labor" in a fully monetarized economy, to extend and intensify its strategy of land-grabbing and pillage of resources, of means of production and of reproduction of whole societies.

Austerity programs in the countries of the European South, war, religious intolerance and the intensification of gender oppression in the countries of the Arab Spring are part of the same strategy. Thus, whole populations are made to abandon their homes. These people, deprived of their natural and social space, migrate, cross borders, fences, barbed wire, rivers, seas, mines and police patrols. They also face exploitation by traffickers, they are detained in concentration camps and then they are forced to search for a job (usually in the black market, often unpaid) even under extremely dire conditions. Most end up unemployed and they form a kind of reserve workforce or are forced into prostitution, trafficking networks and organ smuggling.

While more people need to move, more fences are being built. Fortress Europe rises from the ashes of its own crisis by using police procedures and policies of control, impri,

pushbacks, illegalization and penalization of the populations in motion. Police and military operations are intensified, N.A.T.O enters the picture, discriminations between immigrants and refugees are constructed and finally concentration camps, hot spots and pushback centers pivot the management of migrant people.

Migrants moving from Africa and the Middle East towards Europe have challenged and fought against borders and national and supranational policies in practice. During the last months, hundreds of thousands of populations have crossed borders, and the movements for solidarity and emancipation are flourishing. The migrants' movement with all its inventiveness and ingenuity proves that desires, social relationships and dreams cannot be imprisoned. Their power goes beyond borders and fences.

It also shows that the motives for migration are mostly to be found in the complex intersections of gender, ethnic, cultural, religious or class discrimination and oppression. Populations in forced mobility develop survival strategies, activate subjective capabilities, coordinate social relationships with other moving people and simultaneously, they create social networks with those they leave behind.

Therefore, we believe that we should understand but then go beyond the idea that perceives the state, capital, patriarchy and racism as totally dominant upon human subjects, and hence also immigrants as submissive victims in need only of charity, compassion and saving.

In the last few months, immigrants and people in solidarity with them have met within and beyond the kaleidoscopic fields opened by the crisis. We believe that meetings and struggles should be encouraged, should acquire steady and lasting structures and reinvent the joy and the charm of companionship and sharing.

For all these reasons, we think it's crucial that we organize an international No Border Camp this summer in Thessaloniki.

As for the choice of the specific city, Thessaloniki, it finds itself at the core of conflicts over the control and management of immigration and of the freedom of movement, due to its geographical position in northern Greece, bordering Albania, Rep. of Macedonia and Bulgaria, with many detention camps and pushback centers at its perimeter. In northern Greece as well as in the wider Balkan area, initiatives and solidarity networks have emerged during the last few months that can empower and be enhanced by the organization of a No Border Camp here. Finally, we think that the need for the coordination of various local political collectives and also its available movement infrastructures make Thessaloniki a suitable and reliable choice for the organization of a global and transnational No Border Camp.

<http://noborder2016.espivblogs.net>

